

Essay
Christoph Dahl

Aktuelles
Vokskabin
Wahlabend an der AUB
Andrássy-Tag in Wien

Im Fokus
Kulturdiplomatie - Neuer
Studiengang an der AUB

andrásy

NACHRICHTEN

2014
Wintersemester

NACHRICHTEN
DER
ADRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

7. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (4. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 1500 Stück, Erscheinungsdatum: 10.09.2014

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest

V.i.S.d.R.: Dóra Frey

Lektorin: Éva Zádor

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsa Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Manuskripte sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten.

Abbildungen: Cover: Fotograf: Hack Róbert

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei Szecsódi Balázs oder den jeweiligen AutorInnen), bei der Baden-Württemberg Stiftung oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest

Pollack Mihály tér 3.

H-1088 Budapest

Telefon: +36 1 266 3101

Fax: +36 1 266 3099

uni@andrassyuni.hu

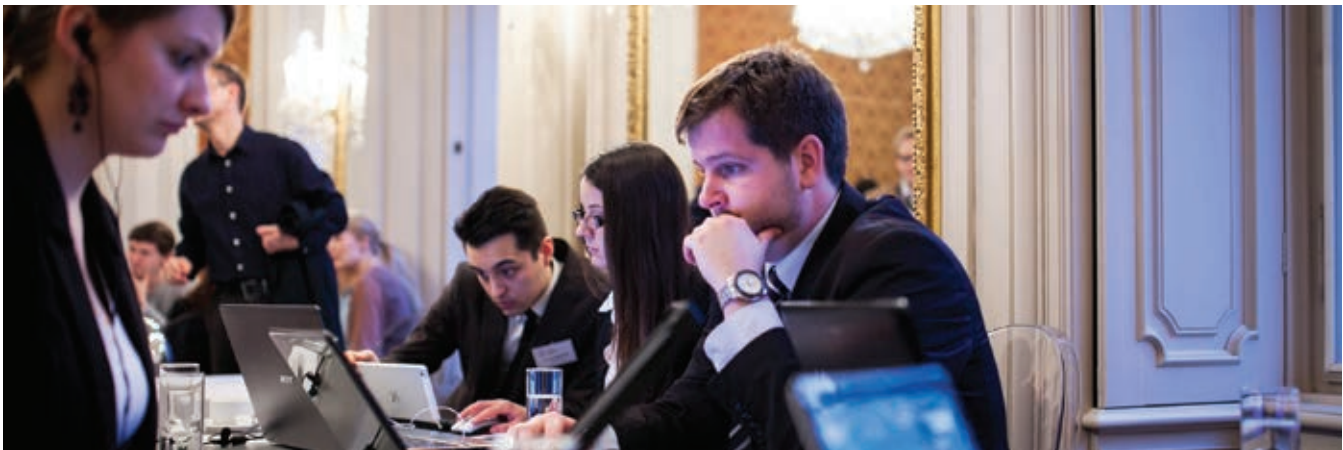
www.andrassyuni.eu

USτ-Id-Nr.: HU18173967

2014/2

Ungarn hat gewählt - Wahlabend mit Expertenanalysen, Hintergrundberichten und viel Diskussionspotential zu den Parlamentswahlen 2014

SEITE 10



INHALT



Bundesverdienstkreuz für Prof. Dr. András Masát - S. 13



Bertha von Suttner: Portraittheater über eine aussergewöhnliche Frau an der AUB - S.49

VORWORT	2
WIR STIFTEN ZUKUNFT AN DER AUB Von Christoph Dahl, Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung	3
AKTUELLES Konferenz zu 10 Jahren EU-Osterweiterung an der AUB, Vokskabin - die neue ungarische Online-Wahlhilfe ist gestartet, Ungarn hat gewählt! - Wahlabend an der AUB anlässlich der ungarischen Parlamentswahlen, Andrássy-Tag in Wien, Großes Bundesverdienstkreuz für Prof. Dr. András Masát	7
IM FOKUS Kulturdiplomatie – Neuer Studiengang an der AUB	14
FORSCHUNGEN UND TAGUNGEN Veranstaltungsreihe „Österreich und Ungarn 1914-2014“, Erstes Treffen des Andrássy Forum for Western Balkan Studies, Sacro Egoismo. Vom Ende des Dreibunds zum Südtirolkonflikt, 10. Central and Eastern European eGov Days 2014, Wettbewerb der Gesellschaftsrechtsordnungen in Ostmitteleuropa? – Konferenz, Der Traum vom Frieden – Utopie oder Realität? Internationale Konferenz an der AUB	15
NEUE PUBLIKATIONEN DER AUB Das Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften 2013, Neuerscheinungen in den Andrássy Studien zur Europaforschung, Neuerscheinungen in der Mitteleuropäischen Schriftenreihe, Tagungsband CEEE-Gov-Days	26
STUDIERENDEN UND DOKTORANDINNENAKTIVITÄTEN „Man muss den interkulturellen Auto-Piloten ausschalten“ – YDCN-Workshop, Cruising Europe! Workshop des YCDN an der AUB, 16. Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie	27
STUDIERENDE DER AUB UNTERWEGS Exkursion nach Südtirol, Berlin-Exkursion zum Thema „Widerstand im Nationalsozialismus und Sozialismus“, Schweiz-Exkursion der AUB, Doktoranden-Exkursion und Workshop in Cluj-Napoca	31
NACHRICHTEN DES ALUMNI-VEREINS Feierliche Übergabe der Bücherspende des AUB-Alumni-Vereins an die VertreterInnen der Studierendenschaft, Alumni-Stammtisch in Wien zum Andrássy-Tag	34
STIPENDIENPROGRAMME STELLEN SICH VOR „Gegenseitiges Lernen voneinander ist vorprogrammiert“ Das Baden-Württemberg-STIPENDIUM – AUB	35
KURZNACHRICHTEN Universität, Fakultäten, Doktorschule, Donau-Institut, Personalia	36

Vorwort

Liebe Freunde und Partner
der Andrássy Universität,

mit der Herausgabe der AN wollen wir unseren Lesern das neueste Exemplar immer zum Semesteranfang in die Hand geben. Diesmal ist es auch nicht anders: Es ist September, das Studienjahr wird feierlich eröffnet, und mit festen Zielen und Vorsätzen beginnen wir das Wintersemester 2014/15. Große Aufgaben warten auf uns: Wir müssen in diesem Studienjahr Strukturreformen vorbereiten und durchführen, um die neue finanzielle Periode (2016–2020) in einer Struktur, die für unsere Universität besser geeignet ist, ohne den bisherigen Fakultätsaufbau starten zu können. Neben – oder vielmehr: bei – dieser rituellen Besinnung auf die uns bevorstehenden Aufgaben um den Beginn eines neuen Studienjahres ist aber immer auch eine Rückschau unerlässlich. 2014 ist das Jahr der Jubiläen. Ganz Europa gedenkt des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, und wir an der AUB tun das mit einer Reihe von Konferenzen. Die erste im Frühling hatte zum Thema: „Der Traum von Frieden – Utopie oder Realität?“, die zweite im September trägt den Titel „Kriegserinnerung zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsgestaltung“ und die dritte im Oktober „Der Erste Weltkrieg als Katalysator politischen und juristischen Denkens“.

Wir erinnern uns aber auch an die großartigen Geschehnisse gegen Ende des vorigen Jahrhunderts: vor allem an die Grenzöffnung und an den Mauerfall in Berlin, an den Zusammenbruch eines ganzen wirtschaftlichen und politischen Systems, dessen Ablösung wir in der deutschen Umgangssprache nur als „Wende“, in der ungarischen als „Systemwechsel“ bezeichnen, wobei meiner Meinung nach beide Begriffe nur wenig über den langen Weg und über die komplexen weltpolitischen Prozesse, ihre zahlreichen individuellen



und kollektiven Leistungen sowie über Zivilcourage und Mut aussagen können. Und eine unmittelbare Folge des Jahres 1989 wird ebenfalls in diesem Jahr gefeiert: Die Erweiterung der EU für die Länder Ost-Mitteuropas geschah vor 10 Jahren. An unserer Tagung zu diesem Thema nahm auch der ungarische Außenminister Martonyi teil. In seiner Festrede, die sowohl eine Bilanz, eine Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven aus ungarischer Sicht enthielt, setzte er deutliche Akzente für die Themengestaltung. Auch eine interdisziplinäre Konferenz mit dem Titel „Wettbewerb der Gesellschaftsordnungen in Ostmitteleuropa“ wurde diesem Thema gewidmet.

Für jede Universität ist die Qualität von Lehre und Forschung das wichtigste Merkmal – dies gilt für die Studierenden und die DozentInnen gleichermaßen. In diesem Semester wird an der Fakultät MES ein neuer Studiengang eingeführt. Der Studiengang „Kulturdiplomatie (Mitteleuropäische Studien – Diplomatie)“, für den schon viele Bewerbungen eingegangen sind, zeigt deutlich, dass die AUB stets bemüht ist, neue innovative Kurse und Studienprogramme zu starten. Auch unser geplanter Studiengang – „Master in

Management and Leadership“ –, den wir höchstwahrscheinlich im Herbst 2015 einführen können, befindet sich bereits in der überaus konkreten Planungsphase. Auf dem Gebiet der Forschung gibt es ebenfalls Neuigkeiten: Das Donau-Institut für Donauraumstudien und europäische Integrationsforschung wurde neu strukturiert, und wenn die Senatsitzung im Herbst über die schon angenommene neue Satzung nach der Besprechung und dem Beschluss des Universitätsrates in Wien erneut positiv abstimmt, dann werden mehrere und durchaus offene Formen für Forschungstätigkeiten an der AUB möglich: Eine Forschungsplattform, die vor allem dem Informationsaustausch dient, wurde schon im vergangenen Semester ins Leben gerufen; Forschungszentren und Forschungsgruppen, die verschiedene Ebenen der Organisation und der Forschungsinhalte repräsentieren, können gebildet werden. Nach Frau Prof. Dr. Ellen Bos und ihrer erfolgreichen Tätigkeit übernimmt der Rektor die Leitung, ihm steht die Forschungs Koordinationsstelle zur Seite, zudem wird er zukünftig von einem externen wissenschaftlichen Beirat beraten.

Unsere Netzwerke wachsen und werden im Einklang mit unserem Partnerkreis, mit unseren Freunden und Förderern immer tragfähiger. Ihnen allen und nicht zuletzt unseren Studierenden und DozentInnen hier an der AUB wünsche ich einen guten Start in das neue Studienjahr!

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which reads "András Masát". The signature is written in a cursive, slightly stylized script.

András Masát
Rektor

Wir stiften Zukunft an der deutschsprachigen Andrássy Universität Budapest

von

Christoph Dahl

Geschäftsführer der
Baden-Württemberg Stiftung



Das „Haus der Ideen“ - Sitz der Baden-Württemberg Stiftung in Stuttgart

Die Andrássy Universität Budapest nimmt im Rahmen des Förderspektrums der Baden-Württemberg Stiftung eine Sonderrolle ein. Die Unterstützung der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaft an der AUB sowie das Baden-Württemberg-STIPENDIUM – AUB stellt in Umfang und Zeit ein Engagement im Ausland dar, das außergewöhnlich ist. Die Projekte und Programme der Baden-Württemberg Stiftung müssen sich durch den Baden-Württemberg Bezug auszeichnen und finden deshalb hauptsächlich in Baden-Württemberg statt. Der Bezug zum Donauraum hat für Baden-Württemberg aber eine besondere Bedeutung. Seit Beginn der Stiftungstätigkeit im Jahr 2001 hat es immer Programme gegeben, die den Donauraum und Mittel- und Osteuropa im Zuge der EU-Osterweiterung zum Ziel hatten. Heute bettet sich das Programm „Perspektive Donau: Bildung, Kultur und Zivilgesellschaft“ in den Kontext der EU-Donauraumstrategie ein. Ein Leuchtturmprojekt bildet seit Jahren die AUB. Um den Aufbau dieser deutschsprachigen Einrichtung in Budapest zu unterstützen, hat der Aufsichtsrat der Stiftung frühzeitig Mittel bereitgestellt, die mehrfach aufgestockt wurden. Wie eingangs erwähnt, liegen die strategischen Schwerpunkte der Stiftung in Baden-Württemberg, so dass wir hier die Gelegenheit nutzen, um den Leserinnen und Lesern der Andrássy Nachrichten die Aktivitäten der Baden-Württemberg Stiftung vorzustellen.

Auftrag Zukunft

Der Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung ist, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken und zu sichern. Das unterscheidet sie von allen anderen Stiftungen in Deutschland. Sie ist die einzige, die ausschließlich und überparteilich in die Zukunft Baden-Württembergs investiert - und damit in die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger.

Das Land Baden-Württemberg hat Ende der 90er Jahre die Chancen der Liberalisierung des Energiemarktes erkannt und seine Privatisierungserlöse zum richtigen Zeitpunkt realisiert. Es hat dabei eine Stiftungslösung gewählt. Bei dieser bleibt der Kapitalstock un-

angetastet, nur die Erträge stehen für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung. Schon damals ging der Blick weit in die Zukunft und war vom Nachhaltigkeitsgedanken geprägt: Mit der Stiftung sollte ein Instrument geschaffen werden, das auch für die zukünftigen Generationen Nutzen bringt. Es ging nicht darum, dem Reiz der kurzfristigen Haushaltsentlastung nachzugeben und den Erlös von damals rund 5 Mrd. DM rasch zu verbrauchen. Die Stiftung sollte in allen Themenfeldern, die für das Land von Bedeutung sind, tätig werden. Gemäß ihrem Satzungszweck „die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs zu stärken und zu sichern“ soll sie als Zukunftswerkstatt und Innovationsmotor für Baden-Württemberg wirken. Daran hat sich bis heute nichts geändert und wird es auch in Zukunft nicht: die Mittel sollen im Land, bei den Einrichtungen und Bürgern ankommen.

Die Arbeitsweise und Struktur der Stiftung

Doch was macht ein Land eigentlich zukunftsfähig? Die Baden-Württemberg Stiftung konzentriert sich auf entscheidende Faktoren: wirtschaftlicher Wohlstand, ökologische Modernisierung, eine lebendige Bürgergesellschaft sowie soziale und kulturelle Teilhabe. Damit jetzige und künftige Generationen im Land all dies vorfinden, engagiert sich die Baden-Württemberg Stiftung in drei Kerngebieten: Forschung, um Innovation in Schlüsselbereichen von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Bildung, um den Fachkräftebedarf zu sichern, um gleiche Bildungschancen zu ermöglichen sowie interkulturelle und internationale Kompetenzen zu vermitteln. Und Gesellschaft & Kultur, um die Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung zu stärken, soziale Kohäsion und Teilhabe zu schaffen und Innovationen in Kunst und Kultur zu fördern. Für alle Aktivitäten der Stiftung gilt, dass sie die Anforderung der Nachhaltigkeit erfüllen.

In über zehn Jahren Stiftungsarbeit hat sich das Drei-Säulen-Modell mehr als bewährt; besitzt es doch eine zugleich dreifach positive Wirkung: Erstens wird eine thematische Breite bedient, die von frühkindlicher Bildung

bis zur Stärkung des Ehrenamts reicht. Zweitens wirkt die Baden-Württemberg Stiftung – etwa mit Programmen der Spitzenforschung – in die Tiefe. Drittens wird durch die kluge Vernetzung einzelner Projekte die Wirkungskraft noch gesteigert. Mit dieser Herangehensweise stellt sich die Baden-Württemberg Stiftung zentralen Herausforderungen und bleibt dennoch flexibel genug, um Trends aufzuspüren und darauf zu reagieren.

Als operativ agierende Einrichtung entwickelt und initiiert die Baden-Württemberg Stiftung eigene Programme. Die Themen reichen dabei vom Klimawandel, Lebenswissenschaften und Gesundheit über die frühkindliche Bildung, internationalen Austausch, Bildung für nachhaltige Entwicklung bis hin zu bürgerschaftlichem und kulturellem Engagement. Welche Themen die Baden-Württemberg Stiftung umsetzt, wird vom Aufsichtsrat auf Vorschlag der Geschäftsführung festgelegt.

Die Baden-Württemberg Stiftung ist eine 100%ige Tochter des Landes. In ihrem Aufsichtsrat sitzen daher Abgeordnete des Landtags sowie Ministerinnen und Minister, Vorsitzender ist der Ministerpräsident. Der Auftrag, die Zukunft Baden-Württembergs zu sichern, beinhaltet auch die Aufgabe starke Partner für das Land mit einzubeziehen, Energien zu bündeln und Synergien zu nutzen. Diese Zusammenarbeit kann auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden, von einem ganz allgemeinen (aber enorm wichtigen) Austausch, über Beratungen oder gegenseitige Mitgliedschaften in Gremien oder Arbeitsgruppen, bis hin zu gemeinsamen Projektausschreibungen und Umsetzungen. Neben den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie den Ministerien wollen wir hier als Beispiele für einige unserer wichtigsten Partner der letzten Jahre stellvertretend die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, Südwestmetall, BIOPRO Baden-Württemberg GmbH, den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Daimler AG, die Robert Bosch Stiftung sowie den DAAD nennen.

Das 3-Säulen-Modell der Stiftung

Es lohnt sich vielleicht auf die einzelnen Schwerpunkte in den drei Säulen: Forschung, Bildung, Gesellschaftlicher Wandel & Kultur näher einzugehen. Sie sollen im Folgenden vorgestellt werden. Wir beginnen mit der ersten Säule der *Forschung*.

1. Säule: Forschung

Der große Themenkomplex der Lebenswissenschaften umfasst alle Programme der Baden-Württemberg Stiftung, die sich mit natürlichen Strukturen sowie Prozessen in Lebewesen beschäftigen. Insbesondere das Verständnis solcher Prozesse, sowie deren Übertragung in technische oder medizinische Anwendungen sind Ziele unserer Programme. Einen Schwerpunkt im Bereich der Lebenswissenschaften bilden dabei biomedizinische Forschungsprojekte.

Neue Technologien prägen unser Leben: Mit den Forschungsprogrammen in diesem Themenbereich unterstützt die Baden-Württemberg Stiftung Innovationen aus Nanotechnologie, IT sowie optischen Technologien. Ihren Einsatz finden die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten bei der Entwicklung neuer Produkte und neuartiger Produktionsverfahren. Damit erhält Baden-Württemberg als High Tech Standort wichtige Impulse aus der Wissenschaft.

Umwelt- und Klimaschutz, steigender Energiebedarf und endliche Ressourcen sind große Themen unserer Zeit. Die Wissenschaftler in unseren Projekten forschen mit an neuen Formen der Energiegewinnung, -speicherung, -verarbeitung und verbesserter Energieeffizienz. Immer im Blick dabei, die Nachhaltigkeit. Von der Forschung bis hin zu einer späteren Anwendung: Umwelt und Nachhaltigkeit sind wichtige Faktoren für die Stiftung.

In den Disziplinen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technologien fehlt es an Nachwuchs. Deshalb setzt die Baden-Württemberg Stiftung mit ihren MINT-Programmen gezielt an diesem Punkt an. Vom Kindergarten bis zur Oberstufe, die Baden-Württemberg Stiftung schafft Anreize

zum Forschen, zeigt Studien- und Karriereöglichkeiten in diesen Fachbereichen auf und trägt so zur Nachwuchsförderung in den MINT-Bereichen bei.

Programme zur Stärkung der Innovationskraft und der wissenschaftlichen Exzellenz, sowie durch den Ausbau der Forschungsbedingungen Wettbewerbsvorteile zu erzielen, sind ein großes Anliegen der Baden-Württemberg Stiftung. Ein weiterer Punkt der Zukunftsoffensive ist die der Biotechnologie, der Aufbau und die Stärkung der Forschungsinfrastruktur sowie Strukturinvestitionen an Hochschulen. Durch diese Themenbreite investiert die Baden-Württemberg Stiftung nachhaltig in die Zukunftsfähigkeit des Landes und damit in die Bürgerinnen und Bürger.

2. Säule: Bildung

Mit unseren *Bildungsprogrammen* setzen wir auf die Köpfe in Baden-Württemberg. Internationale Erfahrung und interkulturelle Kompetenz sind wichtige Bausteine zum Erfolg. Das Baden-Württemberg-STIPENDIUM bietet den internationalen Austausch auf Gegenseitigkeit für Studierende, Schüler und junge Berufstätige. Mit unseren Stipendien knüpfen wir ein weltweites Bildungsnetzwerk mit Baden-Württemberg im Zentrum. Für engagierte Talente mit innovativen Ideen, die in globaler Verantwortung handeln.

Die ersten Jahre eines Kindes sind entscheidend für seine Zukunft. Besonders die Förderung der Sprachkompetenz ist unverzichtbarer Bestandteil der frühkindlichen Bildung. Sie öffnet Türen zu guten Bildungswegen. Mehrsprachigkeit ist dabei ein Bonus, den es zu nutzen und unterstützen gilt. Mit unseren Programmen zur Sprach- und Leseförderung ermöglichen wir den Jüngsten von Anfang an ideale Voraussetzungen für einen guten Start.

Jugendliche haben heute Möglichkeiten wie kaum eine Generation vor ihnen. Oftmals benötigen sie Unterstützung, um wichtige Entscheidungen zu treffen. Sie brauchen Information, Orientierung und Motivation. Die Baden-Württemberg Stiftung schafft Grundlagen für die Lebensplanung und den Berufseinstieg. Sie motiviert mit Wettbewerben und zeigt den Jugendlichen

Perspektiven und Chancen auf, um individuelle Ziele zu verwirklichen.

Ausgezeichnete Bildungsstrukturen in Baden-Württemberg zu erhalten und zu schaffen, ist ein wichtiges Anliegen der Stiftung. Sie sind die Basis dafür, dass Menschen sehr gut ausgebildet werden können. Diese Strukturen müssen immer wieder überdacht und an neue Anforderungen angepasst werden. Mit zahlreichen Programmen an Hochschulen werden deshalb die Voraussetzungen des Lehren und Lernens erforscht, unterstützt und verbessert.

Die Basis für eine nachhaltige Entwicklung in unserem Land sind Information und Dialog. Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der Menschen in die Lage versetzt, selbstbestimmt zu entscheiden. Schließlich stehen wir immer wieder vor neuen Herausforderungen, wie z.B. der Energiewende. Die Programme der Stiftung qualifizieren Bürgerinnen und Bürger durch Angebote zur Wissenserweiterung und



Christoph Dahl, Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung.

zum generationenübergreifenden Austausch.

Brücken der Toleranz bauen, Grenzen überwinden. Mit interkulturellen Programmen sorgt die Stiftung für den Austausch von Wissen und trägt zur Völkerverständigung und dem Aufbau der Zivilgesellschaft bei. Sie greift aktuelle gesellschaftsrelevante Herausforderungen auf, zeigt Möglichkeiten der direkten Beteiligung und fördert die tief greifende Kommunikation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Kulturkreise und Religionen.

3. Säule: Gesellschaftlicher Wandel und Kultur

In der dritten Säule, *Gesellschaftlicher Wandel & Kultur*, engagiert

sich die Stiftung in den folgenden Themen:

Die Stärkung der Familien und die Schaffung familienfreundlicher Strukturen im Land sind die Ziele der Stiftung Kinderland. Als eine Unterstiftung der Baden-Württemberg Stiftung ist sie überall dort aktiv, wo Kinder und Familien Wege und Perspektiven suchen, wo sie Unterstützung benötigen und sie zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen. Wer in Kinder investiert, investiert in die Zukunft unseres Landes. Starke Netzwerke und ineinandergreifende Programme sind dafür Voraussetzung.

Kindheit und Jugend sind Lebensabschnitte, die jeden Menschen stark prägen. Der Grundstein dazu wird in der Familie gelegt. Deshalb engagiert sich die Baden-Württemberg Stiftung dafür, die Basis für optimale Lebenschancen junger Menschen zu schaffen und Familien zu unterstützen.

Gesund bleiben, gesund werden: Beide Aspekte sind Eckpfeiler des Engagements der Baden-Württemberg Stiftung. Neben Projekten zur Prävention unterstützt die Stiftung auch Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Dadurch sollen alle gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen schafft Lebensqualität. Dazu braucht es aber die Integration aller Menschen, die Verbindung von Einzelpersonen oder Gruppen, zu einer kulturellen Einheit. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist dies jedoch oft nicht einfach. Mit unterschiedlichen Programmen zeigt die Stiftung Wege zu einer besseren Integration auf. Wer anderen hilft, erfährt Dankbarkeit, wer andere respektvoll behandelt, wird selbst respektiert: nur ein Grundsatz der integrativen Arbeit der Baden-Württemberg Stiftung.

Solidarität ist das Netz, das eine Gesellschaft zusammenhält. Deshalb unterstützt die Baden-Württemberg Stiftung das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und fördert ihren Einsatz für eine starke Gemeinschaft. Engagierte Bürgerinnen und Bürger finden Lösungen für Probleme, für die der Staat oft keine Antworten mehr hat und stärken die Identifikation mit dem örtlichen Um-

feld. Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck einer lebendigen und sozialen Demokratie.

Eine lebendige Kulturlandschaft ist Teil der gesellschaftlichen Identität. Ein reiches kulturelles Leben verbindet die Menschen miteinander und fördert das Gemeinschaftsgefühl, das Baden-Württemberg stark macht. Kulturangebote über alle gesellschaftlichen Grenzen hinweg und für alle Altersklassen zu fördern und auszuweiten ist ein wichtiges Anliegen der Stiftung.

Die Unterstützung der AUB

Die Programme und Projekte der Baden-Württemberg Stiftung bilden damit ein breites Themenspektrum ab. Der Aufsichtsrat kann dafür pro Jahr etwa 35-40 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die Unterstützung der im Jahr 2001 gegründeten AUB fügt sich dabei in die Säule Bildung beim Baden-Württemberg-STIPENDIUM und dem Themenschwerpunkt Völkerverständigung ein. Als einzige deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraumes bereichert die AUB die gesellschaftlichen Beziehungen in Mitteleuropa durch die Vermittlung europäischer Werte und trägt damit zur erfolgreichen Zusammenarbeit und Integration in Mitteleuropa bei. Dies war das Ziel und die Motivation für das Land Baden-Württemberg sich an der Gründung der AUB zu beteiligen. Die Universität versteht sich demgemäß als Europäisches Modellprojekt, mit dem Ziel, eine Leistungselite auszubilden und im Netzwerk der Partneruniversitäten innovative Studiengänge und attraktive Promotionsmöglichkeiten anzubieten. Die Elite von morgen soll „fit für Europa“ gemacht werden. Insofern ist es kein Wunder, dass die AUB, gerade auch mit dem Institut für Donauraumstudien und europäische Integrationsforschung (oder kurz: Donau-Institut) als zentraler Forschungseinrichtung deutlich macht, dass sie Wesentliches zur EU-Donauraumstrategie beitragen möchte und kann.

Gemäß der Gründungsidee kommen die Studierenden und das Lehrpersonal vorwiegend aus den deutschsprachigen Ländern und Ungarn, den anderen Donauräumen, aber auch aus dem

gesamten osteuropäischen Raum bis nach Zentralasien und darüber hinaus. Das Engagement der Baden-Württemberg Stiftung wird von der Universität Heidelberg als Partnerhochschule in Baden-Württemberg koordiniert. Sie trägt für die Entsendung des Lehrpersonals vorwiegend an der Fakultät für Vergleichende Rechts- und Staatswissenschaft Sorge. Außerdem betreut sie die für die AUB gestaltete Sonderlinie des Baden-Württemberg-STIPENDIUMs. Hier zeigt sich das Besondere dieser Universität: Eine Zeitlang im Ausland leben und zusammen mit anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern in einem internationalen Umfeld lernen - das haben das Studium an der AUB und das Baden-Württemberg-STIPENDIUM gemeinsam. Denn wer sich mit einem baden-württembergischen Studienabschluss für ein weiterführendes Studium oder gar die Promotion an der AUB entscheidet, hat die Möglichkeit, sich für das Baden-Württemberg-STIPENDIUM AUB zu bewerben. Umgekehrt können Studierende der AUB, die aus Ungarn oder anderen mittel- und osteuropäischen Ländern stammen, zu einem dreimonatigen Aufenthalt an eine baden-württembergische Universität wechseln. Einer der Stipendiaten drückt dies so aus: „Ein gegenseitiges Lernen voneinander ist damit vorprogrammiert“ und hat die Motivation unseres Engagements erfasst: das ist die heute mehr denn je notwendige und auf kontinuierlichen Dialog setzende Völkerverständigung.

Nachhaltig, innovativ, flexibel, effektiv und mit großer Wirkung: Unsere Arbeit wird auch in Zukunft nach diesen Kriterien ausgerichtet und gemessen werden können. Deshalb wünschen wir auch und gerade der AUB eine nachhaltige Wirkung im Donauraum und darüber hinaus.

www.bwstiftung.de

Aktuelles

Konferenz zu 10 Jahren EU-Osterweiterung an der AUB



Während der Panels diskutierten deutschsprachige Experten mit ihren Kollegen aus den neuen Mitgliedstaaten.

Die AUB lud zum 10-jährigen Jubiläum der EU-Osterweiterung, und diesem Ruf folgten hochkarätige Referenten aus Wissenschaft und Politik. Im Spiegelsaal der AUB versammelten sich unter anderem der damals amtierende ungarische Außenminister Dr. János Martonyi, der ehemalige sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt, der derzeit an der TU Dresden lehrt, sowie der Direktor der Europäischen Akademie Berlin, Prof. Dr. Eckart Stratenschulte.

Zur Einführung begrüßten Prof. Dr. Ellen Bos und Prof. Dr. András Masát die zahlreichen Gäste im Namen der AUB. Frau Prof. Bos wies in ihrer Eröffnungsrede auf die Integrationsleistung der EU im Rahmen der Osterweiterung hin. Trotzdem stehe die EU weiterhin vor sehr ernsthaften Herausforderungen: nämlich der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie EU-kritischen, radikalen Bewegungen.

Nach der Vorstellung des Programms sprach Bálint Ódor (stellvertretender Staatssekretär im ungarischen Außenministerium) grundsätzliche Punkte zur EU-Mitgliedschaft Ungarns an. Bei der Post-Krisenstruktur in der EU müsse es sicherlich mehr Effizienz in der EU-Politik geben, allerdings sollte dies stets

unter Berücksichtigung der nationalen Interessen geschehen. Eine starke EU, basierend auf gemeinsamen Werten, dürfe die Ungleichheit der Mitgliedstaaten nicht außer Acht lassen. Herr Ódor verwies auf einige Erfolge Ungarns in der EU, etwa bei der Erweiterungspolitik oder den Verhandlungen zum langjährigen Finanzrahmen. Eine Fortführung der EU-Erweiterung wäre durchaus

wichtig, besonders um die Stabilität in der EU-Nachbarschaft zu erhöhen.

Auf dem ersten Panel konnte dann bereits eine Bilanz zu 10 Jahren Integration in der Europäischen Union gezogen werden: In seinem Vortrag „Mehr, weniger, besseres oder kein Europa? Formen der (Des)Integration in der EU“ gab Prof. Stratenschulte zu bedenken, dass die zunehmend differenzierte Integration in der EU legitimatorische Fragen aufwerfe. Zur Debatte stünden nicht nur Formen der temporären Differenzierung (ein Europa der zwei Geschwindigkeiten), sondern sehr viel komplexere Formen der Integration (Pre-Ins, Pre-Outs, Opt-Ins und Opt-Outs in verschiedenen Variationen). Die EU-Institutionen seien dadurch vor neue Herausforderungen gestellt. Man müsse über neue Formen der Legitimation nachdenken. Prof. Stratenschulte nannte hier exemplarisch das „Euro-Parlament“ oder „Schengen-Parlament“. Die Einheitlichkeit des EU-Regelwerks sei bereits an verschiedenen Stellen dauerhaft durchbrochen.

Prof. Dr. Andreas Oplatka (AUB) folgte mit einem Vortrag zur „Europäisierung der neuen Mitgliedstaaten am Beispiel Ungarn“. Er erinnerte daran, dass Ungarns Annäherung an die EU vor dem Hintergrund einer bewegten



Ungarischer Außenminister Dr. János Martonyi.



Prof. Dr. Georg Milbradt, ehemaliger sächsischer Ministerpräsident, TU Dresden.

Zeitgeschichte erfolgt sei. Ungarn habe schon Anfang der 1980er Jahre geheime Gespräche mit der EG geführt und sei bereits 1982 zum Unwillen Moskaus dem IWF beigetreten. In den darauffolgenden Jahren gab es einige Fortschritte im wirtschaftlichen und diplomatischen Bereich. Prof. Oplatka verwies auf das PHARE-Programm und die Europa-Abkommen, damals noch unter Verweigerung des ungarischen Beitrittswunsches. Die alleinige Assoziation zeigte sich jedoch nicht ausreichend, um das östliche Europa zu stabilisieren, weshalb die EU-Aufnahme in Aussicht gestellt wurde. Die Ziele zur euro-atlantischen Integration, die man sich in Ungarn bereits im Jahr 1990 gesteckt hatte, wurden dann 2004 erreicht.

Über die „Strategien des ungarischen Verfassungsgerichts zum Umgang mit dem Unionsrecht“ referierte Dr. Attila Vincze (AUB) und bezog sich dabei auf die Zeit nach 1998 – auch mit einer Vielzahl aktueller Beispiele im Spannungsfeld von Politik und (Europa-)Recht. Dr. habil. Helmut Fehr (AUB) rundete das erste Panel mit einem Vortrag zur „Europäisierung der neuen Mitgliedsstaaten am Beispiel Polens“ mit einem Fokus auf innerpolnische (Eliten-)Debatten in Phasen der Euroskepsis ab.

Das zweite Panel widmete sich den Zukunftsfragen der EU: Eint oder spaltet der Euro Europa? – fragte Prof. Dr. Georg Milbradt und führte damit direkt in das Thema des Panels ein: Die Krise der Integration. In seiner Analyse der Euro-Krise kritisierte Prof. Milbradt den Euro

als falsch konstruierte und schlecht gemanagte Währungsunion, die nicht als Ergebnis einer gelungenen politischen Vollunion hervorgegangen sei. Auch geschichtlich gäbe es keine Beispiele gelungener Währungsunionen ohne Zentralstaat. Prof. Dr. Siegfried Franke und Prof. Dr. Hendrik Hansen, beide von der AUB, beschäftigten sich in ihren Vorträgen mit dem Demokratiedefizit und Europa-Skeptizismus bzw. den antieuropäischen Parteien in der EU. Der Begriff Skeptizismus sei mehrdeutig, rechts- oder linkspopulistisch aber in der EU durchaus auf dem Vormarsch, erläuterte Prof. Hansen eindrücklich am Beispiel der rechtsradikalen Partei Jobbik, deren Programm vor allem von der Abgrenzung zum „Feind“ (etwa etablierte Politiker, „Zigeuner“, Zionisten) lebt. Die Ablehnung der EU und die Kritik des internationalen Finanzkapitals seien aber auch bei linksradikalen Parteien zu finden. Der Beitrag von Dr. Reiner Klingholz (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung) zur „Herausforderung Migration“ erläuterte anhand vieler Schaubilder die demographische Entwicklung und aktuelle Zuwanderungsdebatte in Deutschland.

Auf Einladung der AUB und der Konrad-Adenauer-Stiftung, vertreten durch Frank Spengler, sprach Gastredner Dr. János Martonyi bei der Abendveranstaltung zum Thema „2014 – Jahr der Jahrestage“. Das Jahr 1989 stelle einen Bruch mit dem 200 Jahre alten Paradigma dar, dass Geschichte nur mit Gewalt geändert werden könne; für Ungarn

sei es eine symbolische Heimkehr zur Familie, von der die Nation lange ferngehalten wurde, ein Traum von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Vor dem Hintergrund der ungarischen Erfahrung mache die Erweiterung die EU stärker. Die EU sei jedoch demokratisch und politisch unvollendet und zerbrechlich. Zentrifugale und zentripetale Kräfte setzten der Union zu, radikale Parteien hetzten gegen den europäischen Gedanken. Die EU müsse sich nach Ansicht Martonyis nun auf das Wesentliche konzentrieren, die Grundfreiheiten, die Werte und Ideale, ihre Rolle in der Welt. Das mangelnde außenpolitische Selbstvertrauen wurde auch in der anschließenden Diskussion beklagt, so „boxe die EU im Weltgeschehen unter ihrer Gewichtsklasse“ (Prof. Stratenschulte). Die Ereignisse in der Ukraine zeigten jedoch auch die Kohärenz der EU auf außenpolitischem Gebiet – zumindest in Krisensituationen. Die Konferenzteilnehmer nutzten das anschließende Buffet, um die angeregte Debatte fortzusetzen.

Mit der provokativen Frage „Ist die Östliche Partnerschaft gescheitert?“ eröffnete Prof. Bos die Vormittagssitzung zur Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik am Freitag. Die Ursachen der Ukraine-Krise lägen dabei nicht nur innerhalb des östlichen Partnerlandes – das „soft power“-Konzept der EU kollidiere hier mit Moskaus harter Interessenpolitik. Zwischen den großen Mächten gäbe es keine Verständigung über „Zwischeneuropa“. Dabei wäre die Ukraine als „hybrides Regime“ ein geeigneter Rezipient für EU-Konditionalität, allerdings nur unter klaren Bedingungen und einer glaubhaften Perspektive. Die Beziehung zwischen der EU und Russland war auch Gegenstand des Vortrags von Prof. Dr. Margareta Mommsen (Ludwig-Maximilians-Universität München). Entgegen der einst beschworenen „Strategischen Partnerschaft“ seien die EU-Russland-Beziehungen dieser Tage von einer geostrategischen Gegnerschaft geprägt. Prof. Mommsen plädierte für eine Neutralität der Ukraine nach österreichischem Vorbild sowie für Dezentralisierung – eine Konföderalisierung wäre jedoch gefährlich. Die östlichen Partnerländer müssten differenziert an die EU herangeführt werden, eine Erweiterung en bloc wie 2004 sei keine Option – so der

Tenor der anschließenden Podiumsdiskussion. Dr. Christina Griessler (AUB) schloss das Panel mit einem Beitrag zur Beitrittspolitik im Hinblick auf die Staaten des Westbalkans ab – auch hieraus könnten Lehren für die zukünftige Erweiterungspolitik in Zeiten der Stagnation und der Erweiterungsmüdigkeit gezogen werden.

Das vierte Panel wandte den Blick auf die regionale Zusammenarbeit innerhalb der EU und bot interessante Einblicke in einzelne Politikfelder. Franziska Sielker (Universität Erlangen) referierte über die transnationalen Möglichkeiten der EU-Donauraumstrategie. Dieses Politikmodell gewährleiste die Einbeziehung des Erweiterungsraums sowie die Begegnung auf strategisch-inhalt-

licher Ebene zwischen Beitrittsstaaten, neuen und alten Mitgliedsstaaten. Dr. Christopher Walsch (AUB) befasste sich mit der Visegrád-Gruppe als „zentraleuropäischem Kooperationsforum mit Entwicklungspotential“ und Prof. Dr. Daniel Göler (Universität Passau) mit der sektoralen Integration als Modell für die Östliche Partnerschaft am Beispiel der Energiegemeinschaft. Der differenzierten Integration wurden hier in ihrer räumlichen (Visegrád 4) und sektoralen (Energiegemeinschaft) Ausprägung mehr Chancen als Risiken zugesprochen. Vor allem die Kooperation auf dem Energiesektor diene als institutioneller Rahmen, der Länder des ENP-Raumes und Beitrittskandidaten verbinde. Durch „Spill-Over-Effekte“

könnten darüber hinaus neue wirtschaftliche Trennlinien in Europa verhindert werden.

*Dr. Christoph Schnellbach,
Junior Visiting Research Fellow, AUB*



Vokskabin – die neue ungarische Online-Wahlhilfe ist gestartet

Vokskabin ist ein interaktives Online-Tool mit dem Ziel, die Besucherinnen und Besucher – insbesondere in Wahlperioden – über die wichtigsten (gesellschafts-)politischen Fragen zu informieren und ihnen eine Orientierungshilfe über die Positionen der Parteien anzubieten. Vokskabin gibt den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit, die Übereinstimmung bzw. die Abweichung ihrer persönlichen Standpunkte mit den Positionen der Parteien spielerisch zu testen.

Für die ungarische Parlamentswahl 2014 stellte ein Redaktionsteam aus PolitikwissenschaftlerInnen, HistorikerInnen und den Studierenden der AUB einen Fragenkatalog zusammen, der in den vier Themenbereichen Wirtschaft, Demokratie & Politische Kultur, Innen- und Außenpolitik 27 Fragen enthält. Neben der Beantwortung der Fragen haben die Parteien die Möglichkeit, ihre Antworten kurz zu begründen. Die Kommentare der Parteien sind auf der Homepage ebenfalls zugänglich.

Vokskabin ist die gemeinsame Initiative der AUB und des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL). Das Partnerprojekt in Österreich, die POLITIKKABINE.AT, wird seit 2006

erfolgreich betrieben. Ähnliche internet-basierte Wahlhilfen gibt es u. a. auch in Deutschland (Wahl-o-mat) und in der Schweiz (Smartvote).

Vokskabin wurde am 4. März 2014 zu den Parlamentswahlen in Ungarn unter www.vokskabin.hu in ungarischer und deutscher Sprache online freigeschaltet. Am 6. März fand 2014 eine Pressekonferenz an der AUB statt. Eröffnet wurde sie vom Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát, danach informierten Prof. Dr. Ellen Bos und Melani Barlai vom Projekt-

team über die Wahlhilfe und die Methode.

Anlässlich der Europawahl am 25. Mai 2014 stellte Vokskabin ab dem 11. Mai 2014 neue (gesellschafts-)politische Fragen in sechs Themenbereichen. Vokskabin gibt Antworten darauf, welche Positionen ungarische Parteien im EU-Wahlkampf beispielsweise zu folgenden Fragen vertreten: „Sollen die EU-Mitgliedsstaaten solidarisch für die Schulden der anderen EU-Staaten haften?“, „Soll die EU auch dann erneuerbare Energien fördern, wenn es für die Bürger und Bürgerinnen kurz-



Prof. Dr. Ellen Bos informiert über das interaktive Online-Tool Vokskabin.

fristig mit Mehrkosten verbunden ist?“ oder etwa „Schränkt die EU die ungarische Souveränität zu stark ein?“

Die Projektkoordinatorinnen Prof. Dr. Ellen Bos und Melani Barlai äußerten sich zu ihrem Projekt der Politischen Bildung wie folgt: „Wir sind stolz, in Ungarn eine parteiunabhängige Online-Wahlhilfe etabliert zu haben, die nun das zweite Mal mit neuem Fragebogen online gehen kann. Eine Besonderheit des Programms ist seine Zweisprachigkeit: Es ist sowohl in ungarischer wie auch in deutscher Sprache erreichbar. Wir sind zudem sehr erfreut darüber, dass Vokskabin seit dem Projektstart im März von nahezu 100.000 Interessierten aufgesucht wurde. Wichtig zu betonen ist, dass es bei Vokskabin nicht um Wahlempfehlungen geht, vielmehr wollen wir auf politische Themen aufmerksam machen. Wir hoffen, dass die Seite von Benutzern und Benutzerinnen aller Altersklassen besucht wird und dass wir weiterhin zur politischen



Dr. Christina Griessler probiert mit AUB-Studierenden die Online-Wahlhilfe aus.

Bildung beitragen können.“ Vokskabin wird auch im Vorfeld der ungarischen Kommunalwahlen im Herbst 2014 mit neuen Fragen online gehen.



Ungarn hat gewählt! Wahlabend an der AUB anlässlich der ungarischen Parlamentswahlen

Die Wähler in Ungarn entschieden am 6. April 2014 über die zukünftigen politischen Weichenstellungen ihres Landes. Die Prognosen und Meinungsumfragen im Vorfeld der Parlamentswahlen versprachen einige spannende Entscheidungen. Diese Ausgangslage nahm die AUB zum Anlass, Interessierte zu einem Wahlabend mit Expertenanalysen, Hintergrundberichten und viel Diskussions-

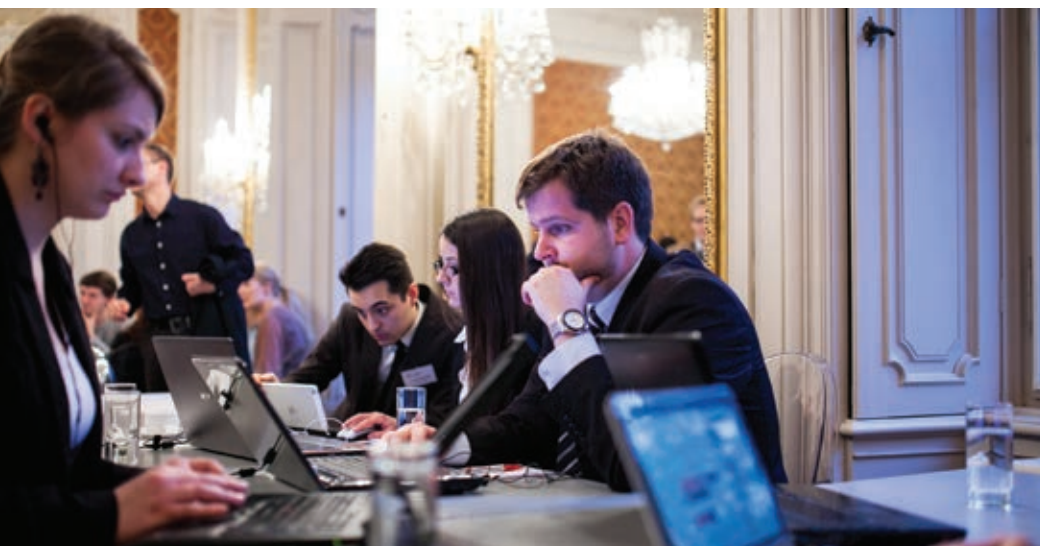
potential einzuladen. In festlichem Ambiente kamen über hundert interessierte Gäste zusammen, um in gemütlicher Atmosphäre die Ereignisse des Abends bei einem Glas Wein zu verfolgen.

Die Gastgeber des Abends, Frau Prof. Dr. Ellen Bos und Herr Prof. Dr. Hendrik Hansen, hießen die interessierten Zuhörer im Spiegelsaal herzlich willkommen und präsentierten

über den Abend verteilt Beiträge rund um die Wahl. Bis zum Schließen der ersten Wahllokale gegen 19 Uhr (viele geschlossen wegen der langen Warteschlangen deutlich später) gab Prof. Dr. Ellen Bos den Anwesenden einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen des politischen Systems in Ungarn und erläuterte Tendenzen der Regierungspolitik in der letzten Legislaturperiode.

Während im Andrássy-Saal die Liveübertragung des ungarischen Fernsehens auf einem Bildschirm verfolgt werden konnte und weiterhin gespannt auf die ersten Hochrechnungen gewartet wurde, eröffnete Herr Prof. Dr. Hendrik Hansen im Spiegelsaal das Gespräch mit den Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung, Frau Meret Baumann, und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Herrn Stephan Löwenstein. Beide gaben aus journalistischer Perspektive die Ereignisse in Ungarn im Sinne westeuropäischer Medien wider.

Wenig später konnten Herr Prof. Helmut Fehr und Dr. Péter Csingár



Wahlkampfanalyse im Spiegelsaal.



Prof. Dr. Hendrik Hansen im Gespräch mit den Korrespondenten Meret Baumann (NZZ) und Stephan Löwenstein (FAZ).

auf dem Podium begrüßt werden, die dem Publikum eine Analyse der parteipolitischen Situation Ungarns im Vergleich mit den anderen drei Visegrád-Staaten boten. Der Fokus lag hier vor allem auf der Stellung der rechtsextremen Jobbik und vergleichbaren Bewegungen in den ostmitteleuropäischen Nachbarländern. Dr. Péter Csingár wies die Zuhörer auf die zunehmende Popularität der Jobbik hin und machte neben den sogenannten Protestwählern vor allem auf das wachsende Wählerpotential in den jungen Bevölkerungsteilen aufmerksam.

Langsam wurden die ersten Ergebnisse in einzelnen Wahlkreisen bekanntgegeben, die Gäste waren durch die Hilfe von einsatzbereiten Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeitern, die die Liveberichterstattung verfolgten und wichtige Entwicklungen während des Programms live verkündeten, jederzeit bestens informiert. So konnten Frau Prof. Dr. Ellen Bos und Melani Barlai im Spiegelsaal den Gästen die ersten Erfahrungen und Ergebnisse von „Vokskabin“, dem eigens entwickelten ungarischen „Wahlomat“, vorstellen und einen Blick auf die schwierige

Situation von Meinungsumfragen in Ungarn werfen.

Auf erste Hochrechnungen und Ergebnisse musste noch eine ganze Weile gewartet werden, und so gab Dr. Miklós Ligeti von Transparency International im Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Hendrik Hansen auf dem Podium einen Einblick in Budgetentwicklungen von Wahlkampagnen in Ungarn und machte auf die fehlende Fairness im Zugang zu Präsentationsflächen sowie mangelnde Transparenz aufmerksam.

Erste Ergebnisse von Landkreisen in Ostungarn standen bereits fest, als Dr. András Hettyey vom ungarischen Institut für internationale Angelegenheiten im Gespräch mit Frau Prof. Dr. Ellen Bos einen Rückblick und einen Ausblick auf die Außen- und Europa-politik Ungarns werfen konnte.

Im Anschluss an das Programm beobachteten die Gäste noch lange die einzelnen Ergebnisse der Wahlkreise und verfolgten die politischen Reden der verschiedenen Parteivorsitzenden.

„Hajrá Magyarország, hajrá Magyarok“ lautete der Ausruf Viktor Orbáns, mit dem er seine Rede in der Wahlnacht schloss. Welche politischen Wege Ungarn während der nächsten vier Jahre einschlägt, bleibt abzuwarten.

*Simone Blunck
Paula Beger*

Andrássy-Tag in Wien

Wien, die Stadt der Kaffeehäuser und Kutschen, bot mit ihren Wahrzeichen wie dem Prater und der Hofburg die Stätte für den mittlerweile vierten Andrássy-Tag. Der Andrássy-Tag bietet der AUB die Gelegenheit, sich in einem ihrer Partnerländer Wissenschaftlern, Politikern, Unternehmern und auch potentiellen Studierenden zu präsentieren. Daher reisten die Universitätsleitung mit einigen Professoren, Studierenden und Mitarbeitern am 12. Juni 2014 in die Hauptstadt Österreichs, um die AUB in ihrer Vielfalt und Einzigartigkeit am Vormittag der Öffentlichkeit und

am Nachmittag geladenen Gästen zu vorzustellen.

Der gesamte Tag stand dabei unter der Schirmherrschaft von S. E. Vince Szalay-Bobrovniczky, Botschafter von Ungarn in Wien, und S. E. Dr. Martin Eichtinger, Botschafter, Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Das Programm am Vormittag in der Zentrale des Österreichischen Austauschdienstes (OeAD) umfasste unter dem Titel „Die Andrássy Universität Budapest – ein akademisches Joint Venture für Europa“ abwechslungsrei-



che Vorträge, die dem Publikum das Wirken der AUB verdeutlichten. Nach der Begrüßung durch Dr. Stefan Zotti, Stellvertretender Geschäftsführer der OeAD-GmbH, folgten Worte zur Zusammenarbeit zwischen der AUB und dem OeAD durch Dr. Christine Juen, Abteilungsleiterin des ICM der OeAD-GmbH. Der Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát, gab den Zuhörern dann in seinem Vortrag „Andrássy Univer-



Podiumsdiskussion zum Thema „Die Andrassy Universität Budapest – ein akademisches Joint Venture für Europa.“

sität Budapest – auch eine österreichische Universität!“ einen Überblick über die Universität.

Folgend wurden zwei Vorträge zur wissenschaftlichen Arbeit an der AUB gehalten. Patrick Jajko, Doktorand an der AUB im Doktoratskolleg der Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES), forscht in seiner Promotion zum Thema „Politische Systemumbrüche des 20. Jahrhunderts im topografischen Raum: Untersucht anhand von Kodierungen in mitteleuropäischen Städten“. Er warf daher in seinem Vortrag einen Blick auf Straßennamen in Situationen des Umbruchs in Wien und Budapest.

Im Anschluss stellten Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin der Interdisziplinären Doktorschule, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU, und Melani Barlai, M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin des Fachbereichs Politikwissenschaft an der AUB und des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL), das Projekt Vokskabin zur politischen Bildung und Wahlorientierung vor.

Vor der Mittagspause, in der es reichlich leckeren Strudel gab, fand das Podiumsgespräch zum Thema „Die Andrassy Universität Budapest – ein akademisches Joint Venture für Europa“ mit Dr. Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Fachbereichs Politikwissenschaft und bei netPOL, Mónika Kósa, Alumna der AUB, Dr. Christoph Ramoser, Leiter der Abteilung für Internationalisierung der Hochschulen und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im BMWFW, Prof. Dr. Hendrik Hansen, Prorektor der AUB, Herrn Jajko sowie Prof. Dr. habil. Ge-

org Kastner, dem Dekan der Fakultät für MES, als Moderator statt. Dabei stellten die Teilnehmer fest, dass an der AUB interessante und einzigartige Studienmöglichkeiten geboten würden und die Atmosphäre die persönliche Entwicklung begünstige.

Am Nachmittag fanden sich dann die Vertreter der AUB und geladene Gäste in den prunkvollen Räumen der ungarischen Botschaft in Wien zusammen. Nach einer Begrüßung des Publikums durch den ungarischen Botschafter in Wien und durch Dr. iur. Teresa Indjein, Botschafterin, stv. Sektionsleiterin der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, als Vertretung für Dr. Eichinger sowie durch Rektor Masát wurde die AUB von Prorektor Hansen und Dekan Kastner kurz vorgestellt.

Die Podiumsdiskussion zum Thema „Europäisierung und Internationalisierung der Hochschulpolitik“ fand unter Teilnahme prominenter Gäste statt. Unter der Moderation des Rektors diskutierten dabei Dr. Zoltán Balog, Ungarischer Minister für Humanressourcen, Dr. Karlheinz Töchterle, Abg. zum Nationalrat, eh. Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. Josef Höchtl, eh. Abg. zum Nationalrat, Kurator und Universitätsrat an der AUB, Mag. Barbara Weitgruber, Leiterin der Forschungssektion BMWFW, Mag. Elisabeth Sorantin, Generalsekretärin des CEEPUS Generalsekretariats, sowie Meret Baumann, Korrespondentin der Neuen Zürcher Zeitung für Österreich und Ungarn in Wien, über Hochschulpolitik sowie die AUB. Dabei wurde betont, dass gerade die internationale Erfahrung den Studen-

ten von heute bilde und ein nicht zu unterschätzender Mehrwert sei.

Prof. Dr. Christian Schubel, Professor für Zivil- und Wirtschaftsrecht an der AUB, präsentierte im Anschluss kurz den Forschungsschwerpunkt an der AUB zum Unternehmensrecht nach dem Inkrafttreten des neuen ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuches.

Zu „Wirtschaft und Wissenschaft im Dialog“ sprach folgend Mag. Dr. iur. Christine Leitner, Ministerialrätin, BMWFW Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration, über Export- und Investitionspolitik, und zur Frage „Was bietet eine internationale Universität internationalen Unternehmen?“ formulierten Ákos Domahidi, LL.M., Kanzler der AUB, sowie Dr. rer. pol. Jörg Dötsch, Beauftragter des Rektors für Wirtschaftskontakte der AUB, überzeugende Antworten.

Der folgende Empfang bot Gelegenheit zum „Networking“. Ebenso konnten sich am Abend noch Alumni der AUB im Universitätsbräuhaus beim Alumni-Stammtisch treffen und austauschen, womit der Andrassy-Tag einen geselligen Abschluss fand.

oead



Botschaft von Ungarn

netPOL
INTERNATIONALES UND INTERUNIVERSITÄRES NETZWERK
POLITISCHE KOMMUNIKATION

EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.opcschennyterv.gov.hu
05 40 038 638

MAGYARORSZÁG MEGJEL



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.1.1-08/2/KMR-2009-0011

Großes Bundesverdienstkreuz für Prof. Dr. András Masát

Bundespräsident Joachim Gauck verlieh Prof. Dr. András Masát, dem Rektor der AUB, in Anerkennung langjähriger Verdienste in der deutsch-ungarischen Wissenschafts- und Bildungspolitik das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Botschafter Dr. Matei I. Hoffmann überreichte die Auszeichnung am 26. Mai 2014 im feierlichen Rahmen. Prof. Dr. Masát hat sich vor allem als Leiter des ungarischen Kulturinstituts in



Botschafter Dr. Matei I. Hoffmann überreicht die Auszeichnung an Prof. Dr. András Masát.

Berlin, dem „Collegium Hungaricum“, und als Vorstandsmitglied der Internationalen Vereinigung der Germanistik (IGV) für die Wissenschafts- und Kulturvermittlung zwischen Ungarn und Deutschland eingesetzt. Auch als Rektor der deutschsprachigen AUB hat er in herausragender Weise die deutsche Sprache als „Wissenschaftssprache“ sowie den akademischen Austausch von Studenten und Wissenschaftlern gefördert.

Rede des Botschafters Dr. Matei I. Hoffmann zur Überreichung des Großen Verdienstkreuzes an Prof. Dr. András Masát

Magnifizenz, sehr geehrter Herr Prof. Masát, sehr geehrte Herren Staatssekretäre, Magnifizenzen, Spektabilitäten,

meine sehr verehrten Damen und sehr geehrten Herren,

zu dieser besonderen Feierstunde begrüße ich Sie herzlich. Bundespräsident Joachim Gauck hat Ihnen, lieber Herr Professor, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Damit würdigt der Bundespräsident Ihr langjähriges Engagement als eine der prägenden Gestalten der deutsch-ungarischen Wissenschafts- und Bildungspolitik. Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, Ihnen heute diese hohe Auszeichnung im Kreise Ihrer Familie, Ihrer Freunde und Weggefährten überreichen zu können.

„Nicht vor dem Kind!“ Ein elterlicher Ausruf, der Kinderohren aufhorchen lässt und Neugierde weckt. Ich habe erfahren, dass es diese kindliche Neugierde auf die in deutscher Sprache gehaltenen Gespräche Ihrer Eltern und Ihres Großvaters war, die Sie dazu bewog diese „Geheimsprache“ zu erlernen. Und manche denken, Ungarisch sei die Geheimsprache. Jedenfalls richten Sie Ihrem Vater, der heute leider verhindert ist, den verspäteten deutschen Dank aus.

Sie wurden 1947 in Deutschland geboren, weil Ihre Familie aus Angst vor der sowjetischen Besatzung nach Bayern flüchtete, kehrten später nach Ungarn zurück. An einem deutschsprachigen Gymnasium begannen Sie Deutsch zu lernen und studierten an der Attila-József-Universität Szeged Germanistik und Hungarologie. Das Studium schlossen Sie mit dem Diplom für Gymnasiallehrer mit Auszeichnung ab. Durch ein Stipendium bekamen Sie die Möglichkeit, erneut in Richtung Deutschland aufzubrechen, um an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in der damaligen DDR als wissenschaftlicher Assistent zu arbeiten. Wohl einer der ersten Bayern, der dies getan hat. In Greifswald begannen Sie auch Norwegisch zu lernen und sich mit

der Skandinavistik auseinanderzusetzen, was beweist, dass Sie sich Ihre Neugierde bewahren konnten, die Sie offensichtlich schon im Kindesalter auszeichnete.

Weitere Stationen Ihrer glänzenden wissenschaftlichen Karriere waren die Universität Göttingen, das University College in London und die Lóránd-Eötvös-Universität in Budapest, wo Sie zum Prodekan der philosophischen Fakultät und dann zum Prorektor berufen wurden. Bis 1999 waren Sie Professor und Lehrstuhlinhaber an der ELTE, forschten und lehrten aber auch an der Universität Wien und der Humboldt-Universität in Berlin. Ihre beeindruckende Publikationsliste belegt die Kreativität und Fruchtbarkeit, die Sie als Wissenschaftler charakterisieren. Wer die Freude hat, Sie persönlich zu kennen, weiß, dass Ihre ernsthafte und in alle Richtungen offene wissenschaftliche Arbeit auch das Fundament Ihrer späteren institutionellen und bildungspolitischen Tätigkeit ist.

Von besonderer Bedeutung war auch Ihre Amtszeit 1999 bis 2007 als Leiter des ungarischen Kulturinstituts in Berlin, dem „Collegium Hungaricum“. In diesen Jahren etablierten Sie erfolgreich eine moderne ungarische Kulturarbeit in Deutschland. Daneben wirkten Sie als Vorstandsmitglied der Internationalen Vereinigung der Germanistik (IGV) für die Wissenschafts- und Kulturvermittlung zwischen Ungarn und Deutschland. Mindestens einen Mitspieler aus jener Epoche begrüße ich heute, den ehemaligen Botschafter Ungarns in Berlin, Herrn StS Pröhle. Sie selbst bekannten sich einmal folgendermaßen: „Das ist mein Credo. Für die Kultursprache Deutsch, für die Vermittlersprache Deutsch, für die Wissenschaftssprache Deutsch“. Mit diesem Bekenntnis und Ihrer Laufbahn waren Sie der ideale Kandidat, um als Rektor die damals noch sehr junge Andrássy Universität in Budapest zu leiten. Als erste und bisher einzige deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums steht sie in besonderer Weise für

die Förderung der deutschen Wissenschaft und der deutschen Sprache im Ausland. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt Ungarns, Deutschlands, der beiden deutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern sowie Österreichs und der Schweiz. Sie baut somit eine Brücke zwischen West- und Zentraleuropa. Ihrer Amtsführung, Magnifizenz, wird von allen Seiten die höchste Wertschätzung und Achtung entgegengebracht. Beweis hierfür ist nicht zuletzt, dass Sie im März dieses Jahres Ihre dritte Amtszeit als Rektor der AUB begonnen haben. Beharrlich verfolgen Sie das Ziel, das eigenständige Lehr- und Wissenschaftsprofil mit fächerübergreifenden Master- und Ph.D.-Programmen in den Disziplinen Geschichte, Politik, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zu festigen und die hohen Erwartungen zu erfüllen, die an die AUB bei ihrer Gründung gestellt wurden. Das im Jahr 2011 gegründete und durch den DAAD geförderte Donau-Institut für interdisziplinäre Forschung ist ein Zeugnis dieser erfolgreichen Bemühungen. Auch von ungarischer Seite wurde durch die Zuerkennung des Status einer Exzellenzuniversität die auch Ihrer Arbeit geschuldete positive Entwicklung der AUB besonders gewürdigt. Die AUB hat sich auch als Gastgeber und Organisator vielfältiger gesellschaftspolitischer Veranstaltungen über den universitären Betrieb hinaus etabliert und bietet so immer wieder Gelegenheit zum Austausch und zu neuen Kontakten.

Magnifizenz, Sie haben sich in hervorragender Weise um die deutsch-ungarischen Beziehungen verdient gemacht. Bundespräsident Joachim Gauck ist es ein besonders wichtiges Anliegen, Menschen wie Ihnen durch die Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz unsere Anerkennung und unseren Dank zu sagen.

Auch im Namen der Deutschen Botschaft gratuliere ich herzlich. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen auch für ihre dritte Amtszeit als Rektor alles Gute, beste Gesundheit und weiterhin die nicht nur für Ihre Forschung notwendige Neugierde und Ausdauer.

Im Fokus

Kulturdiplomatie – Neuer Studiengang an der AUB

Mit dem Studiengang „Kulturdiplomatie (Mittleuropäische Studien-Diplomatie)“ erweitert die AUB nicht nur ihr Angebot, sie geht auch programmatisch neue Wege.

Die Umstellung der ungarischen Studienlandschaft auf das Bologna-System brachte eine Reihe von Neuerungen. Im Zuge zahlreicher Anpassungen und Neuentwicklungen von Studiengängen erreichte die ELTE nach einigen Gesprächen auch mit Vertretern der AUB vor rund drei Jahren eine Rahmenakkreditierung, die unter anderem auch eine auf Mitteleuropa spezialisierte Ausbildung im kulturdiplomatischen Bereich erlaubt.

Mit September 2014 startet nun „Kulturdiplomatie“ an der AUB. Die neue

Fachrichtung baut auf einem Bachelor-Abschluss auf und dauert vier Semester. Dabei gliedert sie sich in drei Ausbildungsteile: Die Studieneingangsphase (STEP), die im 1. und 2. Semester zu absolvieren ist, vermittelt die notwendigen Grundkenntnisse aus den Bereichen, Geschichte, Kultur und Politik und umfasst sechs Lehrveranstaltungen zu jeweils drei ECTS. Der zweite Teil, der fachliche Kernstoff (FK) besteht aus sieben Lehrveranstaltungen im Umfang von 30 ECTS und soll die kulturwissenschaftlichen Kenntnisse der Studierenden vertiefen. Hier stehen unter anderem die Bereiche Literatur, Kunstgeschichte und Philosophie im Focus. Er wird im Laufe des ersten, zweiten und vierten Semesters absolviert. Die eigentliche Fachausbildung Diplomatie (FD), zur der Lehrveranstaltungen aus den Bereichen, Kulturbeziehungen, Völkerrecht, Public Diplomacy und dergleichen mehr gehören, verteilt sich auf alle vier Semester. Kernpunkt davon ist ein sechswöchiges Praktikum, das im Rahmen von zwei Seminaren im dritten Semester zu absolvieren ist. Dazu gehen die Studierenden an eine kulturdiplomatische Einrichtung im Ausland. Anschließend an das Praktikum stehen noch sechs Wochen Zeit für Recherchen zur Diplomarbeit im entsprechenden Land zur Verfügung. Das dritte Semester wird also fast zur Gänze auswärts verbracht.

Die Betonung der praktischen Ausbildung ist somit das Herzstück des Studiums und soll die Berufsaussichten der Absolventinnen und Absolventen entsprechend heben.

AbsolventInnen des Studiengangs haben mit ihrem Abschluss Aussicht auf eine Beschäftigung:

- *Im Bereich der Diplomatie, besonders der Kulturdiplomatie (Auslandskultur-Institute)*
- *Im Bereich des Kulturmanagements*
- *Im Bereich Ausstellung und Museum*

- *Im Bereich der internationalen Organisationen*
- *Im Bereich der staatlichen Verwaltung*

Da das Studium auch zur Aufnahme eines PhD-Studiums berechtigt, bietet sich zudem auch noch die Möglichkeit eine wissenschaftliche Karriere zu starten. Die zunehmende Internationalisierung wird die Nachfrage nach Spezialisten, die sich mehr mit einem Raum als mit einem Staat auseinandersetzen, ebenfalls steigern. Wie auch alle anderen Studiengänge soll die Lehre auch im Bereich der Kulturdiplomatie vorwiegend forschungsgeleitet erfolgen. Die Forschungsschwerpunkte, die in Zukunft intensiviert werden sollen sind:

- *Zusammenhänge und Charakteristik in den Bereichen Geschichte, Literatur, bildenden Künste, Völkerkunde, Musik, Film, Sprachen, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur in Mitteleuropa,*
- *Nationenbildung im 19. Jahrhundert,*
- *Minderheitenfragen,*
- *Mitteuropakonzepte.*

Mit dem Start des Programmes greift die AUB zudem zwei Ideen auf, die schon den Gründern der AUB immer wieder ein Anliegen waren: Der Studiengang wird fakultätsübergreifend angeboten (es sind alle Wissenschaftsbereiche zumindest mit einzelnen Lehrveranstaltungen beteiligt) und er sorgt für eine zusätzliche Profilierung der AUB im Bereich Diplomatie.

Vergleichbare Ausbildungen sind sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich selten, womit die AUB innovativ neue Wege beschreitet.

bmwfw
Bundesministerium für
Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

Mittleuropa- zentrum

- Geschichte
- Kulturwissenschaften
- Kulturdiplomatie
- Doktoratskolleg für
Mittleuropäische Geschichte



www.andrassyuni.eu

Forschungen und Tagungen

Veranstaltungsreihe „Österreich und Ungarn 1914-2014“

Am 12. März 2014 luden die Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) an der AUB sowie das Österreichische Kulturforum Budapest (ÖKF) zum Abendvortrag von Dekan Prof. Dr. habil. Georg Kastner zum Thema „Nationbuilding auf ‚österreichisch‘ nach dem Zweiten Weltkrieg“. Die Veranstaltung bildete den Auftakt der von der Fakultät MES gemeinsam mit dem ÖKF organisierten Vortragsreihe „Österreich-Ungarn 1914-2014“, im Zuge derer bedeutende Querschnittsthemen in der Geschichte der beiden Nachbarstaaten in den zurückliegenden 100 Jahren angesprochen und analysiert werden.

Prof. Kastner verwies in seinen einleitenden Ausführungen auf die besondere Bedeutung des 12. März in der Geschichte der Republik, endete doch an diesem Tag im Jahr 1938 die Eigenständigkeit Österreichs, ein Umstand, der augenscheinlich von nur wenigen Personen bedauert wurde. Ausgehend von „Schlüsseljahren“ in der österreichischen Geschichte legte Kastner anschließend den historischen Werdegang des Landes dar. Der Versuch, ein österreichisches Nationalbewusstsein zu schaffen, sei erst ab 1933 unternommen worden, um auf diese Weise einen Gegenpol zu Hitlerdeutschland zu schaffen. Im Zweiten Weltkrieg sei auf Seiten der Alliierten bereits früh die Entscheidung gefallen, nach der Niederwerfung Hitlerdeutschlands die Souveränität Österreichs wiederherzustellen, was im Mai 1945 tatsächlich auch erfolgt sei. Zu diesem Zeitpunkt, so Prof. Kastner, seien die österreichischen Politiker vor der Frage gestanden, wie man die wiederhergestellte Nation definieren und inwieweit man die historischen Wurzeln des Staates anknüpfen wolle. Aufgrund der immer noch präsenten Erinnerungen an den unglücklichen Verlauf der jüngeren Geschichte habe man sich schließlich entschlossen, einen vollkommenen Neuanfang

zu versuchen, wobei sich das Land bewusst als „Kulturnation“ und weniger als „Staatsnation“ verstand und definierte. Prof. Kastner verwies in diesem Zusammenhang vor allem auf die Inszenierung Österreichs als Land der schönen Künste und der Kultur. Im Laufe der Zeit wurde auch eine Art populärer Gegenentwurf zu dem von staatlicher Seite verordneten, der Eigendefinition des Staates dienendes Kulturprogramm entwickelt, das ebenso entscheidend zur Bildung eines „Österreichbewusstseines“ beigetragen habe. Die Frage, ob es sich bei Österreich heute um eine politische Nation oder eine Kulturnation handle, sei schwierig zu beantworten. Dem Vortrag schloss sich eine rege Diskussion zwischen Prof. Kastner und dem Publikum zu Fragen der österreichischen Geschichte sowie zum Nationbuilding in Mitteleuropa im 20. Jahrhundert an.

Am 9. April 2014 luden die Fakultät für Mitteleuropäische Studien sowie das Österreichische Kulturforum Budapest zur zweiten Veranstaltung in der Reihe Österreich und Ungarn 1914-2014, zum Vortrag von Dr. Gerald Lamprecht (CJS Graz; Junior Research Fellow an der AUB-MES) zum Thema „Die jüdischen Soldaten in der österreichisch-ungarischen Armee“ ein. Der Referent stellte gleich zu Beginn fest, dass es sich hierbei um ein wenig bekanntes Thema handle, welches auch im Gedenkjahr 1914/2014 nur vereinzelt Aufmerksamkeit gewinne. Die Gründe für die mangelnde Aufmerksamkeit seien vielfältig, aber maßgeblich bleibe die Shoah und die Ereignisse des 2. Weltkrieges. Denn nicht nur der Völkermord, Vertreibung und Ausgrenzung hätten zum Verlust der Erinnerungen geführt, auch die spezifische Politik der Nationalsozialisten, das Andenken an die jüdische Bevölkerung in Schrift, Bild und Kultur zu eliminieren, zeige hierbei noch immer Wirksamkeit. In den

Quellen aus der Kriegszeit wird jedoch die Bedeutung der Kriegserinnerung deutlich. Diese generiert sich vor allem aus der Kriegserfahrung selbst. Denn durch den Einsatz für das Vaterland in der Armee konnte die staatsbürgerliche Anerkennung für die Juden in der Monarchie weitergeführt werden. Die konnte man verschiedenen Zeitungen wie dem „Jüdischen Kriegsgedenkblatt“ sowie dem „Jüdischen Archiv“ aus der Zeit zwischen 1914-1918 entnehmen. Aber auch das Anlegen von Heldenfriedhöfen sei in diesem Bereich bedeutsam. Der Referent betonte abschließend, dass es eine speziell jüdische Kriegserinnerung aus der Zeit des 1. Weltkrieges gab, welche teils staatlich und teils aus religiösen Motiven heraus bestärkt wurde und welche in verschiedenen Erinnerungs-Milieus der Zeit Ausdruck finden konnte. Diese sollten bei gegenwärtigen und zukünftigen Erinnerungen an diese Zeit wieder stärker betrachtet werden.

Am 28. April 2014 fand die dritte Veranstaltung in der Vortragsreihe statt. Dr. Philipp Greilinger referierte zum Thema „Österreich-Ungarn. Eine ‚Wiedervereinigung‘ durch die EU?“. Dr. Greilinger verwies in seinen einleitenden Ausführungen auf das gute bilaterale Verhältnis Österreichs und Ungarns sowie die fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Staaten in den Gremien der Europäischen Union, ein Umstand, der nicht alleine auf die gemeinsame Vergangenheit und Staatlichkeit zurückzuführen sei. Viel mehr hätten sich ab den 1950ern, ungeachtet der Trennung durch den Eisernen Vorhang, die Beziehungen der beiden Staaten zusehends verbessert. Spätestens mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze, der im Mai 1989 begann und die beiden Länder in den Fokus der Weltöffentlichkeit rückte, sowie der Umwandlung Ungarns in eine demokratische Republik im Oktober

selben Jahres hätte dann endgültig das Tor für eine Neudefinition der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Staaten offen gestanden. Während auf wirtschaftlichem Gebiet die Neuausrichtung Ungarns auf Österreich und andere westliche Staaten rasch von Statten ging, waren die angestrebten Ziele laut Dr. Greilinger insbesondere auf außenpolitischer Ebene – Stichwort europäische Integration und EG/EU-Beitritt – mit deutlich größeren Hürden verbunden. Nachdem Österreich bereits 1995 der EU beitreten konnte, wurde Ungarn erst im Rahmen der so genannten „Osterweiterungsrunde“ 2004 in das europäische Bündnis aufgenommen. Beide Staaten hätten sich darüber hinaus auch um eine verstärkte Zusammenarbeit der Staaten Mittel- und Südosteuropas bemüht, was sich in der Gründung bzw. dem Ausbau zahlreicher bi- und multilateraler Programme und Partnerschaften (CEFTA, Zentraleuropäisches Präsidententreffen, Visegrád Gruppe) niederschlug. Von weniger

Erfolg gekrönt wären die noch vor der „Wende“ von 1989 begonnenen Planungen zur Abhaltung einer länderübergreifenden Weltausstellung (EXPO) in Wien und Budapest gewesen. Erfreulicher hätten sich die bilateralen Kooperationen auf ökologischem Gebiet gestaltet, so die Einrichtung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel und die Beilegung von Streitigkeiten um Gewässerverschmutzungen entlang der Raab. In seinem Resümee betonte Dr. Greilinger nochmals die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft Ungarns sowohl für die bilateralen Beziehungen zu Österreich als auch für die innenpolitische Entwicklung des Landes. Der Vortragende schloss mit der Hoffnung, dass die beiden Staaten zukünftig die sich durch die EU-Mitgliedschaft bietenden Kooperationsmöglichkeiten noch stärker nützen und sich einer gemeinsamen, aktiven Europapolitik widmen würden.

Am 13. Mai 2014 wurde die Reihe mit dem Abendvortrag von Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan zum Thema

„Ungarisch-österreichische Beziehungen in der Zwischenkriegszeit“ fortgesetzt. Der Vortrag konzentrierte sich auf die Gemeinsamkeiten der beiden Staaten Österreich und Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg. Als in Folge der Pariser Friedenskonferenzen neue Grenzen gezogen wurden, kam das Burgenland als „Entschädigung“ zu Österreich. Ödenburg/Sopron hingegen blieb in Folge einer Volksabstimmung bei Ungarn. 1927 kam es zu ersten Auseinandersetzungen, als die Möglichkeit eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich diskutiert wurde. Im Falle eines Anschlusses forderte Ungarn die Wiederherstellung der alten Grenzen zu Österreich. Neuer Schwung in die Revisionsfrage kam in Ungarn mit dem Machtantritt des Ministerpräsidenten Gyula Gömbös Ende des Jahres 1932, der in dieser Frage Kontakt zum Deutschen Reich suchte. Ungarn war auch weiterhin gegen den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, auch aus wirtschaftlichen Gründen. Dennoch beserten sich die Beziehungen zwischen



Prof. Dr. Arnold Suppan bei seinem Vortrag über die Entwicklungen von Österreich und Ungarn in der Zwischenkriegszeit

Budapest und Berlin in den 1930er Jahren, zugleich bemühte sich Wien um eine Verständigung mit seinen Nachbarstaaten mit dem Fernziel der Gründung einer Donau-Konföderation, mit wenig Erfolg. 1936 änderte sich die Situation schlagartig durch Hitlers Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland. Die ungarische Zeitschrift „Magyarország“ schrieb daraufhin visionär: „Nach dem Rheinland wird Österreich folgen.“ Es kam in der Folge zu einer Anpassung der Außenpolitik Österreichs an die des Deutschen Reichs. Nachdem Hitler und Mussolini sich politisch weiter annäherten, musste sich auch Ungarn zwangsläufig der „Achse Berlin-Rom“ annähern. Nach dem Münchner Abkommen besetzte das Deutsche Reich das Sudetenland, woraufhin die ungarische Regierung auf eine Revision der Grenzen hoffte. Im Zuge des Ersten Wiener Schiedsspruchs 1938 kamen tatsächlich Teile der Südslowakei und der Karpato-Ukraine zu Ungarn. Im Rahmen des Zweiten Wiener Schiedsspruches von 1940 erhielt Ungarn darüber hinaus Teile Siebenbürgens und des Széklerlands zugesprochen. Zunächst zögerlich stimmte Horthy später für eine militärische Teilnahme Ungarns am Krieg gegen Jugoslawien. Ungarische Truppen marschierten in Folge dessen in die Bácska ein. Damit war auch Ungarn in eine völlige Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Außenpolitik geraten.

Am 20. Mai 2014 behandelte Dr. Maximilian Graf die Entstehungsgeschichte, Rezeption und Wirkungsgeschichte des Bildes, welches die damaligen Außenminister Österreich und Ungarns, Alois Mock und Gyula Horn, beim Durchschneiden des Eisernen Vorhanges zeigt. Eingang erläuterte der Vortragende die Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehung zwischen Österreich und Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg und die diesbezüglichen Reaktionen aus Moskau und der DDR. Die Hauptkonfliktlinien zwischen Österreich und Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg waren vermögensrechtliche Fragen und die Lage an der Grenze. Die Niederschlagung

des „Prager Frühlings“ sorgte für einen kurzfristigen Rückschlag in den Beziehungen. Mit einer Ungarnreise des österreichischen Bundespräsidenten Franz Jonas im Jahr 1970 kam es wieder zu einer Intensivierung der Beziehungen der beiden Staaten. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Kontakte wurde unter anderem die „Mogersdorfer Symposien“, ein wissenschaftlicher Austausch zwischen ungarischen, kroatischen, slowenischen und österreichischen Kollegen, ins Leben gerufen. Zusätzliche Grenzübergänge wurden eröffnet und der Visavergabe erleichtert. Der vom österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky vermittelte 300 Millionen Dollar Kredit für Ungarn sorgte für die Etablierung gutnachbarschaftlicher Verhältnisse. Bruno Kreisky und der ungarische Ministerpräsident János Kádár besuchten sich regelmäßig gegenseitig, und Kreiskys Nachfolger Fred Sinowatz absolvierte seinen ersten offiziellen Staatsbesuch als Bundeskanzler in Ungarn. Im Jahr 1988 bekamen ungarische StaatsbürgerInnen den Weltpass ausgestellt, welcher ihnen eine Reise in den Westen ermöglichte. Viele Ungarn nutzten diesen Pass für Einkaufstouren nach Wien. Im Februar 1989 informierte der ungarische Ministerpräsident Miklós Nemeth schließlich Bundeskanzler Franz Vranitzky über den bevorstehenden Abbruch des Eisernen Vorhanges an der österreichisch-ungarischen Grenze. Im Rahmen eines Besuchs des ungarischen Außenministers Gyula Horn wurde schließlich am 27. Juni 1989 in der Nähe von Klingenbach das bekannte Bild aufgenommen, das Horn und Mock bei der symbolischen Beseitigung einer Grenzsperre zeigt. Das Bild entstand keineswegs zufällig, sondern wurde bewußt aufgenommen, um die Abbrucharbeiten medienwirksam zu unterstreichen. Ungarische Oppositionelle organisierten in einem weiteren Schritt am 19. August 1989 das Paneuropapicknick und konnten Otto von Habsburg und Imre Pozsgay als Schirmherrn für das Unternehmen gewinnen. Da die Grenzsoldaten keinen Befehl zum Eingreifen erhielten, nutzten etwa 700 DDR BürgerInnen die Veran-

staltung als Möglichkeit zur Flucht. Die Bilder der Massenflucht lockten zahlreiche weitere Ausreisewillige nach Ungarn, wo mit den tausenden Flüchtlinge die Lage unterdessen zunehmend schwierig wurde. Ungarn entschied sich das Zusatzprotokoll zum Abkommen über Reiseverkehr mit der DDR von 1969 auszusetzen und alle auf die Weiterreise wartenden Personen ausreisen zu lassen. Insgesamt reisten etwa 50.000 Personen, vornehmlich DDR-Bürger, in die BRD. In seiner Schlußbemerkung warnt der Vortragende jedoch davor, die Bedeutung der Grenzöffnung zwischen Österreich und Ungarn als wichtigste Vorbedingung für den Mauerfall zu überschätzen, betonte aber dennoch nochmals die Sonderstellung Ungarns in der Reihe der politischen Umbrüche des Jahres 1989.

Am 24. Juni 2014 fand der Abendvortrag von Dr. Richard Lein zum Thema „Zwischen Plan und Wirklichkeit. Die militärischen Planungen und Vorbereitungen Österreich-Ungarns für den Kriegsbeginn im Juni 1914“. Im Vortrag wurden die Bedingungen und die konkreten Vorbereitungen für den Kriegseintritt Österreich-Ungarns im Juli 1914 dargestellt. Neben militärstrategischer Planung sowie dem Bündnis mit dem Deutschen Reich kam hierbei vor allem dem Eisenbahnwesen eine Schlüsselrolle zu. Die Bahn war spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein essentielles Element in der Kriegsführung für Aufmarsch und Versorgung der Armeen. Doch hinsichtlich der absehbaren Kriegsschauplätze auf dem Balkan und in Galizien erwies sich die verkehrstechnische Infrastruktur der Habsburgermonarchie als ineffizient, was weitreichende Folgen haben sollte. Darüber hinaus, so Lein in seinen Ausführungen, war die k.u.k. Armee nicht genügend auf den Kriegsfall vorbereitet. Die letzten Kriege Österreich-Ungarns lagen lange zurück und die Verantwortlichen negierten die strategischen und technischen Entwicklungen in anderen bewaffneten Konflikten in Europa und Übersee. Neue Tendenzen der Kriegsführung (Stellungskampf,

Flugzeugaufklärung, u.a.) wurden folglich kaum rezipiert und spielten in der eigenen Strategie daher keine Rolle. Der Verrat der Aufmarschpläne durch den k.u.k. Generalstabsoffizier Alfred Redl an das Russische Reich sowie veränderte Prioritäten bei der Mobilmachung des Deutschen Reiches führten dazu, dass die bisherigen Kriegsplanungen Österreich-Ungarns zu Beginn des 20. Jahrhunderts obsolet wurden. Die Entscheidung des österreichisch-ungarischen Generalstabschefs Franz Conrad von Hötzendorf im Juli 1914, zuerst gegen Serbien aufzumarschieren, schränkte zudem die Handlungsfreiheit der Armee enorm ein. Die österreichisch-ungarischen Armeen, die in Galizien operierten, agierten darüber hinaus aufgrund eines Versagens der Aufklärung

weitgehend planlos und erlitten in den ersten Schlachten gegen die personell wie materiell überlegenen russischen Truppen schwerste Verluste. Die geschwächten k.u.k. Truppen traten den Rückzug in die Karpaten an und bauten dort bis Ende 1914 eine Front auf, die vorerst gehalten werden konnte. Dr. Lein betonte in seinen abschließenden Ausführungen vor allem die Verantwortung des österreichisch-ungarischen Generalstabschefs Franz Conrad von Hötzendorf für die militärische Katastrophe, dieser habe es jedoch geschafft, die Schuld auf seine Untergebenen abzuwälzen. Letztlich habe die Habsburgermonarchie relativ rasch auf die Niederlage reagiert und sowohl die Ausbildung ihrer Truppen als auch die Kriegstaktik angepasst, die k.u.k. Armee habe sich

jedoch nie wieder von dem Kräfteabfluss des Jahres 1914 erholt.

Katharina Haberkorn,
Anett Hajnal,
Sebastian Sparwasser



Erstes Treffen des Andrassy Forum for Western Balkan Studies



Das erste Treffen des Andrassy Forum for Western Balkan Studies fand am 26. und 27. März 2014 an der AUB statt. Auf dem zweitägigen Treffen kamen Expertinnen und Experten aus Deutschland, Österreich, den Visegrád-Staaten und aus Südosteuropa zusammen. Der Fokus der Forschungsaktivitäten des Forums liegt auf den Beziehungen zwischen den Visegrád-Staaten und den Staaten Südosteuropas sowie auf deren Integration in die EU. Die AUB agiert dabei in ihrer Rolle als Brücke zwischen den mitteleuropäischen und deutschsprachigen Staaten.

Während des ersten Netzwerk-Workshops wurden von Dr. Christina Griessler und Dr. Christopher Walsch die AUB und die Ziele des aktuellen Visegrád-Projektes vorgestellt. Es wurden dabei Ideen für gemeinsame Forschungsprojekte gesammelt. Folgende Institutionen nahmen dabei an den Gesprächen teil:

- *Hungarian Institute for International Affairs (HIIA)*
- *Association of International Affairs (PISM), Prague*
- *Research Center of the Slovak Foreign Policy Association (SFPA)*
- *University of Zagreb, Faculty of Political Sciences*
- *Institute for Development and International Relations (IRMO), Zagreb*
- *University of Sarajevo, The Department of Political Sciences*
- *CEDEM - Centre for Democracy and Human Rights, Podgorica*
- *University of Pristina*
- *Institute für Political and International Studies in Skopje*
- *South East European University in Tetovo, Faculty of Public Administration and Political Sciences, Macedonia*
- *Corvinus University Budapest*
- *The Babeş Boylai University, Cluj-Napoca*
- *netPOL – Network for Political Communication*
- *Queen's University Belfast*

- *Andrássy Universität Budapest (AUB)*
- *The Polish Institute of International Affairs (PISM)*

Am Nachmittag wurde das Treffen dann mit weiteren Vorträgen über die Perspektiven der Visegrád-Staaten gegenüber den Staaten Südosteuropas und der Visegrád-Staaten gegenüber der EU fortgesetzt.

Am darauf folgenden Tag setzte sich der Workshop fort und am Nachmittag fand eine Expertensitzung zu Elitesystemen in Südost-, Mittel- und Osteuropa statt, organisiert von Prof. Dr. Ellen Bos und Dr. Zoltán Tibor Pállinger, die darauf hinwiesen, dass die Staaten Südost-, Mittel- und Osteuropas ein exzellentes Forschungsgebiet für die komparative Erforschung von Eliten in Transformationsländern darstellen.



Sacro Egoismo. Vom Ende des Dreibunds zum Südtirolkonflikt

Die offizielle Eröffnung der eintägigen Konferenz am 1. April 2014 erfolgte durch den Prorektor der AUB, Prof. Dr. Hendrik Hansen, der in seinen Begrüßungsworten kurz auf die Bedeutung des Begriffs *Sacro Egoismo* einging. Hansen betonte, dass die Konferenz ein interessantes Thema aufgreife, das mit den Forschungsaktivitäten und dem Südtirol-Schwerpunkt der Universität in enger Verbindung stehe. Mit Dank an die Region Südtirol-Trentino für die Finanzierung der Konferenz und an das Organisationsteam, insbesondere an Dr. Richard Lein, Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES), beendete er seine Begrüßungsworte.

Das erste Panel wurde von Dr. Orsolya Lénárt (MES/AUB) moderiert. Der Vortrag von Dr. Lein wurde per Skype-Schaltung live übertragen. In seinem Vortrag zum Thema »Der König von Italien hat Mir den Krieg erklärt: Zum Ende des Dreibunds 1914–1915« ging er auf die politischen Entwicklungen sowie die sich wandelnden politischen und nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten des Dreibunds ein. Aufgrund der sich ständig ändernden Interessenslagen, der wiederholten Modifizierungen am Dreibundvertrag sowie der Unterzeichnung eines Neutralitätsvertrags zwischen Italien und Frankreich habe der 1882 abgeschlossene Vertrag – so Dr. Lein – zu Beginn des 20. Jahrhunderts zusehends an Bedeutung verloren. Die Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915 habe in Wien niemanden überrascht, da schon lange politische Spannungen wegen der Ausdehnung der jeweiligen Einflussphären der beiden Staaten auf dem Balkan bestanden hätten. Dr. Lein argumentierte, dass die italienische Neutralitätserklärung inkorrekt als »Treuebruch Italiens« oder »Verrat« bezeichnet wird, da es eigentlich Österreich-Ungarn war, das einen Vertragsbruch beging, als es Italien über das bevorstehende Ultimatum an Serbien 1914 nicht informierte (Verstoß gegen Artikel 7). Somit habe Italien formaljuristisch gesehen korrekt gehandelt, als es sich neutral erklärte. Der



Orsolya Lénárt moderiert das Panel während Dr. Richard Lein per Skype zugeschaltet wurde.

Dreibund war nach Ansicht Dr. Leins prinzipiell eine Zweckgemeinschaft, die bis 1914 künstlich am Leben erhalten wurde, ihre Funktion jedoch schon lange zuvor eingebüßt hatte.

Dóra Frey (Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften) sprach über »Geheime Diplomatie und Völkerrecht – der Vertrag von London«. Frey bezeichnete den Londoner Vertrag als »unbekannten Bekannten«, da es über den Vertrag, obwohl er allgemein bekannt ist, kaum Fachliteratur gibt. Der Londoner Vertrag wurde von Österreich-Ungarn als »Verrat Italiens an den Verbündeten« bezeichnet, wobei einerseits Italiens Kriegseintritt durch die Interessen Österreich-Ungarns und Italiens, die auf dem Balkan kollidierten, erklärbar ist sowie andererseits durch das Ziel Italiens, jene Gebiete, in denen eine italienische Minderheit unter österreichischer Herrschaft lebte, dem eigenen Staatsverband einzuverleiben. Italien legitimierte die Neutralitätserklärung 1914 damit, dass Österreich-Ungarn den Artikel 7 nicht eingehalten hätte. Die Kriegserklärung Italiens erfolgte am 23. Mai 1915, nachdem Italien in den Londoner Geheimgesprächen seitens der Entente-Mächte Gebietszusagen gemacht worden waren, insbesonde-

re das Trentino, Südtirol, Istrien und weitere italienische Siedlungsgebiete an der Mittelmeerküste betreffend. Die Vortragende zog eine Parallele zu dem weniger bekannten Vertrag von Bukarest. Ähnlich wie im Fall Italiens wurde im Vertrag von Bukarest eine Verschiebung der Grenze zugunsten Rumäniens bei dessen Kriegseintritt gegen die Mittelmächte versprochen. Rumänien sollte die Bukowina, Siebenbürgen, das Banat bis zur Theiß und Donau sowie weitere Gebiete mit rumänischer Bevölkerung im östlichen Ungarn erhalten. Die Gemeinsamkeit liege nach Ansicht Freys vor allem darin, dass sowohl der Bukarester als auch der Londoner Vertrag als Verrat angesehen wurden und beide die Ursache für weitere Konflikte waren.

Der Vortrag von Dr. Wolfgang Etschmann (LvAk Wien) »Die österreichisch-ungarische Südwestfront aus militärischer Perspektive«, wurde aufgrund einer Erkrankung des Vortragenden von Dr. Christina Griessler (netPOL/AUB) verlesen. Dr. Etschmann analysierte die militärische Effektivität der österreichisch-ungarischen Streitkräfte an der italienischen Front, wo diese von nur wenigen verbündeten Truppen, allen voran von jenen des Deutschen Rei-

ches, unterstützt wurden. Der Vortragende verglich dabei zunächst die österreich-ungarischen Streitkräfte, die bis Ende 1915 zu den 485.000 Mann in Friedenszeiten noch zusätzlich 3,3 Millionen Mann aufstellen konnten, mit den italienischen Truppen, die 39 Divisionen und 10 Brigaden zu mobilisieren vermochten. Die italienischen Truppen hatten bis zu diesem Zeitpunkt nur Kampferfahrungen in Ostafrika und Libyen gesammelt, was im Hochgebirge, wo es zum sogenannten „Krieg der Bergführer“ kam, keinen militärischen Vorteil brachte. Die insgesamt zwölf Isonzoschlachten und die Ortigaraschlacht (Juni 1917), die auf beiden Seiten fast 33.000 Tote und Verwundete forderten, verdeutlichen, wie um jeden Kilometer gekämpft wurde. In der 12. Isonzoschlacht im Oktober 1917 konnten die österreichisch-ungarischen Verbände Erfolge erzielen und die italienischen Truppen weit auf italienisches Territorium zurückdrängen, ein entscheidender Erfolg blieb ihnen jedoch auch diesmal verwehrt. Die letzte Offensive der österreichisch-ungarischen Truppen, die am 15. Juni 1918 stattfand, entsprach eher einer Verzweiflungstat als einem strategischen Angriff. Als Fazit sprach Dr. Etschmann den Streitkräften der Habsburgermonarchie an der Südwestfront eine relativ hohe „military effectiveness“ zu.

Das zweite Panel, das Melani Barlai (netPOL/AUB) moderierte, wurde mit einem Beitrag von Oswald Überegger (ZRG Bozen) eingeleitet. In seinem Vortrag „Gegen den ‚Erzfeind‘. Die österreichisch-ungarische Kriegspropaganda gegen Italien“ referierte er über die Kriegspropaganda der Habsburgermonarchie gegen das italienische Königreich im Ersten Weltkrieg. Einleitend zeigte Dr. Überegger die Problembereiche auf, mit denen die damaligen Propagandastrukturen belastet waren. Zum einen waren diese durch eine omnipräsente Skepsis gegenüber der Propaganda als „das unfaire Mittel“, eine fehlende Gesamtkoordination und interne Kompetenzstreitigkeiten innerhalb des Kriegspressequartiers, das für die Berichterstattung zuständig war, gekennzeichnet. Zum anderen fehlte es neben finanziellen Mitteln auch an einer Zusammenarbeit der

Mittelmächte in diesem Bereich. Nach der Skizzierung der kulturellen und strukturellen Rahmenbedingungen differenzierte Überegger drei Phasen der antiitalienischen Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die erste Phase dauerte von August 1914 bis zum Kriegseintritt Italiens im Mai 1915, in der die Neutralität Italiens von einem „moralisierenden Wunschdenken“ der Presse untermauert wurde – so Dr. Überegger. In der zweiten Phase vom Mai 1915 bis zum Oktober 1917 sei Italien in der medialen Berichterstattung zu einem Antihelden avanciert. Der Höhepunkt der antiitalienischen Kriegspropaganda wurde in der dritten Phase (Okt. 1917 bis zum Kriegsende) erreicht und entwickelte sich über die Jahrzehnte hinweg zu starren Stereotypen, die auch die Südtiroler Geschichtsaufarbeitung bis heute maßgeblich prägen – fasste Dr. Überegger zusammen.

Prof. Mag. Dr. Gunda Barth-Scalmani von der Universität Innsbruck machte in ihrem Vortrag auf eine der Lücken in der Genderforschung des Ersten Weltkrieges aufmerksam. In der Erforschung der Frauenarbeit im Ersten Weltkrieg konzentrieren sich die Gender Studies auf die außerhäusliche Arbeit der Frauen in den Städten, insbesondere auf die industrielle Frauenarbeit, „aber die Mehrheit der Frauen hat 1914 nicht in den Städten, sondern auf dem Land gelebt“ – so Prof. Barth-Scalmani. Aus dieser Problemstellung ist das Forschungsprojekt „Heldinnen des Hinterlandes im Diskurs der Medien“ entstanden, das sich zum Ziel setzt, den Diskurs über die Arbeit der Bäuerinnen in den Medien während des Ersten Weltkrieges aufzudecken.

Die ersten Ergebnisse thematisierte Gertrud Margesin (Universität Innsbruck) in ihrem Vortrag: Von den bislang fünf untersuchten Tiroler Zeitungen liefern die christlich-soziale Tageszeitung, der Tiroler Volksbote, die breiteste Quellenbasis. Die bisherigen Recherchearbeiten zeigen deutlich einen Wandel der Berichterstattung in den Zeitungen. Vor dem Kriegsausbruch kamen in der Zeitung nur Männer zu Wort. Im Juni 1915 stellten sich die Frauen plötzlich die Frage: „[...] wollen wir Weiberl auch zur Feder ziehen [...]“. Von da an berichteten

Frauen regelmäßig über die Feldarbeit und ihre alltäglichen Probleme. Dies hatte zur Folge, dass Frauen im Krieg verstärkt wahrgenommen wurden – so Margesin abschließend.

Das dritte Panel wurde von Prof. Dr. habil. Georg Kastner (MES/AUB) moderiert. Julia Walleczek-Fritz vom Österreichischen Staatsarchiv präsentierte einen Zwischenstand ihrer Forschungsarbeit zum Thema „Arbeit für den Feind. Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen an der Südwestfront im Dienste Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg“. Insgesamt gab es während des Ersten Weltkriegs ca. 8–9 Millionen Kriegsgefangene in allen kriegsteilnehmenden Staaten, davon waren geschätzte 1,25–2,3 Millionen in österreichisch-ungarischer Gefangenschaft. Die Kriegsgefangenen wurden in etwa fünfzig Kriegsgefangenen- und Internierungslager in Österreich-Ungarn untergebracht. Zusätzlich zu diesen Lagern gab es Kriegsgefangenenstationen, die nur für eine temporäre Unterbringung der Gefangenen vorgesehen waren. Bereits 1914 wurden in den Lagern Werkstättenbetriebe und Kriegsgefangenen-Arbeiter-Partien (KAP) eingerichtet. Die Haager Landkriegsordnung (1899/1907) definierte im Artikel 6, dass jene Arbeiten, die von den Gefangenen ausgeführt werden, in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen dürfen. Artikel 7 besagt: „Gefangene sind in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Unterkunft ebenso zu behandeln wie die [eigenen] Truppen“. Die Gefangenen wurden in vielen Fällen dennoch für Schanz- und Fortifikationsarbeiten, für die Minensuche, als Lastenträger, als Beutesucher, für den Straßen-, Eisenbahn- und Seilbahnbau sowie für die Arbeit in der Landwirtschaft eingesetzt. Durch die Kriegssituation verschlechterte sich auch die Lage der Kriegsgefangenen, die unterernährt waren, Tag und Nacht unter widrigen Wetterbedingungen arbeiten mussten und gewalttätigen Übergriffen seitens ihrer Bewacher ausgesetzt waren. Erkennbar ist, dass Artikel 6 und 7 der Haager Landkriegsordnung oftmals nicht berücksichtigt wurden und ein massiver Einsatz von Kriegsgefangenen in kriegsunterstützenden Bereichen stattfand.

Die Konferenz schloss mit dem Vortrag von Andrea Brait vom Institut für Geschichte an der Universität Wien. In ihren Ausführungen über die „Musealisierung von Krieg an der ehemaligen Italienfront. Österreichische, italienische und slowenische Sichtweisen rund 100 Jahre nach dem Ende der Kämpfe“ ging Brait folgenden Fragen nach: Wie wird der Erste Weltkrieg in den untersuchten Museen dargestellt bzw. wie sollte er dargestellt werden? Nach der Vorstellung von Fallbeispielen aus Österreich, Italien und Slowenien formulierte sie jene Erwartungen, die an die Ausstellungen gerichtet sein sollten,

die sich das Pflegen der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg zum Ziel gesetzt haben. So sollten die Ausstellungen erlebnisorientiert sein, einen persönlichen Bezug herstellen, die Kulturgeschichte des Krieges beleuchten und den transnationalen Blick öffnen – so das Fazit der Referentin.

Die Tagung endete mit einem Schlusswort von Melani Barlai. Die Veranstalter danken dem Land Südtirol sowie der AUB für die großzügige Unterstützung der Veranstaltung.

Melani Barlai
Christina Griessler



10. Central and Eastern European eGov Days 2014 eGovernment: Driver or Stumbling Block for European Integration?

Am 8. und 9. Mai 2014 fand an der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE) und der AUB die zehnte Ausgabe der Central and Eastern European eGov Days (CEEeGov Days) statt. Das Thema der diesjährigen CEEeGov Days „eGovernment: Driver or Stumbling Block for European Integration?“ wurde an den zwei Konferenztagen in Panels mit Schwerpunkten zu theoretischen und praktischen Aspekten der eGovernment-Forschung und des eGovernments sowie in einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „The role of ‘e’ in creating a European identity in a time of crisis“ behandelt.

Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer in den frisch renovierten Räumlichkeiten des neuen Ludovika-Campus der NKE (die CEEeGov Days waren die erste Konferenz, die dort stattfand) und der Eröffnung der Konferenz durch die Organisatoren, wurden am Vormittag des ersten Konferenztages drei Keynote-Präsentationen gehalten. In diesen Präsentationen führten Jani Makraduli (Vize-Präsident des Parlaments der Republik Mazedonien), Manfred Matzka (Sektionschef im Bundeskanzleramt Österreich) und Csaba Makó (Direktor der Forschungsgruppe für Arbeits- und Organisationssoziologie an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften) in das Tagungsthema ein. Im Anschluss daran wurden in drei parallelen Panels die Themen „Euro-



Dr. Wolfgang Riedler (Geschäftsführer der Wiener Zeitung, v.l.) und Prof. Dr. Erhard Busek (ehemaliger österreichischer Vizekanzler, v.r.) auf dem Weg zu ihrem Panel.

pean Aspects of eGovernment“, „eDemocracy“ und „Cyber Security“ behandelt. Im Panel zu „European Aspects of eGovernment“ stellte u.a. Christine Leitner (Centre for Economics and Public Administration Ltd., London) die Ergebnisse der von Máire Geoghegan-Quinn, EU-Kommissarin für Wissenschaft und Forschung, initiierten Expert Group on Public Sector Innovation vor, deren Empfehlungen der Förderung der Innovationsfähigkeit im öffentlichen Sektor dienen sollen. Die weiteren Panels des ersten Konferenztages kreisten

um die Themen „eGovernment and Society“, „Data Protection“ und „Interoperability“.

Am Abend des 08. Mai zog die Tagung für die Podiumsdiskussion in den Spiegelsaal der AUB um. Dort wurde zum Thema „The role of ‘e’ in creating a European identity in a time of crisis“ diskutiert. Auf dem Podium der Diskussion saßen Prof. Dr. Erhard Busek (ehemaliger Vizekanzler Österreichs; ehemaliger Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa), Dr. Wolfgang Riedler (Geschäftsführer der



V.l.n.r.: Ferenc Suba (ENISA), Prof. Dr. Diana Šimić (Universität Zagreb), Blaž Golob (Centre for eGovernance Development for South East Europe).

Wiener Zeitung), Prof. Dr. Diana Šimić (Universität Zagreb, Vizedekanin der Fakultät für Organisation und Informatik; ehemalige Vizestaatssekretärin in der zentralen staatlichen Verwaltungsstelle für e-Croatia) und Ferenc Suba (Spezialist und Berater im Bereich Cyber-Security; Vizevorsitzender der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit ENISA). Moderiert wurde die Diskussion von Blaž Golob (Gründungsdirektor des Centre for eGovernance Development for South East Europe).

In der Diskussion wurden Fragen zum Zusammenhang von europäischer Identität, europäischen Krisenerscheinungen und der Rolle des „E“ aus unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet. Ein Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Frage, worin eine bzw. die europäische Identität überhaupt bestehe bzw. bestehen könne und inwiefern Europa einer (neuen) Narration seiner Identität bedürfe oder nicht. Dabei wurde u.a. von Prof. Dr. Erhard Busek in Anlehnung an Jacques Delors betont, dass diese Identität sich nicht allein in ökonomischen Fragen erschöpfen könne. „You cannot love a common market“, zitiert Prof. Dr. Busek Delors. Vielmehr sei es notwendig, Europa eine Seele und damit auch eine Identität zu geben. Aus Prof. Dr. Buseks Sicht sind die Philosophie der griechischen Antike, das Römische Recht, das Erbe der jüdisch-christlichen Religionen sowie die Aufklärung zentrale Anknüpfungspunkte für solch

eine genuin europäische Identität, da sich deren Auswirkungen bis heute in vielerlei Lebensbereichen in Europa finden ließen. In der ersten offenen Runde für Fragen und Bemerkungen aus dem Publikum merkte Prof. Dr. Johannes Pichler (Österreichisches Institut für Europäische Rechtspolitik) an, dass eine europäische Identität über einen Bezug zur Vergangenheit hinaus auch einer Zukunftsvision für Europa bedürfe, die nicht – wie momentan überwiegend der Fall sei – aus Ärger über und Angst um die EU bestehen dürfe, sondern vielmehr aus „Hoffnung und Stolz“. In diesem Zusammenhang ergänzte Prof. Dr. Diana Šimić, dass Identität zwar einerseits aus einem Gefühl der Zugehörigkeit entstehe, andererseits aber auch aus dem Gefühl der Unterschiedlichkeit. Letzteres stelle insbesondere im Falle der südosteuropäischen Länder bzw. der Länder des Westbalkans eine besondere Herausforderung dar.

Was die Rolle des „E“ für die Erschaffung einer europäischen Identität betrifft, wurde im Verlauf der Podiumsdiskussion insbesondere dessen Potenzial betont: Das „E“ stelle Instrumente zur Verfügung, grenzüberschreitende politische, kulturelle und philosophische Debatten zu führen. Weiterhin ermögliche es, den politischen Prozess transparenter zu gestalten, die „Black-Box“ der politischen Prozesse auf EU-Ebene aufzubrechen, die Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern zu verbessern, Politik näher beim Bürger

anzusiedeln und somit der einseitig negativen Wahrnehmung der EU entgegenzuwirken.

Weiter vertieft und diskutiert wurden die Themen der Tagung am 09. Mai in Panels zu „Organisational Aspects of eGovernment“, „Open Data“, „Transparency and Anti-Corruption“ und „Business and eGovernment“. Zum Abschluss der Konferenz wurde am zweiten Tagungstag ein Best-Paper-Award für den besten theoretischen und den besten praxisorientierten Beitrag sowie ein Audience-Award vergeben. Den besten theoretischen Beitrag lieferten Mohammed Awad (American University of Ras Al Khaimah) und Ernst L. Leiss (University of Houston) mit ihrem Aufsatz „Cryptography and Democracy: Providing Assurance to Voters“. Das Paper „Electronic Participation and Non-governmental Organisations in Central and Eastern Europe“ von Simon Delakorda (INePA, Ljubljana) wurde zum besten Beitrag mit praktischer Ausrichtung gewählt. Alois Paulin (TU Wien) gewann mit seinem Beitrag „(Un)Sustainability of e-Government: Hazards and Questions for Future Research“ den Audience Award.

Die CEEeGov Days wurden als Kooperationsveranstaltung des österreichischen Bundeskanzleramts, der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst, der Österreichischen Computergesellschaft, des Österreichischen Instituts für Europäische Rechtspolitik und der AUB organisiert. Den Partnern und Förderern der Konferenz – namentlich dem österreichischen Bundeskanzleramt, der Baden-Württemberg Stiftung mit ihrem Programm „Perspektive Donau“ zur Unterstützung von Projekten in den Bereichen Bildung, Zivilgesellschaft und Kultur in Mittel- und Osteuropa, dem Büro der Konrad Adenauer Stiftung in Budapest und dem Österreichischen Kulturforum Budapest – sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Tim Kraski

Wettbewerb der Gesellschaftsrechtsordnungen in Ostmitteleuropa? – Konferenz

Aus Anlass des 10. Jahrestages der EU-Osterweiterung veranstalteten die Professuren für Finanzwissenschaft (Prof. Dr. Martina Eckardt) und für Zivil- und Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Christian Schubel) am 22. und 23. Mai 2014 gemeinsam eine interdisziplinäre Tagung zum Thema „Wettbewerb der Gesellschaftsrechtsordnungen in Ostmitteleuropa?“. Juristen und Wirtschaftswissenschaftler von mehreren Budapester Universitäten (AUB, Eötvös Loránd Tudományegyetem, Pázmány Péter Katolikus Egyetem) diskutierten auf der von der Baden-Württemberg Stiftung geförderten Veranstaltung zwei Tage lang mit Referenten aus Deutschland, der Schweiz, Polen, Tschechien sowie der Slowakei die Frage, inwieweit von einem Wettbewerb der Gesellschaftsrechtsordnungen ausgegangen werden kann und welche Aspekte in einem solchen Wettbewerb von besonderer Relevanz sein könnten.

Den ersten Tagungstag eröffnete die Sicht der „Anbieter“. In drei Abteilungen wurde untersucht, inwiefern die Gesetzgeber der verschiedenen Mitgliedstaaten sich bei aktuellen Neukodifikationen oder laufenden Reformarbeiten im GmbH-Recht vom Gedanken eines Wettbewerbs der Rechtsformen haben leiten lassen. Im Rahmen einer Einführung in die Thematik versuchte zunächst Prof. Dr. Christian Schubel (AUB), die Besonderheiten der gesellschaftsrechtlichen Entwicklung der ostmitteleuropäischen Region herauszuarbeiten. In der Abteilung I ging es dann um die Ausgestaltung des Kapitalschutzsystems. Prof. Dr. András Kisfaludi (ELTE Budapest) diskutierte die sich aus der Einordnung des Gesellschaftsrechts in das neue Ungarische Bürgerliche Gesetzbuch (UBGB) für diesen Bereich ergebenden Konsequenzen. Prof. Dr. Adam Opalski (Universität Warschau) stellte die weitreichenden Planungen für eine Reform der Finanzverfassung bei der polnischen GmbH vor, und Dr. Jana Duračinská (Comenius Universität Bratislava) berichtete über „Das Kapital der Kapitalgesellschaften im slowakischen Recht“. In der anschließenden Diskussionsrunde in-



Prof. Dr. Christian Schubel arbeitete in seiner Einführung die Besonderheiten der gesellschaftsrechtlichen Entwicklung der ostmitteleuropäischen Region heraus.

formierten zudem längere Beiträge von Dr. Rita Sik-Simon und Daniel Hain, LL.M., (beide Karls-Universität Prag) über die Regelungen des neuen tschechischen Gesetzes für die Handelskorporationen.

Abteilung II beschäftigte sich mit dem Gründungsverfahren, insb. dem damit verbundenen finanziellen und zeitlichen Aufwand. Hier stellte Dr. habil. Krzysztof Oplustil (Jagiellonen-Universität Krakau) erste Erfahrungen vor, die man in Polen mit einem spezi-

ellen Verfahren gesammelt hat („S24-Verfahren“). Dies soll die einfache und kostengünstige Gründung einer GmbH innerhalb von nur 24 Stunden ermöglichen.

Abteilung III richtete den Fokus auf die Bedeutung der Freiräume für die Ausgestaltung der inneren Organisation der Gesellschaft. Prof. Dr. Zoltán Csehi (Pázmány Universität Budapest) behandelte die Vorschriften des UBGB, die zu einer „Wiedergeburt der Gestaltungsfreiheit im un-



Prof. Dr. Adam Opalski, Universität Warschau.

garischen Gesellschaftsrecht“ geführt haben. Anschließend untersuchte Dr. Gabriella Dobrin (AUB) die Bedeutung der Gestaltungsfreiheit bei der rumänischen GmbH.

Der zweite Tagungstag analysierte ausführlich die Nachfrageseite, wobei es in der Abteilung IV zunächst um die Erfahrungen von Praktikern mit dem Wettbewerb im Gesellschaftsrecht ging. RA Sebastian Harschnek, BNT Rechtsanwälte Nürnberg, stellte die wichtigsten Kriterien von international tätigen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Rechtsformwahl vor. Anschließend erläuterte Dipl.-Volkswirtin Márta Siklós, Partnerin bei LeitnerLeitner, anhand von Ungarn anschaulich jene Faktoren, die für KMU bei der Standortwahl eine Rolle spielen.

In Abteilung V wurde dann der Zusammenhang zwischen der Internationalisierung von Unternehmen und dem Wettbewerb der Rechtsformen erörtert. Dr. Helke Drenckhan (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Winterthur) zeigte in ihrem Beitrag allgemeinere Muster im Verlauf der Internationalisierungsaktivitäten von KMU auf. Prof. Dr. Thomas Ehrmann (Universität Münster)

führte in seinem Referat aus, dass die Wahl der Rechtsform für Unternehmen primär dazu dient, die zentralen Agency-Konflikte (Gläubigerschutz, Haftung sowie Trennung von Eigentümer und Management) zu lösen. Dies ändert sich auch bei internationaler Tätigkeit eines KMU nicht. Dr. Lars Hornuf (LMU München) wartete dann in seinem Vortrag mit der These auf, der Regulierungswettbewerb im Gesellschaftsrecht sei in der EU bereits wieder weitestgehend zum Erliegen gekommen.

Die Abteilung VI diskutierte schließlich die Konsequenzen für einen funktionsfähigen Wettbewerb im Gesellschaftsrecht. Prof. Dr. Martina Eckardt (AUB) thematisierte „Die Bedeutung von Intermediären für die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs im Gesellschaftsrecht“ und Prof. Dr. Stefan Okruch (AUB) beleuchtete unter dem Titel „Von Nutzen und Nachteil des Wettbewerbs im Gesellschaftsrecht“ die Thematik der Tagung aus konstitutionenökonomischer Perspektive. Abschließend unternahm es Prof. Dr. Wolfgang Kerber (Universität Marburg), die Diskussion der beiden Konferenztage zusammenzufassen, zu bündeln und in die allgemeinere

akademische Erörterung des Regulierungswettbewerbs einzuordnen.

Als Antwort auf die Fragestellung der Konferenz „Gibt es einen Wettbewerb der Gesellschaftsrechtsordnung in Ostmitteleuropa?“ ergab sich nach zwei Tagen intensiver Diskussion ein eindeutiges „JEIN“. Einigkeit herrschte darin, dass die Gesetzgeber der Region sehr wohl das jeweilige nationale Gesellschaftsrecht auch als einen Faktor im Standortwettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen betrachten. Uneindeutig fiel dagegen die Einschätzung aus, welchen Stellenwert die Rechtsformwahl für die Unternehmen selbst einnimmt. Einhelligkeit herrschte dagegen bei allen Beteiligten, dass die interdisziplinäre Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften fruchtbare Denkanstöße für die jeweils eigenen Überlegungen ergeben hat.

*Prof. Dr. Martina Eckardt
Prof. Dr. Christian Schubel*



Der Traum vom Frieden – Utopie oder Realität? Internationale Konferenz an der AUB



Prof. Dr. Tomasz Schramm (Adam Mickiewicz Universität, Poznań) besucht die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“.

Am 5. und 6. Juni 2014 fand als zweite Veranstaltung zum Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkrieges an der AUB die gemeinsam mit dem Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e. V. (IKGS München) und der Corvinus-Universität Budapest veranstaltete internationale Tagung „Der Traum vom Frieden – Utopie oder Realität?“ statt.

Weitere Kooperationspartner der Konferenz waren das Polnische Institut Budapest, das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung aus Stadtschlaining und das Bayerische Promotionskolleg Politische Theorie.

Historiker, Literaturwissenschaftler, Politologen und Juristen aus

Ungarn, Deutschland, Österreich, Polen, Kroatien und Italien diskutierten die theoretische und praktische Entwicklung der Kriegs- und Friedensdiskurse sowie der internationalen Zusammenarbeit für friedliche Konfliktlösungen ab dem Vorabend des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart. Besonderes Augenmerk galt dabei dem mitteleuropäischen Raum.

Die Konferenz wurde mit Begrüßungsworten von Rektor Prof. Dr. András Masát und Prof. Dr. Ellen Bos eröffnet. Danach folgte die Key Note Speech von Tomasz Schramm (Adam Mickiewicz Universität, Poznań). In seiner Eröffnungsrede zum Thema „The Great Illusion about the Impossibility of the War: Analytic Studies by Jan Bloch and Norman Angell“, verglich Tomasz Schramm zwei Studien miteinander: Jan Blochs „Is War Now Impossible“ (1898/1899) und Norman Angells „The Great Illusion“ (1910). Der Vortragende thematisierte zwei Werke, die die katastrophalen Ereignisse des kommenden Krieges genau vorhergesehen und vor ihnen gewarnt haben. Während sich die beiden Werke bereits in ihrem Umfang und dem Zeitrahmen der Erstellung unterscheiden, grenzen sie sich vor allem durch ihre Prämissen voneinander ab: Bloch widmete sich der Frage, wie zukünftige Kriege geführt würden, und warnte von einem zerstörenden totalen europäischen Krieg innerhalb von fünfzehn Jahren. Angell hingegen stellte sich der Problematik, warum Nationen gegeneinander Kriege führen, und erläuterte in seinem Werk vor allem die ökonomischen Zusammenhänge sowie katastrophalen Folgen der modernen Kriegsführung und eines kommenden großen Krieges. Trotz ihrer unterschiedlichen Ausgangspunkte kamen beide Autoren zu derselben Konklusion: Einen neuen Krieg zu führen sei aufgrund der technischen Entwicklung und Totalisierung des Krieges unökonomisch und führe zum totalen Kollaps der europäischen Staatensysteme. Die Werke wurden zur Zeit ihrer Veröffentlichung von der politischen Öffentlichkeit in Europa, die durch militärische Interessen erheblich ge-



Die Podiumsdiskussion „Die Idee des Friedens und die Realität aktueller Konflikte“ war aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine besonders interessant.

prägt war, stark kritisiert und abgelehnt. Erst während und nach dem Krieg wurden sie wieder entdeckt. Aus der heutigen Perspektive sind sie immer noch aktuell und bieten grundlegende Aspekte zu einer vergleichenden Analyse.

Am Abend des ersten Konferenztages fand in Zusammenarbeit mit der 16. Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Die Idee des Friedens und die Realität aktueller Konflikte“ statt. Dieses Thema hatte durch die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine unvorhergesehene Aktualität gewonnen (siehe auch Artikel S. 29).

Die Diskussion wurde von Prof. Dr. László J. Kiss (AUB/Corvinus Universität) moderiert. Auf dem Podium saßen Dr. András Hettyey (Ungarisches Institut für Internationale Beziehungen), Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl (AUB) und Prof. Dr. Christoph Weller (Universität Augsburg). In diesem Rahmen wurden der heutige Stand der Theoriedebatte sowie ältere und neuere Konfliktlösungsansätze mit Bezug auf aktuelle Konflikte diskutiert und kritisch bewertet. Am Ende der Diskussion hatte das Publikum die Möglichkeit, Fragen zu stellen, wobei sich insbesondere ein Interesse an den wirtschaftlichen Dimensionen heutiger Kriege zeigte. Den Abend schloss ein Empfang mit

der freundlichen Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Parallel zur Konferenz fand die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ an der AUB statt und ist noch bis zum 7. Oktober 2014 in der Kossutheria (Cafeteria) der Universität zu besuchen.

Die Konferenz fand mit der freundlichen Unterstützung des Deutschen Auswärtigen Amtes und der Botschaft der Republik Polen statt.



Neue Publikationen der AUB

Das Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften 2013

Das Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften 2013 wurde von der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der AUB unter Mitwirkung von Christian Schubel, Stephan Kirste, Peter-Christian Müller-Graff, Oliver Diggelman und Ulrich Hufeld herausgegeben und umfasst 244 Seiten. Inhaltlich umfasst es folgende Beiträge: Matthias Cornils diskutiert verfassungsrechtliche Fragen der Rundfunkaufsicht. Peter Hommelhoff und Joanna Schubel analysieren einen polnischen Reformvorschlag für die Berücksichtigung von Gruppeninteressen in faktischen Konzernen. Leszek Dziuba beschäftigt sich mit einer Haftungsnorm des ungarischen Konzernrechts. Marco Gogolin behandelt das System der ungarischen Prozesskostenhilfe. Mit der „Informantenbelohnung“ im ungarischen Wettbewerbsrecht beschäftigt sich Christian Kovács. Kornélia Kozák untersucht die Abgrenzung zwischen der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit. Leila Saberzadeh vergleicht die Maßstäbe des deutschen BVerfG mit dem österreichischen Lösungsansatz bei der Beurteilung des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Eszter Sályi geht es um die Berechtigung des Käufers, eine Nacherfüllung selbst vornehmen zu können.

Der Band ist mit der Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung beim Nomos Verlag erschienen.



Neuerscheinungen in den Andrássy Studien zur Europaforschung



Im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 sind in der Schriftenreihe der AUB „Andrássy Studien zur Europaforschung“ (herausgegeben vom Nomos Verlag, Baden-Baden) weitere fünf Bände erschienen:

- *Minderheitenfragen in Ungarn und in den Nachbarländern im 20. und 21. Jahrhundert.* Baden-Baden: Nomos, 2013, hrsg. v. Enikő Dác;
- *Das Konzept des (Staats-)Bürgers.* Baden-Baden: Nomos, 2014, hrsg. v. Zoltán Tibor Pállinger;
- *Konservatismus im 21. Jahrhundert. Liebe zu alten Lasten oder Angst vor neuen Fehlern?* Baden-Baden: Nomos, 2014, hrsg. v. Ellen Bos;
- *Rechtssysteme im Donauraum: Vernetzung und Transfer.* Baden-Baden: Nomos, 2014, hrsg. v. Ellen Bos und Kálmán Pócza;
- *Verfassungsgebung in konsolidierten Demokratien: Verfall oder Neubeginn eines Systems.* Baden-Baden: Nomos, 2014, hrsg. v. Ellen Bos u. Kálmán Pócza.



Weitere Informationen zu der Reihe finden Sie unter: <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut/publikationen/andrassy-studien-zur-europaforschung>



Neuerscheinungen in der Mitteleuropäischen Schriftenreihe

- *Bewegtes Mitteleuropa.* Herne: Gabriele Schäfer Verlag, 2014, hrsg. v. Andra-Octavia Drăghiciu, Fabienne Gouverneur und Sebastian Sparwasser
- *Westungarische Magnaten und die Reformation.* Herne: Gabriele Schäfer Verlag, 2014, hrsg. v. Béla Matthias Teleky



Tagungsband CEEE-Gov-Days

Der Tagungsband zu den Central and Eastern European e|Gov Days mit den schriftlich verfassten Beiträgen der Konferenz ist bereits erschienen: Alexander Balthasar,

Hendrik Hansen, Balázs König, Robert Müller-Török, Johannes Pichler: Central and Eastern European e|Gov Days 2014: eGovernment: Driver or Stumbling Block for Eu-

ropean Integration, Conference Proceedings, Wien: Austrian Computer Society, Mai 2014.



Studierenden und DoktorandInnenaktivitäten

„Man muss den interkulturellen Auto-Piloten ausschalten“ – YDCN-Workshop



Robert Biskop (EdB, links im Bild) berichtet von seiner Erfahrung in der interkulturellen Projektarbeit.

Am 18. März lud das von Studierenden der AUB koordinierte Young Citizens Danube Network (YCDN) zu seiner ersten Veranstaltung des noch jungen Sommersemesters ein. Der zweistündige Workshop markierte zugleich den Auftakt in der Zusammenarbeit mit der Leipziger Stiftung Elemente der Begeisterung (EdB). Unter das Dach dieser Stiftung wurde das YCDN nämlich im vergangenen Herbst als selbstständiges Stiftungsprojekt rechtlich integriert, um die hiermit übertragenen Kompetenzen wie die Antragstellung auf öffentliche Fördermittel, aber auch die Gründer-Expertise der jungen Stifter aus Leipzig nutzen zu können. Unter der Überschrift „Ressourcen für interkulturelle Jugendprojekte – Team, Fundraising, Kommunikation“ ließen Robert Biskop und Oliver Janke, Gründer und Geschäftsführer der EdB, die Workshop-Teilnehmer an ihren Erfahrungen und ihrer Expertise in der interkulturellen Projektarbeit aus erster Hand teilhaben. Unterstützt wurden sie dabei von Dennis Denuel, der als YCDN-Mitstreiter die Aktivitäten des Netzwerks von Düsseldorf aus bereichert.

In einer theoretischen Einführung zeigte Robert Biskop die Fallstricke interkul-

tureller Projektteams auf, deren Konstellation die Festlegung eines gemeinsamen Zieles und die Identifikation damit nicht immer einfach mache. Arbeite man mit Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen, sei es wichtig, seinen „interkulturellen Autopiloten“ abzuschalten. Dieser sei einem jeden von uns allerdings zunächst wesenseigen, da die Identifikation und der Drang, zu einer Gruppe von seinesgleichen zu gehören, von jeher eine Überlebensstrategie in der menschlichen Evolution gewesen sei. Heutzutage sei dieser Schutzmechanismus allerdings für die meisten Menschen glücklicherweise obsolet geworden. In der interkulturellen Zusammenarbeit könne er aber dennoch Störfeuer senden, da er unnötigerweise die Kontrolle im individuellen Verhalten übernehmen und somit schnell eine Abgrenzung gegenüber Anderen – bewusst oder auch gänzlich unbewusst – herbeiführen könne. Dabei böten aber gerade interkulturelle Projekte einen Rahmen: So wird etwa mit der Harvard-Methode interkultureller Kommunikation statt einer Kompromisslösung zwischen den unterschiedlichen Zielen zweier Partner ein drittes, gemeinsames Ziel oberhalb

der Satisfaktionskurve beider Partner gesucht, wodurch ungeahnte Ideen und Potenziale abgerufen werden können: das sprichwörtliche „über den Tellerrand schauen“.

Im zweiten Teil des Workshops ließen sich die Teilnehmer von den Referenten zu ihren ganz eigenen interkulturellen Projektideen „coachen“, wie beispielsweise der Organisation einer internationalen Summer School in Eritrea. Im intensiven Zweiergespräch wurden die Projektideen der Teilnehmer entlang der idealtypischen Planungsschemata, wie dem Beziehungskreis-Diagramm in der Akquise von Fördermitteln, strukturiert. Tenor der Einheit war, dass eine durchdachte Planung entlang realistischer Meilensteine, die auch einen konstruktiven Umgang mit scheiternden Vorhaben beinhaltet, den Weg von einer enthusiastischen Idee zu einem begeisternden Projekt erheblich erleichtert. Das YCDN und die Stiftung EdB können den Teilnehmern wie auch allen anderen jungen Menschen, die sich interessieren und sich engagieren wollen, einen ressourcenreichen Hafen zur Verwirklichung ihrer Ideen geben.

Cruising Europe! Workshop des YCDN an der AUB



chäologe, offenbarte den faszinierten Teilnehmern Einblicke in die weniger zugänglichen Bereiche der Donau. Zeugnisse frühester menschlicher Besiedlung wie Überreste römischer Niederlassungen würden sich zuhauf im Flussbett zwischen Budapest und Bratislava verbergen, zwischen Visegrád und Esztergom lägen fünf- unddreißig eindeutig identifizierte antike und mittelalterliche Boote im Flussbett. Der zweite Referent, der das Thema des Abends, „The Danube as a social ecosystem“, aus seiner Perspektive bereicherte, war Balázs Szölössi von der Budapester Initiative VALYO Város és Folyó, die die Buda-

Impressionen des YCDN-Workshops.

„Segel setzen“ hieß es sprichwörtlich für die rund fünfundzwanzig jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des vom Young Citizens Danube Network (YCDN), dem Antal József Tudásközpont (AJTK) und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Workshops CRUISING EUROPE! vom 9. bis 10. Mai 2014 an der AUB. Ein Großteil von den aus sieben Donau-Ländern und Polen extra nach Budapest angereisten jungen Menschen verbrachte nämlich ihre Zeit bei mehrwöchigen Segeltörns auf dem Schiff des Projekts RIVE (Rivers of Europe). Innerhalb einer zweimonatigen Programmfahrt von Regensburg bis Ruse wurden in den angelaufenen Uferstädten der Donau künstlerische und zivilgesellschaftliche Workshops, Performances, Ausstellungen und andere Kleinprojekte veranstaltet.

Am Abend des 9. Mai wurde der Workshop, dem Rahmen des Projektes getreu, mit einem lockeren Empfang auf einem an der Budapester Uferpromenade liegenden Boot eröffnet. Dr. Attila Tóth, Abteilungsleiter im ungarischen Innenministerium und ausgebildeter Unterwasserar-



pester Donau „accessible for all people“ halten wollen.

Am 10. Mai setzten sich die Teilnehmer akademisch mit verschiedenen Fragestellungen rund um den interkulturellen Dialog im Donaauraum auseinander. Veronika Tóth aus dem ungarischen Ministerium für Humanressourcen verdeutlichte die Begriffsdefinition interkulturellen Dialoges anhand einer Abgrenzung zur Multikultur. Péter Inkei vom Budapest Observatory on Financing Culture in East and Central Europa widmete sich am frühen Nachmittag der Rolle von „cultural diplomacy as a tool to building bridges“. Kulturdiplomatie werde von Akteuren zu vier Zwecken eingesetzt: erstens zur Darstellung des eigenen Kulturraumes gegenüber anderen Kulturen, zweitens zum „capacity-building“ und „technological assistance“, also dem Ressourcentransfer im Kultur- und Gesellschaftsbereich zwischen zwei Kulturen, mit dem Ziel, die Kultur- und Gesellschaftsstrukturen im Empfängerland zu stärken, drittens zum „brokering of opportunities“, dem „ice-breaking“ zwischen Kultu-

ren oder Nationen, und viertens zur Anbahnung ökonomischer Übereinkünfte mit dem Ziel der Markterschließung und der Steigerung der eigenen Ausfuhren in das Zielland.

In ihren Vortrag stieg die dritte Referentin, Dr. Boglárka Koller von der Zsigmond Király Főiskola, mit der Auffassung ein, die tatsächlich schwerwiegendste Krise, die Europa heutzutage als Resultat ökonomischer Verwerfungen plage, sei die Identitätskrise. Der verbindende Mythos eines technokratischen, wohlstandsschaffenden Binnenmarktes, der die Friedensvision der frühen Europäer Schuman, Monnet, Adenauer und de Gaulle abgelöst habe, sei mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verwirrt. Anstelle dessen klaffe nun ein Vakuum, das die Kreation einer neuen verbindenden Vision nötig mache. Dr. Koller befand das Konzept eines „identity nets“ in der Verortung individueller Identität als zielführender, denn es lasse die multiple und simultane Identifizierung entlang regionaler und sozialer Gesichtspunkte zu. In der abschließenden Workshop-Einheit waren die Teilnehmer am

Zug. Mit den in vorangegangenen Gesprächen erworbenen Kenntnissen sollten sie ein kreatives „Logbook“ erstellen, das die Ziele und hierfür zu verwendenden Instrumente einer zukunftssträchtigen europäischen Kulturpolitik darlege. Dieses Logbuch werden die Teilnehmer mit auf ihre Reise entlang der Donau nehmen, um die darin erfassten Ziele in der Gestaltung des Projektprogrammes und ihrer eigenen Projekte zu beherzigen.

Ein weiteres Geschenk vermachte die in Budapest ansässige Donau-Kommission den Teilnehmern des Workshops: eine große Wandkarte des Flusslaufes der Donau, die von den ihnen sogleich mit persönlichen Widmungen und Vermerken versehen wurde.



16. Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie „Politische Konflikte als Herausforderung für politisches Denken und Handeln“

Die 16. Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie fand am 5.–7. Juni in Budapest an der AUB statt. Das Promotionskolleg ist eine interuniversitäre Einrichtung der Universitäten Eichstätt-Ingolstadt, Erlangen-Nürnberg, Passau und Regensburg, in der die Forschungstätigkeit und die Graduiertenausbildung im Bereich der politischen Theorie in ein interuniversitäres Netzwerk eingebunden sind. Die AUB ist seit diesem Sommer assoziiertes Mitglied des Kollegs und hat zum ersten Mal die in jedem Semester stattfindende Doktorandentagung des Kollegs ausgerichtet.

Die Themenwahl und die Organisation der Tagung waren mit der parallel laufenden internationalen Konferenz zum Gedenken an den 100. Jahrestag des Beginns des Ers-

ten Weltkriegs mit dem Titel „Der Traum von Frieden – Utopie oder Realität?“ verknüpft. Im Sinne dieser Kooperation nahmen am ersten Tag der Tagung die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion „Die Idee des Friedens und die Realität aktueller Konflikte“ teil. In den nächsten Tagen tagte das Promotionskolleg in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren Dr. András Hettyey (Ungarisches Institut für Internationale Beziehungen), Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl (AUB) und Prof. Dr. Christoph Weller (Universität Augsburg). Die Diskussion wurde von Prof. Dr. László J. Kiss (AUB/Corvinus Universität) moderiert. In ihren einführenden Vorträgen gingen die Diskutanten u. a. auf drei Probleme ein: zum ei-

nen den Umstand, dass die Realität aktueller Konflikte, insbesondere der transnationale Terrorismus, sich kaum mit der vorhandenen internationalen institutionellen Struktur bewältigen lässt, denn diese ist vor allem auf Konflikte zwischen Staaten zugeschnitten. Zum anderen wurde der Friedensbegriff diskutiert und kritisch in seiner Funktion als Legitimationsfigur zur Kriegsführung – auch unter Bezugnahme auf aktuelle Konflikte – beleuchtet. Eine intensive Diskussion fand zur Wandlung der motivationalen Struktur der Kriegsführung in den letzten zwei Jahrhunderten statt; dabei wurden vor allem Aspekte der persönlich und wirtschaftlich bedingten Motivationen betont.

Am zweiten Tag hielt Prof. Dr. Ellen Bos (AUB) einen Vortrag zum Thema



Die dreitägige Konferenz lockte auch viele Alumni der AUB aus Ungarn und Deutschland wieder an ihre alte Universität.

„Die Spaltung der Ukraine als Herausforderung für Europa“, in dem sie die aktuellen Vorgänge in der Ukraine analysierte. Prof. Dr. Bos bot eine tiefgründige Analyse über die kulturellen, sprachlichen und politischen Konfliktlinien in der Ukraine, die den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zugrunde liegen. Dabei beleuchtete sie auch die fatale Kontinuität der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes, die es versteht, trotz Verfassungsänderungen und Revolutionen ihre Macht zu erhalten und damit einen wirklichen Wandel in der Führungselite des Landes zu verhindern. Die innenpolitische Problematik der Ukraine wurde schließlich in einen internationalen Zusammenhang eingebettet, der maßgeblich durch die verschiedenen Interessen der EU und Russlands geprägt wird. Dem Vortrag von Prof. Dr. Bos schloss sich eine rege Diskussions- und Fragerunde an.

Im Verlauf der Tagung trugen die Promovierenden des Promotionskol-

legs im Rahmen eines Kurzvortrages den Stand ihrer Dissertationen vor. Die Kurzvorträge wurden jeweils von einer kleinen Diskussions- und Fragerunde begleitet. Einen längeren Vortrag über den Stand ihrer Arbeiten hielten Darren Beattie (Duke University) und Dr. Péter Csingár (AUB). Der erste Referent hatte „Heidegger’s Mathematical Conception of Modernity“ zum Thema, während der zweite über die „Expansion und Bekämpfung von Rechtsradikalismus in den 1930er Jahren und in der Gegenwart in Ungarn“ vortrug.

In der Reihe „Profshop“, in der die Betreuer ihre Forschungsinteressen vorstellen, referierte Prof. Dr. Hendrik Hansen (AUB). Im Mittelpunkt seines Vortrags stand die Frage nach den Voraussetzungen für die Entwicklung und das Bestehen liberaler Ordnungen; die grundsätzlichen Überlegungen wandte er auf Transformationsstaaten und den Prozess der europäischen Integration an. Wie

eine rote Linie zog sich durch den Vortrag die Frage des Konflikts von Recht und Moral.

Die drei an der AUB verbrachten Tage wurden von den Teilnehmern übereinstimmend als voller Erfolg wahrgenommen. Über das Inhaltlich-Fachliche hinaus entfalteten die Atmosphäre der Universität und das Ambiente der Stadt eine besondere Inspiration. Die Teilnehmer waren sich zum Schluss darüber einig, dass dies zwar die erste Tagung des Kollegs in Budapest war, aber sicherlich nicht die letzte.

Die 16. Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie wurde in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro Budapest, dem Österreichischen Kulturforum Budapest und der Pädagogischen Stiftung Cassianum organisiert. Diesen Kooperationspartnern sei abschließend herzlich gedankt.

*Péter Csingár
Tim Kraski*

Studierende der AUB unterwegs

Exkursion nach Südtirol

Die diesjährige Fakultätsexkursion der Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) der AUB führte die Studierenden in 2014 vom 2. bis zum 6. Juni nach Südtirol. Ziel war es neben historischen Fakten auch einen Eindruck von der multieth-

nischen Minderheitenregion zu bekommen. Die Anreise erfolgte zunächst per Zug bis Innsbruck, von dort ging es mit einem Bus über den Brenner zunächst ins Neustift der Augustiner-Chorherrn bei Brixen. In Brixen erfolgte nach einer

Stadtbesichtigung auch die erste Übernachtung.

Der zweite Exkursionstag bracht die längste Etappe: Zunächst ging es ins Grödenal, wo ein Besuch des ladinischen Museums in St. Ulrich auf dem Pro-





gramm stand. Anschließend führte die Route über das Sellajoch (wo mit 2240 Metern der höchste Punkt der Exkursion erreicht wurde) bis nach Trient. Nach der Stadtbesichtigung erfolgte die Rückfahrt in den Raum Bozen. Der Mittwoch stand im Zeichen der Besichtigung des Großraumes Bozen, wobei die Deutsch-Ordens-Kommende Lengmoss am Ritten, der Plattner-Hof, einer der ältesten Bauernhöfe Südtirols, sowie die Stadt-

Bozen mit dem Südtiroler-Archäologie-Museum, in dem sich auch der „Ötzi“ befindet, besucht wurden. Nach einer zweiten Übernachtung am Ritten ging es schließlich über Meran zum Schloss Tirol und anschließend über den Reschenpass bis ins nordtiroler Zams, wo die letzte Übernachtung erfolgte. Nach einer Besichtigung des Klosters Sams und der Innsbrucker Altstadt erfolgte schließlich die Rückfahrt nach Budapest.



Berlin-Exkursion zum Thema „Widerstand im Nationalsozialismus und Sozialismus“

Von 17.-21. Juni 2014 fuhren Studierende der AUB gemeinsam mit Studierenden der Universität Passau nach Berlin, um sich mit dem Thema „Widerstand im Nationalsozialismus und Sozialismus“ auseinanderzusetzen. Die vier Exkursionstage boten mit mehreren Vorträgen, einer Filmvorführung („Wir wollten freie Menschen sein“, Dokumentarfilm von Freya Klier zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR), Zeitzeu-

gengesprächen und Diskussionen ein vielschichtiges und intensives Programm, das eine Annäherung an das Exkursionsthema aus unterschiedlichen Perspektiven ermöglichte. Unter anderem gab es Vorträge und Gespräche mit Dr. Axel Smend (Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung 20. Juli 1944) zum Thema „Vermächtnis und Verpflichtung“ und mit Dr. Katalin Karsai (Stellv. des Botschafters, Botschaft von Ungarn in Berlin),

die über Widerstand und Freiheitskampf in Ungarn vom Volksaufstand 1956 bis zum Fall des Eisernen Vorhangs sprach und dabei auch auf aktuelle politische Entwicklungen in Ungarn und deren Wahrnehmung in Deutschland einging. Der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer inklusive Gespräch mit dem Leiter der Gedenkstätte, Prof. Dr. Axel Klausmeier, und die Besichtigung des ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnisses

Berlin-Hohenschönhausen, in deren Rahmen die Gruppe ins Gespräch mit ehemaligen politischen Häftlingen der DDR kommen konnte, ließen auf eindruckliche Weise Geschichte greifbar werden. Die wohl intensivste Begegnung der Exkursion fand mit Margot Friedländer statt, einer 1921 geborenen Überlebenden des Holocausts, die 2010 aus den USA, wohin sie 1946 emigriert war, zurück nach Deutschland zog und seitdem als Zeitzeugin auftritt. Eine Stunde las Margot Friedländer aus ihrer Autobiographie „Versuche, dein Leben zu machen“ und beantwortete anschließend die Fragen der Exkursionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, auf die das Schicksal von Margot Friedländer und ihr Appell „Tragen Sie

diese Geschichten weiter – Sie sind die Zeitzeugen der Zukunft“ sichtlich Eindruck hinterließ.

Die Exkursion wurde von der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin organisiert und als Kooperationsveranstaltung von Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig (Universität Passau) und Prof. Dr. Hendrik Hansen (AUB) durchgeführt. Insbesondere Frau Rita Schorpp, Koordinatorin für Stiftungsübergreifendes Projektmanagement und Besucherdienst der KAS-Akademie, sei recht herzlich für die hervorragende Organisation und Begleitung der Exkursion und die überaus interessanten und aufschlussreichen Tage in Berlin gedankt.

Tim Kraski

Schweiz-Exkursion der AUB

Ende Mai verbrachten Studierende der AUB fünf Tage in Zürich, Bern, St. Gallen und Luzern im Rahmen einer Studienreise mit Dozenten.

Die Schweiz und die Partneruniversität St. Gallen leisten einen bedeutenden Beitrag zu den Zielen der AUB. Zurzeit ist ein Schweizer Dozent an der Universität tätig. Es ist ihm ein großes Anliegen, bei den Studierenden der AUB, die die zukünftigen Führungskräfte in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung und Diplomatie in Ost- und Mitteleuropa – aber auch der EU – repräsentieren, ein wohl informiertes und wohlwollendes Verständnis für die Schweiz zu schaffen. Das Motto lautet also: Verständnis setzt Wissen voraus. Aus diesem Grunde werden im Rahmen der regulären Lehrveranstaltungen an der AUB regelmäßig Fächer mit einem Schweizbezug angeboten oder wichtige Fragen der internationalen Politik und des Völkerrechts aus einer spezifisch schweizerischen Perspektive erörtert.

Theoretische Kenntnisse ersetzen jedoch keine persönlichen Erfahrungen. Daher hat der Schweizer Dozent der AUB dieses Jahr zum vierten Mal in Zusammenarbeit mit Präsenz Schweiz (PRS) und der schweizerischen Botschaft in Budapest vom

25.–30. Mai 2014 eine Studienreise durchgeführt, an der zwanzig Studierenden aus fünf Ländern die Gelegenheit geboten wurde, sich ein persönliches Bild von der Schweiz zu machen. Dank dieser Exkursion ist es gelungen, einen vertiefenden Einblick in das politische System und die Wirtschaft zu bieten sowie die vielfältigen Facetten schweizerischer Kultur zu vermitteln. Neben zahlreichen Begegnungen mit schweizerischen Experten aus den Bereichen der Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Kultur haben sich die Studierenden eigenständig mit grundlegenden Fragen zur Schweiz beschäftigt.

Ein besonderes Dankeschön geht an den Botschafter der Schweiz in Ungarn, Herrn Jean-François Paroz, der die Exkursion tatkräftig unterstützt hat. Insbesondere sei auch Frau Katalin Györy von der schweizerischen Botschaft in Budapest gedankt, die bei der Organisation mitgeholfen und als Begleiterin an der Exkursion zum reibungslosen Ablauf beigetragen hat.



Doktoranden-Exkursion und Workshop in Cluj-Napoca

Im Rahmen der trinationalen Kooperation der Babeş-Bolyai-Universität Cluj-Napoca, der Universität Passau und der AUB fand von 21.–22. März 2014 eine Doktoranden-Exkursion nach Cluj-Napoca (ung.: Kolozsvár; deut.: Klausenburg) statt, in deren Rahmen ein Workshop zum Thema Demokratisierungsprozesse in Süd-Osteuropa abgehalten wurde.

Exkursion und Workshop waren eine gemeinsame Initiative der Babeş-Bolyai-Doktoranden Antonella Gyöngy, Roxana Stoenescu und Raul Rognean, des dortigen Zentrums für Europawissenschaften und Internationale Beziehungen (ZEWI) sowie der Doktorandenvertretung der AUB (Katharina Haberkorn und Tim Kraski).

Am ersten Tag in Klausenburg wurde im Rahmen des Workshops inhaltlich gearbeitet: Prof. Walter Rothholz (Babeş-Bolyai-Universität Cluj-Napoca) eröffnete den Workshop mit einem Vortrag zum Thema „Die politische/zivile Rolle der Religion: Welche Narration braucht die EU?“. In der daran anschließenden Gesprächs- und Diskussionsrunde wurden Dissertationsprojekte und aktuelle Forschungen der Promovenden im Zusammenhang zu den Themen „Zivilgesellschaft“ und „politische Bildung“ vorgestellt und diskutiert. Abgerundet wurde der Workshop durch den Abendvortrag von Dr. Marc Stegherr (Babeş-Bolyai-Universität Cluj-Napoca), der „Das Problem Transkarpatien: Politische und kulturelle Ambitionen der karpato-russinischen Minderheit in der Westukraine“ vorstellte. Abgerundet wurde das Programm des zweiten Exkursionstags durch einen kulturwissenschaftlich eingebetteten Spaziergang auf dem Klausenburger Friedhof und eine kulturhistorische Stadtführung.

Nachrichten des Alumni-Vereins

Feierliche Übergabe der Bücherspende des AUB-Alumni-Vereins an die VertreterInnen der Studierendenschaft



Am 11. Februar 2014 überreichten die Vertreter des Alumni-Vereins unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Martin Wodraschke unter dem Motto „Book-on-Demand“ in einem feierlichen Rahmen eine Buchspende an die Vertreter der Studierendenschaft der AUB. Die Spende richtete sich, wie das Motto bereits verrät, nach den Wünschen der Studierenden.



Alumni-Stammtisch in Wien zum Andrássy-Tag

Der Andrássy-Tag in Wien am 12. Juli 2014 bot wieder einmal die Möglichkeit zu einem Treffen der zahlreichen in Wien lebenden Alumni der Andrássy-Universität. Im Universitätsbrauhaus saß man in geselliger Runde beisammen, tauschte Neuigkeiten aus und ließ den erfolgreichen Andrássy-Tag ausklingen.



Stipendienprogramme stellen sich vor

„Gegenseitiges Lernen voneinander ist vorprogrammiert“

Das Baden-Württemberg-STIPENDIUM - AUB

Eine Zeitlang im Ausland leben und zusammen mit anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern in einem internationalen Umfeld lernen – das bietet das Baden-Württemberg-STIPENDIUM an der AUB. Seit dem Start des Programms 2002/03 wurden bereits mehr als 150 Stipendien vergeben.

Flora Borek und Christoph Strauch sind zwei Studierende, die mit ihrer Bewerbung für ein Baden-Württemberg-STIPENDIUM erfolgreich waren. Christoph ist inzwischen für seine Promotion an der AUB eingeschrieben, Flora kommt im September nach Budapest, um einen Master in Internationale Beziehungen zu studieren.

Bilder: Baden-Württemberg Stiftung



„Als ich von der Möglichkeit erfuhr, mit dem Baden-Württemberg-STIPENDIUM an einer deutschsprachigen Universität studieren zu können, wusste ich, dass es für meine bisherige Vita keine bessere Fortsetzung geben könnte“, ist sich die Studentin mit den deutsch-ungarischen Wurzeln sicher. Christoph ergänzt: „Im Ausland zu studieren und trotzdem seine Abschlussarbeit auf Deutsch verfassen zu können, ist eben keine schlechte Sache.“ Beide

wissen zudem die internationale Ausrichtung der AUB zu schätzen: jeweils ein Drittel der Studierenden stammt aus Ungarn, deutschsprachigen sowie mittel- und osteuropäischen Ländern. „Ein gegenseitiges Lernen voneinander ist vorprogrammiert“, beschreibt Christoph seine Erfahrungen an der AUB. Beiden Baden-Württemberg-Stipendiaten schwebt nach ihrem Abschluss eine internationale Karriere vor,

am liebsten in einer politischen Institution oder einer NGO.

Kontakte dazu können die beiden Studierenden auch über das weltweite Netzwerk des Baden-Württemberg-STIPENDIUMs knüpfen. Die inzwischen mehr als 17.000 Stipendiaten und Alumni sind über das exklusive Portal BWS-World, auf einer der zahlreichen Netzwerkveranstaltungen und bei den Regional Chapters vernetzt. Das Regional Chapter in der ungarischen Hauptstadt ist übrigens eines der ältesten und aktivsten Chapter weltweit. Die Ansprechpartnerinnen Noemi Kovacs und Edina Rauschenberger organisierten Veranstaltungen für die Baden-Württemberg-Stipendiaten und Alumni in Budapest und Umgebung und wollen nach ihrem großen Engagement den Stab an die nachfolgende Generation weiterreichen. Vielleicht an Flora Borek oder Christoph Strauch?

Dr. Andreas Weber

Weitere Informationen finden Sie unter www.bw-stipendium.de



Kurznachrichten

NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

Orientierung, Information und Beratung – Tag der offenen Tür an der AUB



Premiere der neuen Imagefilm „AUB-Impressionen“ von Kemény Eszter und Chilton Flóra.

Der Tag der offenen Tür an der AUB lud Interessierte am 9. April 2014 in das Gebäude der Universität ein, um sich über ein Studium an der AUB zu



informieren und sich über den Studienalltag der AUB-Studierenden einen Eindruck zu verschaffen.

Am Morgen bot eine Informationsveranstaltung über die Universität eine erste Orientierung. Im Anschluss konnten die Interessierten die offenen Lehrveranstaltungen besuchen oder Probeaufnahmepfungen schreiben. Den ganzen Tag über boten die Stipendienberatung und das Karrierezentrum ihren Beratungsservice an. Ebenso konnte man sich am Infotisch und bei der Gesprächsrunde mit Doktorandinnen und Doktoranden näher über das Studium an der AUB informieren.

Zum Mittag trafen sich dann Studierende und Interessierte in der Kosutheria, der Cafeteria der AUB. Hier gab es die Möglichkeit, sich auszutauschen und bei Kaiserschmarrn die die Premiere von zwei neuen Imagefilmen der AUB mitzerleben, die auch das Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung und den Fakultäten weckten.

Im Anschluss fanden an den Fakultäten mündliche Probeaufnahmepfungen und Beratungsgespräche statt.

Ein Abendvortrag der Fakultät für Mitteleuropäische Studien von Gerald Lamprecht (CJS Graz und Research Fellow an der AUB) über die jüdischen Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee sowie ein Pub-Quiz mit Studierenden und Alumni der AUB sorgten für den Ausklang.

Die AUB auf dem IV. Wissenschaftsfestival



Trotz des Aprilwetters kamen zahlreiche Schülergruppen, Kinder, Jugendliche und Familien zum IV. Wissenschaftsfestival in den Garten des Nationalmuseums. Auch die AUB war an beiden Tagen (24. und 25. April 2014) mit einem eigenen Programm vor Ort.

Zum ersten Mal nahm die AUB am Wissenschaftsfestival teil, das sich in diesem Jahr dem Thema „Tag der Erde“ und Naturschutz widmete. Zum Programm der AUB zählten der Fototermin mit Graf Andrássy und Sissi, ein Etikett-Quiz, ein Geschichtsquiz, das Spiel Anno Domini sowie das bei solchen Veranstaltungen immer beliebte Ökonomische Experiment.

Wahl von Prof. Dr. Andreas Oplatka zum externen Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

Prof. Dr. Andreas Oplatka, Mitglied des Universitätsrates der AUB und Vorsitzender des Kuratoriums ihrer Trägerstiftung, wurde zum externen Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gewählt.

Zum Antritt der ehrenvollen Aufgabe hielt Prof. Dr. Andreas Oplatka am 6. März 2014 seine Rede mit dem Titel „An der Schnittstelle von Geschichte und Belletristik. Miklós Bánffy: Eine siebenbürgische Geschichte.“ in der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.

Die Mitarbeiter und Studierenden der AUB gratulieren Prof. Dr. Andreas Oplatka zur Wahl!



Nachrichten aus dem Donau-Institut

Ende März 2014 wurde das wissenschaftliche Forschungsprojekt TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 des Donau-Institutes unter der Leitung von Prof. Dr. Ellen Bos erfolgreich beendet. Ziele des Projektes waren die Förderung und Weiterentwicklung der Doktorschule sowie der Aufbau und die Entwicklung des Donau-Institutes für Interdisziplinäre Forschung der AUB. Die Laufzeit umfasste den Zeitraum

vom 01.01.2012 bis zum 31.03.2014, die Förderungssumme betrug 88.360.000 HUF.

Schwerpunkte der Forschung waren:

- *Europäische Integrationsprozesse*
- *Transformationsprozesse: die Qualität von Demokratien und Wirtschaftssystemen*
- *Identitätsbildung: Nationalitäten, Kulturen und Minderheiten*

Im Rahmen des Projektes hatte das Donau-Institut in Zusammenarbeit mit den Fakultäten und der Doktorschule 10 internationale Tagungen, 22 Workshops und Konferenzen für DoktorandInnen und 76 Gast- und Konferenzvorträge organisiert.

In der Forschungsarbeit haben 16 Research Fellows (Junior und Senior) mitgearbeitet, am Projekt 57 ProfessorInnen, DozentInnen und ForscherInnen teilgenommen.

50 DoktorandInnen (externe und interne) haben sich am Projekt der AUB beteiligt, davon 38 mit Stipendien.

Im Rahmen des Projektes erschienen insgesamt 91 wissenschaftliche Publikationen und 5 Konferenzbände, des Weiteren wurde eine neue Working Paper Serie gestartet.

Nachdem Prof. Dr. Ellen Bos ihre Tätigkeit als Leiterin des Donau-Instituts im Februar 2014 beendet hatte, übernahm der Rektor, Prof. Dr. András Masát, die Leitung. Im Wintersemester wird die neue Satzung in Kraft treten, laut derer das Donau-Institut (Institut für Donauraumstudien und europäische Integrationsforschung) als die zentrale Einrichtung der AUB zur Profilierung der Forschung in den Wissenschaftszweigen der Universität (insb. Geschichts-, Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft) sowie als eine Vernetzung der universitären Forschungsaktivitäten mit Forschungseinrichtungen in Ungarn, den Partnerländern der AUB und in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten gilt.

Bei der Leitung des Donau-Institutes wird der Rektor von einem wissenschaftlichen Beirat beraten, welchem externe Fachvertreter der Geschichts-, Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft angehören. Im Laufe des Semesters wird mehr-



mals eine Forschungsplattform zusammengerufen, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit der an der AUB tätigen Wissenschaftler zu intensivieren, insbesondere durch gegenseitige Informationen über Projekte, Förder- und Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Universitäten und Institutionen.

Zur dauerhaften und stabilen Koordination der Forschungsarbeiten in einer Fachdisziplin oder auch mehreren können Wissenschaftler der AUB ein Forschungszentrum bilden, wobei Angehörige anderer Universitäten und Forschungseinheiten ebenfalls einbezogen werden können. Für die Vorbereitung und Durchführung einer wissenschaftlichen Tagung, einer größeren Ge-

meinschaftspublikation oder einer andersartigen gemeinschaftlichen Forschungsaktivität gibt es am Donau-Institut außerdem die Möglichkeit, Forschungsgruppen einzurichten.

Ab Anfang Mai werden die Leitung des Donau-Institutes und die Forscher der AUB bei der Durchführung von Forschungsprojekten und internationalen Konferenzen sowie bei der Veröffentlichung von Forschungs- und Konferenzergebnissen von der Forschungskoordinationsstelle unterstützt.

Weitere Informationen zum Donau-Institut finden Sie unter:
www.andrassyuni.eu/donauinstitut

FAKULTÄT FÜR VERGLEICHENDE STAATS- UND RECHTSWISSENSCHAFTEN

Neue Kriege – Alte Kriege: Ein Gastvortrag von Prof. Kleinschmidt

Am 17. März 2014 hielt Prof. Dr. Harald Kleinschmidt an der AUB einen Gastvortrag zum Thema „Wie neu sind die ‚Neuen Kriege‘? – Kriegstheorien und Kriegsdiskurse im langen 20. Jahrhunderts“. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften.

Prof. Dr. Harald Kleinschmidt ist seit 1989 Professor für Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Tsukuba (Japan) und Gastdozent an der International University of Japan. Er hat zahlrei-

che Bücher über die verschiedenen Aspekte des Völkerrechts und der Internationalen Beziehungen geschrieben, das bekannteste ist die bei Reclam erschienene Geschichte der internationalen Beziehungen.

Im Mittelpunkt von Prof. Kleinschmidts Vortrag standen der Kriegsbegriff von Carl von Clausewitz und die völkerrechtlichen Regeln des Krieges. Prof. Kleinschmidt suchte dabei die Antwort auf die Frage, ob die „neuen Kriege“ wirklich „neu“ seien. Um diese Frage beantworten zu können, ging Prof. Kleinschmidt

auf die so genannten „kleinen Kriege“ ein – eine Kriegsart, die bereits durch von Clausewitz thematisiert wurde. Von Clausewitz bezeichnete mit diesem Begriff kleine Gruppen, die innerhalb der regulären Kampftruppen existierten und die Aufgabe hatten, einen Nebenkrieg zu führen. Im 19. Jahrhundert wurde der Begriff sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien verwendet. Das 20. Jahrhundert war die Zeit der „totalen“ Kriege. Die kleinen Kriege verschwanden allmählich und damit änderte sich im 20. Jahrhundert auch

der Kriegsbegriff: Laut Völkerrecht kann nur ein Staat Krieg führen. Nach Ansicht von Prof. Kleinschmidt stellt sich einerseits die Frage, ob dies der Realität entspricht, andererseits muss in diesem Zusammenhang auch die Rolle von Aufständischen und Terrororganisationen im System des Völkerrechts beleuchtet werden.

Prof. Kleinschmidt kam in seinen Betrachtungen zu der Schlussfolgerung, dass die „neuen Kriege“ als solche nicht vollkommen neu seien, vielmehr sei ihre Irregularität neu. „Reguläre“ Kriege werden mit offiziellen Truppen (Kombattanten, haftbarer Führung, Verantwortlichkeit der Regierung) zwischen zwei oder mehreren Staaten geführt. Demgegenüber finden „irreguläre“ Kriege nicht unbedingt zwischen zwei Staaten statt. Die Truppen sind unabhängig von den Regierungen und kämpfen bspw. für ein anderes politisches System oder Wirtschaftssystem und

genießen möglicherweise auch nicht die Unterstützung der Bevölkerung. Ein Beispiel hierfür können Guerillabewegungen sein.

Heute gibt es ca. 7000–8000 Konflikte in der Welt. Zwar hat sich die Konflikt- bzw. Kriegssituation insofern verändert, als Guerillabewegungen oder Terrororganisationen neue Akteure in diesen Konflikten sind, doch stehen der internationalen Gemeinschaft zur Konfliktlösung nach wie vor nur die „alten“ Regelungen des Völkerrechts zur Verfügung. Damit bestehe laut Prof. Kleinschmidt die Gefahr, dass die Konflikte sich ohne passende Mittel zur Lösung verschärfen und unlösbarer werden könnten.

Am Ende des Vortrags hatte das Publikum die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Diese betrafen die Grenzen eines Krieges, den Souveränitätsbegriff sowie die Menschenrechte. Insgesamt fand im Rahmen des Vortrags ein sehr anregender Austausch



Prof. Dr. Harald Kleinschmidt.

statt – Prof. Kleinschmidt sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt!
Szilvia Hénap

Demokratie im europäischen Mehrebenensystem – Ein Plädoyer für das Machbare von Dr. Alexander Balthasar

Am 24. März 2014 hielt Dr. Alexander Balthasar, Leiter des Instituts für Staatsorganisation und Verwaltungsreform im Bundeskanzleramt der Republik Österreich und Privatdozent für Verfassungsrecht und Allgemeine Staatslehre an der Karl-Franzens-Universität Graz, auf Einladung der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der AUB und der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Vortrag zum Thema „Demokratie im europäischen Mehrebenensystem. Ein Plädoyer für das Machbare“.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen und der Dekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften, Prof. Dr. Michael Anderheiden, Dr. Balthasar an der AUB. Dr. Balthasar wollte den Zuhörern mit seinem demokratiepolitischen Thema einen Einblick in die demokratischen Grundlagen der heutigen politischen Ordnung in „unserem gemeinsamen Europa“ geben. Er begann seine Argumentation zu den demokratischen Prin-

zipien der Europäischen Union mit der Auslegung des Textes ihrer offiziellen Hymne. Laut Dr. Balthasar scheinen in der Hymne schon mit der Strophe „Alle Menschen werden Brüder“ die Idee und das Grundprinzip einer egalitären, klassenlosen Gesellschaft auf. Zudem werden die demokratischen Grundsätze auch in den EU-Verträgen, etwa jenen von Maastricht und Amsterdam, festgeschrieben. Diese Grundsätze lauten nach Art. 6 Abs. 1 EUV wie folgt: „Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.“ Der Vertrag von Lissabon und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union nennen daneben auch die Erhöhung der demokratischen Legitimität der Union als wichtigen Grundsatz. Angesichts all dieser Dokumente stellt sich laut Dr. Balthasar die Frage, wo die Grenzen dieses Rechtsrahmens demokratischen Handelns liegen, was also

„machbar“ ist. Die Verwirklichung des Grundwerts Demokratie in der Europäischen Union sei nämlich keineswegs einfach. Im Fall der Europäischen Union sei die Grundlage dieses Prinzips nicht das Erlebnis allumfassender Brüderlichkeit, sondern die kontinuierliche Bestimmung des Gemeinwohls, ein Prozess, in dem die Repräsentativorgane der Union die wichtigste Rolle spielen. Für die Bestimmung des Gemeinwohls in der Union fehle jedoch aufgrund der Reichhaltigkeit des „kulturellen, religiösen und humanistischen Erbes Europas“ und der Heterogenität der heutigen Lebensverhältnisse in den Mitgliedstaaten eine gemeinsame Grundlage.

Im zweiten Teil des Vortrags sprach Dr. Balthasar über einen weiteren Aspekt seines Themas: das Mehrebenensystem. Nach Art. 2 EUV gilt das demokratische Prinzip nämlich nicht nur für die Union, sondern hat auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten einen Anwendungsbereich. Dabei schaffe dieses Prinzip, die Aufgabe der Bestimmung des



Dr. Alexander Balthasar gibt ein Einblick in die demokratischen Grundlagen der politischen Ordnung in unserem gemeinsamen Europa.

Gemeinwohls, auf der obersten Ebene ganz andere Herausforderungen als zum Beispiel auf lokaler Ebene. Eben deswegen seien eine effiziente Kooperation und die Zusammenführung verschiedener Erkenntnisse unerlässlich. Daneben behandelte Dr. Balthasar auch die unterschiedliche Größe der Mitgliedstaaten aus demo-

kratischer Perspektive und erläuterte seine Meinung über die Neugliederung des Unionsgebiets als möglichen zukünftigen Prozess.

Er schloss seinen Vortrag mit einer eindringlichen Mahnung: „Demokratie und Rechtsstaat sind nicht ein für alle Mal gegeben, sondern immer aufzugeben.“ Demokratische Systeme,

wie auch die Europäische Union, müssen also ihre Existenzberechtigung immer wieder neu bestätigen.

Judit Kovács



Konsens und Vertrag in rechtshistorischer Perspektive – ein Gastvortrag von Prof. Dr. Éva Jakab und Prof. Dr. József Hajdú

Am 22. April 2014 hielten Prof. Dr. Éva Jakab und Prof. Dr. József Hajdú an der AUB einen Gastvortrag zum Thema „Konsens und Vertrag in rechtshistorischer Perspektive“, organisiert wurde die Veranstaltung von der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften. Das Thema zog zahlreiche interessierte Zuhörer an.

Prof. Dr. Jakab lehrt an der Universität Szeged. Sie ist Leiterin des Lehrstuhls für Römisches Recht an der Universität und Mitglied der Gesellschaft für Griechische und Hellenistische Rechtsgeschichte, der

Österreichischen Humanistischen Gesellschaft und des Humboldt-Vereins.

Prof. Dr. Hajdú kommt ebenfalls von der Universität Szeged. Er leitet den Lehrstuhl für Arbeits- und Sozialrecht und nimmt regelmäßig aktiv an der Umsetzung des EU-Rechts in ungarisches Recht teil.

Im Mittelpunkt von Prof. Jakabs Vortrag stand das Vertragsrecht. Sie sprach von den Grundlagen eines Vertrags und der Entwicklung der Verträge. Ihre Aussagen untermauerte sie mit Zitaten von berühmten griechischen und römischen Philo-

sophen. Die Entwicklung der Verträge wurde von der griechischen, römischen und der christlichen Philosophie beeinflusst. Die griechische Philosophie beschäftigte sich mit der Gerechtigkeit der Verträge und mit moralischen Verpflichtungen, die römische stellte das Vertrauen (fides) als Grundlage eines Vertrags in den Mittelpunkt. Daneben spielte der Vertragswille ebenfalls eine große Rolle, den die Vertragsparteien akzeptieren mussten. Mit diesen Regeln wurde eine Art Vertragsrecht ausgestaltet, das aber nicht als allgemeingültig bezeichnet werden kann. Im Mittelalter

erschien dann ein neues Prinzip: die Vertragstreue (*pacta sunt servanda*). Das bedeutete, die Verträge mussten im Einklang mit Treu und Glauben abgeschlossen werden.

Prof. Hajdú stellte das Arbeitsrecht in den Mittelpunkt seines Vortrags. Obschon es sich hierbei um einen ganz anderen Bereich der Rechtswissenschaft handelt, lassen sich durchaus gemeinsame Punkte mit dem Vertragsrecht finden. Prof. Hajdú stellte Arbeitsrechtsverträge in den Kontext

des römischen Rechts. Die Grundlage dieser Verträge bildete der Konsens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und zwar, dass der Arbeitnehmer eine bestimmte Aufgabe für einen bestimmten Lohn leistete.

Die Entwicklung des Arbeitsrechts wurde von der Geschichte, insbesondere der industriellen Revolution in England, beeinflusst. Ziel des Arbeitsrechts war die Bewahrung des Rechts der Arbeiter, die Sicherstellung der Produktivität und die Si-

cherheit der Arbeitsplätze.

Heutzutage werden das Arbeitsrecht und die Arbeitsverträge durch viele Regeln beeinflusst, die sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene ausgestaltet werden. Hierbei kann es sich bspw. um die Internationalen Arbeitsstandards (*international labor standards*), die EU-Regelungen, Verfassungen oder Kollektivverträge handeln.

Szilvia Hénap

Internetregulierung: Beschränkung oder Ermöglichung der Freiheit? – ein Gastvortrag von Dr. Holger Greve



Der Datenschutzexperte Dr. Greve gab den Studierenden einen Einblick in die europäische Internetregulierung.

Am 24. April 2014 fand an der AUB ein Gastvortrag von Herrn Dr. Holger Greve über Internetregulierung statt. Die Veranstaltung wurde von der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften organisiert.

Dr. Holger Greve ist Referent des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, früher war er wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin; er ist ein anerkannter Experte im Bereich des Internet-, Datenschutz- und Technikrechts, Autor von zahlreichen Publikationen.

Das Internet beeinflusst unseren Alltag. Wir nutzen das Internet sowohl an unserem Arbeitsplatz als auch in der Schule und zu Hause. Während wir im Internet surfen, denken wir nicht daran, dass unsere Tätigkeit eine Wirkung auf unsere Grundrech-

te hat, bei denen der Staat eine große Rolle spielt, da er eine Schutzpflicht hat. Das Grundgesetz garantiert die Kommunikationsfreiheit (Art. 5 GG), die Grundrechtecharta der EU den Datenschutz (Art. 8), und für IT-Unternehmen werden vom Staat Wirtschaftsgrundrechte und das Eigentumsrecht gesichert.

Die Internetregulierung verfügt über mehrere Aspekte. Einerseits soll der Staat Netzneutralität leisten. Das bedeutet, dass die Internetseiten diskriminierungsfrei und neutral sein sollten. Alle Daten sind gleich zu behandeln. Gesetzlich werden Datenschutz und Datensicherheit für Telekommunikationsunternehmen allgemein durch das Bundesdatenschutzgesetz und die Telekommunikationsrichtlinie von der EU geregelt. Ziel der Regelungen ist, dass die Nut-

zung und der Zugang zum Internet weltweit heterogen ausgestaltet werden. Allerdings ist es nicht so einfach, die Grundrechte zu überwachen. Es gibt unzählige Internetseiten und die Behörden sind nicht in der Lage, alle Seiten zeitgleich zu überprüfen.

Der zweite Aspekt der Internetregulierung ist der Zugang zu Informationen. Wie schon erwähnt, müssen die Staaten einen heterogenen und diskriminierungsfreien Zugang gewährleisten. Es gibt aber Unternehmen, die Internet-Pakete zum Kauf anbieten, die Informationen schneller und in größerer Menge ermöglichen. Dabei könnte sich die Frage stellen, ob dies zulässig ist. In der Kommission herrscht die Idee der Netzneutralität. Demgegenüber steht das amerikanische Denken, dass man in bestimmten Bereichen akzeptieren kann, wenn man über mehr Geld verfügt und dafür mehr Information kaufen kann. Dieses Problem konnte die EU bislang noch nicht lösen. Das grundsätzliche Problem ist der große Unterschied zwischen der europäischen und der amerikanischen Auffassung der Meinungsfreiheit. In Nordamerika gilt: Wer Geld hat, kann seine Meinung durch Geld äußern. In Europa wird diese Idee jedoch nicht vertreten.

Der Gastvortrag gab den Studierenden die Möglichkeit, einen Aspekt der Regulierung des Internets besser kennenzulernen und bot eine nützliche Ergänzung zu ihrem Studium.

Szilvia Hénap

Dr. Attila Vincze erhält den Danubius Young Scientist Award 2014

Das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa gab bekannt, dass Herr Dr. Attila Vincze, LL.M., Prodekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der AUB, den diesjährigen Danubius Young Scientist Award für Ungarn erhält. Der Preis soll junge WissenschaftlerInnen in ihren Bestrebungen bestärken, ihre Forschung im Zusammenhang mit dem Donauraum weiter zu verfolgen und auszubauen, sowie die wissenschaftliche Gemeinde im Donauraum anregen.

Herr Dr. Vincze konnte den Preis während einer festlichen Zeremonie am 25. Juni 2014 in Wien entgegennehmen.

Wir gratulieren Herrn Vincze für die Auszeichnung!



Fakultätsabend VSR

Am 12. Mai 2014 wurde die traditionell von den Studierenden organisierte Reihe der Fakultätsabende an der Fakultät VSR veranstaltet. In diesem Semester konnte Herr Dr. Miklós Ligeti, juristischer Direktor der Transparency International in Ungarn, für einen englischsprachigen Vortrag gewonnen werden. Er berichtete unter dem Titel „Corruption Legalized – a Threat to Democracy“ über die Lage der Korruption in Ungarn und über die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Nach dem Vortrag und der anschließenden Diskussion ließen die TeilnehmerInnen den Abend im informellen Rahmen ausklingen.

Ernennung von Prof. Dr. Herbert Küpper zum Ehrendoktor und -professor

Prof. Dr. Herbert Küpper, Geschäftsführer des Instituts für Ostrecht (München) und Honorarprofessor für Staatsangehörigkeits-, Fremden-/Aus-

länder- und Minderheitenrecht an der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der AUB, wurde am 13. März 2014 von der Universität

Pécs zum „Doctor et Professor Honoris Causa“ ernannt.

Wir gratulieren Prof. Dr. Dr. h. c. Küpper ganz herzlich!

FAKULTÄT FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

AUB-Flashlight zur Krise in der Ukraine



Das brandaktuelle Thema lockte viele Interessierte in den Andrássy Saal.

Am Donnerstag, dem 20. März 2014, hielten Prof. Dr. Ellen Bos und der AUB-Alumni Jakov Devcic, M.A. (KAS), einen Vortrag im Rahmen des „AUB-Flashlight“ zum Thema „Die aktuelle Krise in der Ukraine“. Der Vortrag fand auf Einladung der Fakultät für Internationale Beziehungen der

AUB und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) statt. Eingangs bot Prof. Dr. Ellen Bos einen theoretischen Überblick über die Hintergründe der Ukraine-Krise. Als schwerwiegendste Probleme benannte sie dabei zum einen die seit dem Zerfall der Sowjetunion bestehenden Schranken zwischen einem autoritären und einem der Demokratie zugewandten System, zum anderen die regionale Ost/West-Spaltung der Ukraine. Unterstützt durch einen fehlenden Elitenwechsel führe dies zu Transformationsproblemen und verhindere somit eine erfolgreiche Demokratisierung. Weiterführend konstatierte Prof.

Dr. Bos, dass das hybride System der Ukraine und die bestehenden Konflikte zwischen dem Osten und dem Westen des Landes zu einem Integrationsdilemma hinsichtlich der Annäherung an die EU oder Russland führten.

Auf ihren Vortrag folgte aus erster Hand ein Lageüberblick vom aktuellen Trainee der KAS in Kiew, Jakov Devcic. Er zeichnete die vier Phasen der aktuellen Krise nach und stellte die verschiedenen Akteure, die Ukraine, den „Westen“ und Russland vor. Auf die durch friedliche Proteste für das Assoziierungsabkommen mit der EU gekennzeichnete erste Phase folgte durch grundrechtseinschränkende Gesetze die zweite Phase der Krise. Auch hier verliefen die Proteste weitestgehend friedlich und waren nach Aussage von Herrn Devcic gut und übersichtlich organisiert. Der Vertrauensverlust der Demonstranten, sowohl in die Regie-



Jakov Devcic, M.A. (KAS),
Prof. Dr. Ellen Bos,
Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl.

zung als auch in die Oppositionspolitiker, führte allerdings zu einer Zuspitzung der Proteste. Als Folge dieses Vertrauensverlustes schlossen sich viele Demonstranten dem gewaltbereiten Flügel an. Daraufhin floh der damals amtierende Präsident Janukowitsch. Herr Devcic bezeichnete den Zeitpunkt der Flucht als Beginn der dritten Phase, auf die als vierte Phase die Krim-Krise folgte. Weiterführend ging Herr Devcic auf die von der Krise betroffenen Akteure ein. So erläuterte er, dass die EU einerseits von der schnellen Reaktion Russlands überrascht worden sei, und andererseits viel zu langsam auf die Entwicklungen reagiert habe. Ferner seien die bisher beschlossenen Sanktionen zu gering in ihren Wirkungen ge-

wesen. Mit einer kurzen Zusammenfassung und einem persönlichen Ausblick fasste Herr Devcic passend zusammen, dass die Ukraine vor einer großen Herausforderung stehe. Wie und wann die Situation gelöst werden könne, sei derzeit jedoch noch nicht abzusehen.

Auf den mit starken persönlichen Eindrücken veranschaulichten Vortrag folgte eine angeregte Diskussion. Der Abend endete mit einem gemütlichen Ausklang beim Empfang.



Prof. Chilla über Europa und die Geographien seiner Krisen

Bei der Blockvorlesung am 25. März 2014 von Prof. Dr. Tobias Chilla zur „Wirtschaftsgeographie“ im Rahmen der diesjährigen Konrad-Adenauer-Vorlesungsreihe der Fakultät für Internationale Beziehungen an der AUB spannte Prof.

„Es ist nichts, was den geschulten Verstand mehr kultiviert und bildet, als Geographie“

Immanuel Kant

Chilla einen Bogen über die Entwicklung des europäischen Bewusstseins. Hierbei lieferte die geographische Analyse aufgrund ihres interdisziplinären Charakters ein zentrales Instrument. In der dreitägigen Blockveranstaltung zur „Wirt-



Prof. Dr. Tobias Chilla.

schaftsgeographie“ betonte Prof. Chilla in seiner Einführung die Wichtigkeit der Geographie für die Wirtschaft. Dabei hob er hervor, dass die moderne Wirtschaftsgeographie weit über die Konzeption des Geodeterminismus hinausgehe. Die unterstellte einseitige Bestimmung des menschlichen Lebens durch die vorhandene naturräumliche Ausstattung (u. a. Klima und Boden) ist somit seiner Ansicht nach als Erklärung wirtschaftsgeographischer Fragestellungen nicht mehr dienlich. Anhand konzeptioneller Modelle wie etwa dem Prinzip der Lagerrente von Johann Heinrich von Thünen oder dem System der zentralen Orte von Walter Christaller wurde die Theorie beispielsweise in der Praxis veranschaulicht. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft spielten dabei durchgehend eine wichtige Rolle. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung

wurde immer wieder auf theoretische sowie praxisorientierte Ansätze der wirtschaftlichen Analyse, beispielsweise auf Netzwerke/Cluster oder relationale Ansätze, eingegangen. Auch methodologische sowie methodische Aspekte ließ Prof. Chilla dabei nicht außer Acht. Von regionaler bis globaler Wirtschaftsgeographie wurde jeder Bereich angeschnitten und abgedeckt. Es war interessant zu sehen, wie sich Theorie und Praxis aufeinander beziehen und dadurch interessante Diskussionen entstehen. Auch der Bezug zu aktuellen Themen wie Wirtschafts- und Eurokrise wurde berücksichtigt und für die Erklärung praxisorientierter Wirtschaftsgeographie genutzt. Entscheidend war die interaktive Zusammenarbeit zwischen dem Professor und den Studierenden. Prof. Chilla bat die Studierenden, durchaus aktiv an der Lehrveranstaltung teilzuneh-

men, so wurden interessierte Fragen stets begrüßt. Die Studierenden referierten im Rahmen der Veranstaltung in kleinen Runden sogar über regionale, in diesem Fall ungarische Gegebenheiten und Strukturen. Zum Abschluss wurden sie gebeten, in Kleingruppen eine Arbeit zu einem selbst gewählten Thema im Bereich der ungarischen Wirtschaftsgeographie mit Bezug auf einige theoretische Konzepte aus der Lehrveranstaltung zu erstellen.

*Tillman van de Sand
Simon Vogt
Aron Winkelmann*



Bertha von Suttner – eine eigenwillige Stimme gegen den Militarismus

Das Österreichische Kulturforum Budapest und die Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB luden am 3. April 2014 zu einem Vortrag über die erste weibliche Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner ein. Den Vortrag mit dem Titel „Bertha von Suttner – eine eigenwillige Stimme gegen den Militarismus“ hielt Prof. Dr. Laurie R. Cohen von der Universität Innsbruck.

Das Referat fand im Rahmen der „Berta-von-Suttner-Reihe zur Politikwissenschaft“ statt, die sich unter anderem Fragen von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit widmet. Die Leiterin des Österreichischen Kulturforums, Dr. Susanne Bachfischer, drückte in der Begrüßung ihre Freude darüber aus, dass nun endlich die Namensgeberin selbst Thema der Vorlesung sei. Dieses Jahr wird nämlich der 100. Todestag von Bertha von Suttner begangen – sie starb nur eine Woche vor dem folgenreichen Attentat von Sarajevo. Die folgenden furchtbaren Jahre sollten Suttners schlimmste Befürchtungen weit übertreffen.

Die Referentin Prof. Dr. Laurie R. Cohen ging in ihren Ausführungen auf das bewegte Leben Suttners ein. Sie gilt als Autorin des bis dato erfolgreichsten Antikriegsromans „Die

Waffen nieder!“, war Wegbereiterin der Haager Friedenskonferenzen und auch des Friedensnobelpreises. Geboren wurde sie als Gräfin Kinsky in Prag, kam dann als Gouvernante ins Haus Suttner und heiratete den jüngsten Sohn der Familie, der deswegen enterbt wurde. Zusammen zogen sie in den Kaukasus und verbrachten acht Jahre unter schwierigen finanziellen Umständen bei der Fürstin von Mingrelien (heute Georgien). Dort begann sie mit dem Schreiben.

Nach der Versöhnung mit der Familie ihres Mannes und der Rückkehr nach Niederösterreich veröffentlichte sie den Roman „Die Waffen nieder!“, der in kürzester Zeit in zahlreiche Sprachen übersetzt und ein großer Erfolg wurde. Bertha von Suttner wurde zum Gesicht der europäischen Friedensbewegungen und beteiligte sich an mehreren Friedenskonferenzen. Enttäuscht war sie von der vorherrschenden politischen Apathie in der Bevölkerung. 1905 erhielt sie als erste Frau den Friedensnobelpreis. Diese Entscheidung stieß seinerzeit keineswegs auf einhellige Akzeptanz: Sie war eine Frau, sie kämpfte für die Rechte der Frauen,



Bertha von Suttner.

ihr Roman konnte keineswegs der hohen Literatur zugerechnet werden, politisch galt sie als sehr umstritten (sie war sehr liberal eingestellt, positionierte sich etwa klar gegen den Antisemitismus) und war außerdem mit nicht unumstrittenen Persönlichkeiten – wie etwa Zar Nikolaus – befreundet.

Die Referentin zeigte mehrere Karikaturen, da die „Friedens-Bertha“ als Ikone der Friedensbewegung ein besonders beliebtes Spottobjekt der Karikaturisten war. Immerhin wurde sie aber nicht ignoriert, wie sie selbst positiv bemerkte. Dargestellt wurde sie etwa als Göttin auf einem Altar, die von ihren Anhängern die Opferung von Deutschbüchern (Symbol für die „deutsche Hochkultur“) forderte, oder als Hausfrau und Mutter, die mit ihrem Mann (Zar Nikolaus) um das Kind stritt, das in der Badewanne der Abrüstung baden sollte.

Nach ihrem Tod bekannte Stefan Zweig, dass er zu jenen gehört habe, die sie zu ihren Lebzeiten nicht genug verehrt hätten: „Man nahm diese leidenschaftliche Monotonie des Gedankens für Armut.“ Heute stehe man be-

schämt da, und müsse erkennen, dass Bertha von Suttner um den Krieg gewusst habe: „Wir aber haben nicht an Krieg geglaubt, wir wollten uns nicht stören lassen.“

Nach dem Vortrag fand eine Diskussion darüber statt, inwieweit die Tatsache, dass Suttner eine Frau war, sie für Karikaturen prädestinierte. Tatsächlich: Sie war nur eine von vielen Köpfen der Friedensbewegung, doch war sie die einzige Person, die karikiert wurde. Sie ging jedoch humorvoll damit um und lachte selbst über die Karikaturen. Die Sache war ihr wichtiger – Publicity konnte nur nützen.

Eine spannende Frage war zudem, wie Suttner überhaupt zur Friedensbewegung kam: Zum einen las sie Werke von Kant („Zum ewigen Frieden“) und Tolstoi, die sie in die-

ser Richtung beeinflussten, zum anderen war sie in der feministischen Bewegung engagiert und näherte sich dann in einem längeren Prozess der Friedensbewegung an, deren bekanntestes Gesicht sie schlussendlich wurde.

Dr. Christina Griessler sprach als Vertreterin der Fakultät für Internationale Beziehungen Prof. Dr. Laurie R. Cohen sowie dem Österreichischen Kulturforum ihren Dank aus. Die Diskussion wurde beim anschließenden Empfang fortgesetzt.

Tobias Lechner



„Euro Adoption: Cost and Benefits reassessed after the Crisis“ – Ungarns Weg zum Euro

Am 24. April 2014 fand an der AUB der Workshop „Euro Adoption: Cost and Benefits reassessed after the Crisis“ statt. Er wurde vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und der Ungarischen Nationalbank gemeinsam im Rahmen der Konferenzreihe „10 Jahre EU-Osterweiterung“ veranstaltet. Prof. Dr. Martina Eckardt gab mit ihrer Moderation interessante Impulse zur Diskussion.

Dániel Palotai, Geschäftsführender Direktor für monetäre Politik bei der Ungarischen Nationalbank, hob die Vorteile einer gemeinsamen Währung hervor und warb für die Euro-Einführung in Ungarn. Er räumte indessen ein, dass der Weg dahin noch recht mühsam werde. Hinsichtlich der Konvergenzkriterien, die jedes Land erfüllen muss, um sich für die Eurozone zu qualifizieren, seien zwar Fortschritte zu verzeichnen, allerdings wären noch erhebliche Anstrengungen nötig. Als positiv bewertete er, dass das Kriterium der Nettoneuverschuldung seit einiger Zeit eingehalten wird, was die EU auch bewogen hat, das seit 2004 anhängige Defizitverfahren einzustellen. Die Gesamtverschuldung müsse jedoch noch heruntergefahren werden. Bei der der Inflati-

onsrate sei Ungarn auf gutem Wege, weil die steuerbedingten Effekte der Preissteigerung der Vergangenheit – Ungarn hat etliche Sondersteuern eingeführt, um den Haushalt zu konsolidieren – jetzt nicht mehr durchschlugen.

Die Einhaltung der Konvergenzkriterien sei zwar wichtig, genauso wichtig sei es jedoch, dass die Wirtschaft einen kräftigen Sprung nach vorne mache. Man müsse alles daran setzen, „gute Zeiten auszunutzen“, d. h. die Staatsverschuldung dann zu reduzieren, wenn die Wirtschaft gut laufe und die Steuereinnahmen zunähmen.

Katalin Bodnár, Analytistin bei der Ungarischen Nationalbank, wies darauf hin, wie wichtig aus realwirtschaftlicher Sicht eine hinreichende Flexibilität der Arbeitsmärkte im Rahmen einer Währungsunion sei. Ungarn stehe in dieser Hinsicht noch vor einigen Herausforderungen. Obwohl Ungarn im Vergleich zu den EU-Ländern starke Fortschritte gemacht hat, liegt es hinsichtlich der Teilzeitbeschäftigung noch unter dem EU-Durchschnitt. Rasche Reformen seien nötig, weil sonst bestimmte Gruppen, vor allem Frauen mit Kleinkindern, kaum einen dau-

erhaften Zugang zum Arbeitsmarkt fänden.

Prof. Dr. habil. Siegfried Franke, Professor für Wirtschaftspolitik an der AUB, erläuterte die Funktion von Wechselkursen. Im Idealfall könnten diese nur entfallen, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Staaten eines einheitlichen Währungsgebietes stark angenähert hätten, wenn es also einen „optimalen Währungsraum“ gäbe. Die Kontroverse, ob die Einführung des Euro zu früh komme, drehte sich genau um diese Frage. Die „Krönungstheorie“ sah die Währungsunion als den letzten Schritt der wirtschaftlichen und politischen Integration. Dem setzte die „Lokomotivtheorie“ entgegen, dass das Warten die Einführung des Euro auf den „Sankt-Nimmerleinstag“ verschiebe. Da die Auflösung der Währungsunion weder politisch noch wirtschaftlich ratsam ist, sind zur Überwindung der Krise besondere Bürden zu tragen. Für Ungarn ergibt sich daraus, dass es zum einen die Hürden der Konvergenzkriterien und der wirtschaftlichen Angleichung überwinden muss, und dass es zum anderen als Mitglied der Währungsunion natürlich auch dessen Bürden mit zu übernehmen hat, z. B.



Die Experten diskutierten eine mögliche Einführung des Euros in Ungarn.

das Haftungsrisiko im Rahmen des Euro-Rettungsschirms.

Prof. Dr. Dietmar Meyer, der an der AUB Wirtschaftstheorie lehrt, plädierte – in Anlehnung an das Modell der räumlichen Preisdifferenzierung – für eine sachgerechtere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Da die Bank bislang nur einheitliche Leitzinsen für die Kreditvergabe kenne („One fits all-Strategie“), werde sie den unterschiedlichen Gegebenheiten der Staaten nicht gerecht. Dies führt

dazu, dass es – wie schon in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts – zu Migrationsströmen von wirtschaftlich schwachen zu wirtschaftlich starken Ländern kommt. Die betrübliche Folge ist nach Ansicht Prof. Meyers, dass die Differenzen in der wirtschaftlichen Leistungskraft der Länder in der Eurozone und in der EU insgesamt immer größer werden.

*Eszter Schwarcz
Edit Szabó*



Dr. Thomas Schmitt über die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in der Praxis

Am 22. Mai 2014 lud die Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB zum Vortrag von Dr. Thomas Schmitt mit dem Thema „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in der Praxis: Ziele und Instrumente des neuen Auslandsschulgesetzes“ ein.

Dekan Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl begrüßte das Publikum und übergab das Wort an Dr. Thomas Schmitt. Nach einer kurzen Vorstellung gab

Dr. Schmitt einen Einblick in das lateinamerikanische Schulsystem und betonte einige Merkmale der südamerikanischen Herangehensweisen. Danach folgte die Vorstellung des deutschen Auslandsschulwesens, das schon seit dem 16. Jahrhundert ein wichtiges Element der deutschen auswärtigen Beziehungen ist. Obwohl die Zahl der Auslandsschulen in den 90er Jahren stagnierte, änderte sich diese

Lage in den letzten fünf Jahren, und der Koalitionsvertrag hat das Ziel, die Schülerzahlen der Auslandsschulen zu verdoppeln.

Dr. Schmitt verwies mehrmals auf die Vorteile der Auslandsschulen: Sie vermittelten deutsche Sprachkenntnisse und trugen zur interkulturellen Kompetenz bei, die Schulabschlüsse ermöglichten ein Studium in Deutschland. Somit seien die Aus-

landsschulen eine Art Brücke, welche die Partnerländer mit Deutschland verbinde. Außerdem hilft das Auslandsschulwesen beim Vorintegrieren von potenziellen Zuwanderern. Was die Finanzierung betrifft, sind die Eltern zu zwei Dritteln für die Beschluskosten zuständig, der Staat nur zu einem Drittel.

Dann gab Dr. Schmitt Auskunft über das Partnerschulen-Netz, das im Auslandsschulwesen eine wichtige Rolle spielt, da es verschiedene Typen

von Schulen bündelt. Das Publikum bekam einen Einblick in den Verlauf der Verabschiedung des Auslandsschulgesetzes, wobei besonders die finanziellen Aspekte die Billigung des Gesetzes erschwert hätten. Die Prognose für die kommenden Jahre sei nach Ansicht Schmitts durchaus als positiv zu bezeichnen, da die Grundlage für ein organisches Wachstum gelegt worden sei und das Gesetz dem Zweck einer modernen Schulpolitik diene, die sowohl für Deutschland als

auch für die Partnerländer als „Win-win-Situation“ betrachtet werden könne.

Eszter Cecilia Nagy



Auswärtiges Amt

Public Diplomacy am Beispiel der Schweizer Kohäsionsmilliarde – Dr. Ulrich Stürzinger zu Außenpolitik und Volksabstimmung in der Schweiz

Am 21. Mai 2014 lud die Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB zum Vortrag von Dr. Phil. I. Ulrich Stürzinger mit dem Thema „Außenpolitik und Volksabstimmung in der Schweiz – Public Diplomacy am Beispiel der Kohäsionsmilliarde“ ein. Dr. Stürzinger, der Leiter der Abteilung „Neue EU-Mitgliedstaaten“ in der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit im Außenministerium der Schweiz, erläuterte den schweizerischen Aspekt des EU-Erweiterungsbeitrags und betonte die Verbundenheit der Innen- und Außenpolitik der Schweiz.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft leistet einen Erweiterungsbeitrag an die EU-Mitgliedstaaten, die zwischen 2004 und 2007 der EU beigetreten sind (Länder der Osterweiterung 2004 sowie Rumänien und Bulgarien 2007), um die wirtschaftliche und soziale Disparität innerhalb der Europäischen Union zu reduzieren. Obwohl die Schweiz kein EU-Mitglied ist, begründen verschiedene Motive ihr Engage-

ment: Solidarität, Interesse an Stabilität und Prosperität in dieser Region sowie die Stärkung bilateraler Beziehungen und die Schaffung eines positiven Images. Aus dem Erweiterungsbeitrag werden Programme in den Bereichen von Wirtschaft, sozialer Sicherheit, Umweltschutz, öffentlicher Sicherheit und Zivilgesellschaft gefördert.

Die rechtliche Basis des schweizerischen Beitrages ist ein Bundesgesetz (2006), das durch ein Referendum gebilligt wurde. Vor der Volksabstimmung fanden intensive innenpolitische Diskussionen statt. Es gab Zweifel daran, ob das Geld zweckmäßig verwendet werden würde, da es Korruption in vielen von diesen Ländern gebe. Um Missbräuche zu verhindern, war ein effektiver Kontrollmechanismus erwünscht. Die Wirkung der finanziellen Unterstützung wurde ebenfalls in Frage gestellt, und es wurde behauptet, in diesen Ländern passiere keine wesentliche Veränderung trotz der bedeutsamen EU-Fördermittel. Die Schweiz entschied sich deswegen für

die delegierte Durchführung und Umsetzung, um die Effektivität zu steigern. Die meisten Parteien befürworteten die Initiative über den Erweiterungsbeitrag, die auch von der schweizerischen Bevölkerung bei der Volksabstimmung mehrheitlich unterstützt wurde, und dadurch trete das Bundesgesetz in Kraft. Dieser Fall zeigt auch, wie stark Innen- und Außenpolitik in der Schweiz miteinander verbunden sind.

Nach dem Vortrag gab es Fragen bezüglich des zukünftigen Erweiterungsbeitrags der Schweiz im Fall einer weiteren EU-Erweiterung. Dr. Stürzinger zeigte sich in diesem Bereich trotz vielfältiger Beziehungen zu der EU nicht so optimistisch, er zweifelte daran, ob eine solche Entscheidung durch eine Volksabstimmung gebilligt werden würde.

Katalin Tiszta



FAKULTÄT FÜR MITELEUROPAISCHE STUDIEN

Präsentation der Autobiographie von Karl Pfeifer: „Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg“

Der österreichische Journalist Karl Pfeifer präsentierte am 25. Februar 2014 in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums (ÖKF) an der AUB sein jüngst erschienen autobiographisches Werk

„Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg“. Der Sohn einer jüdisch-österreichischen Familie schildert darin die Erinnerungen an seine Kindheit und Jugend in Österreich, Ungarn und Palästina. Pfeifer

las Auszüge aus seinem Buch vor und ergänzte diese durch historische Hintergründe sowie eigene Erinnerungen und Wahrnehmungen.

Pfeifer wurde 1928 in Baden bei Wien geboren und sah sich aufgrund seiner



Karl Pfeifer (Mitte) mit seiner Autobiographie, zusammen mit Dr. Susanne Bachfischer (ÖKF Budapest) und Prof. Dr. habil. Georg Kastner.

jüdischen Abstammung bereits früh mit Ausgrenzung und Anfeindungen konfrontiert. In Folge der nach dem „Anschluss“ Österreichs durch das Deutsche Reich im März 1938 zunehmenden Unterdrückung jüdischen Lebens floh die Familie schließlich nach Ungarn. Pfeifer besuchte zunächst ein Internat in Debrecen und ab 1939 ein jüdisches Gymnasium in Budapest. Schnell habe er Anschluss gefunden und die ungarische Sprache gelernt, so Pfeifer. Als Ungar aber habe er sich

nie wirklich gefühlt, zumal er als Jude auch in Ungarn immer wieder offenen antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt gewesen sei. In Budapest schloss sich Pfeifer der zionistisch-sozialistischen Jugendbewegung Hashomer Hatzair an. Zusammen mit einigen Mitgliedern der Gruppe floh er unter falschem Namen im Januar 1943 aus dem unter zunehmenden Einfluss des Deutschen Reiches stehenden Ungarn über Rumänien, Bulgarien und die Türkei in das damalige britische Man-

datgsgebiet Palästina. Pfeifer lebte dort einige Jahre in einem Kibbutz in Erez, wo er sich für den Kommunismus sowie für stalinistisch geprägte Ideale zu interessieren begann. Nach 1946 beteiligte er sich als Elitesoldat der Hagana, einer paramilitärischen zionistischen Untergrundorganisation, am israelischen Unabhängigkeitskrieg und wurde nach der Gründung des Staates Israel in die reguläre Armee übernommen. „In dem Bewusstsein, Europäer zu sein“ (Zitat Pfeifer) kehrte er 1951 über Umwege nach Österreich zurück, wo er zunächst in der Hotelbranche und später als Journalist bei verschiedenen Zeitungen tätig war.

Die Diskussionsrunde im Anschluss an die Lesung leitete die renommierte ungarische Philosophin Prof. Ágnes Heller. Heller, selbst als Jüdin in Budapest aufgewachsen, bemerkte, dass sie in Pfeifers Erinnerungen „Ähnlichkeiten“ zu ihrer eigenen Biographie erkannt habe. Anders als Pfeifer aber habe sie in ihren Schul- und Kindesjahren in Budapest jedoch nie direkte antisemitische Anfeindungen erlebt. Man müsse die Erfahrung der Ausgrenzung deshalb zunächst als eine persönliche verstehen. Über die Situation im heutigen Österreich bemerkte Pfeifer auf Nachfrage aus dem Publikum abschließend, dass Österreich zwar ein „offenes Land“ geworden sei und Antisemitismus heute weniger eine Rolle spiele, dafür besitze jedoch Fremdenfeindlichkeit durchaus politisches und gesellschaftliches Potential.

Die vom Österreichischen Kulturforum Budapest geförderte Veranstaltung fand ihren gemütlichen Ausklang bei einem kleinen Buffet mit Wein und Gebäck, der zum weiteren Gedankenaustausch zwischen den zahlreichen Besuchern und dem Autor genutzt wurde. Das vorgestellte Werk sowie der Film „Zwischen allen Stühlen“, der ebenfalls den Lebensweg Karl Pfeifers behandelt, sind ab sofort in der Bibliothek des ÖKF an der AUB verfügbar.

Sebastian Sparwasser

Anita Haviv: Neue Heimat? – Vielleicht

In ihrem Vortrag an der AUB erzählte Frau Anita Haviv, Programmkoordinatorin im Seminar Department des Diaspora Museum in Tel Aviv, am 25. April 2014 über ihr eigenes Schicksal bzw. ihr Verhältnis zu Israel und versuchte damit, den anwesenden Studentinnen und Studenten die Schoah aus persönlicher Perspektive zu veranschaulichen.

Frau Haviv war zur XXI. Ungarischen Buchmesse eingeladen worden, um Ihr Buch „Heimat? – Vielleicht. Kinder von Holocaustüberlebenden zwischen Deutschland und Israel“, erschienen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, in Budapest vorzustellen.

Die Autorin beschäftigt sich in ihrem Buch mit dem vollzogenen Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur den Holocaust betreffend. Bislang spielten die Zeitzeugen, die Auskunft über ihre persönlichen Erfahrungen während der Schoah geben konnten, bei der Behandlung der Judenverfolgung im Nationalsozialismus die entscheidende Rolle. Da diese Zeitzeugen aus Altergründen bald nicht mehr zur Verfügung stehen werden, ist es allerdings notwendig neue Zugänge zum Thema „Holocaust“ zu entwickeln. Gespräche mit Kindern der Holocaustüberlebenden erwiesen sich als ein durchaus geeignetes Format für die Fortführung des Dialoges.

In sechzehn Interviews berichten Kinder von Holocaustüberlebenden, die in Deutschland aufgewachsen sind, über ihre besondere Lebenssituation. Die Hälfte von ihnen wohnt auch heute in Deutschland, die andere Hälfte ist nach Israel ausgewandert. Entlang von Leitthemen wie Identität, Zugehörigkeitsgefühl und Alltagserfahrung geben die Befragten über ihr Verständnis von „Heimat“ Auskunft. Ihre sehr persönlichen Erzählungen eröffnen die unterschiedlichsten Perspektiven auf Ereignisse und Prozesse, deren Wahrnehmung und Einordnung nicht nur zum Geschichtsunterricht, sondern auch zum deutsch-israelischen Dialog beitragen kann.

Portraittheater über eine außergewöhnliche Frau an der AUB

Am 6. Mai 2014 fand mit der freundlichen Unterstützung des Österreichischen Kulturforums Budapest eine deutschsprachige Theateraufführung mit dem Titel „PEACE PLEASE! Ein Bertha von Suttner Journal“ im Spiegelsaal der AUB statt. Die aus Anlass des 100. Todesjahres der Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner veranstaltete Aufführung des österreichischen Ensembles portraittheater (Uraufführung am 28. August 2009) zeichnete den außergewöhnlichen Weg Bertha von Suttners (1843–1914) von der „Komtesse zur selbstbestimmten Schriftstellerin und Ikone der Friedensbewegung ihrer Zeit“ nach.

Die Darstellerin, Anita Zieher, brachte das Leben und Wirken einer leidenschaftlichen und engagierten Frau auf die Bühne. Die durch Brigitte Poiter inszenierte Selbstdarstellung Suttners wurde in ein fiktives Radiointerview mit dem Ö1-Journalisten Udo Bachmair eingebettet, in dem sie Fragen zu ihrem unkonventionellen Leben, zu ihren Lieben, zu ihrem Engagement gegen den Antisemitismus und zur Stellung der Frau in der Öffentlichkeit beantwortete. Das Gerüst des Stückes bildeten Originalzitate u. a. aus dem Werk „Die Waffen nieder!“ oder „Das Menschenzeitalter“ bzw. Original-

filmszenen aus dem Stummfilm „Lay down your arms/Ned med våbnene“ (1914), die den intermediären Cha-

rakter des Theaterstückes betonten.

Die Gruppe portraittheater, die „außergewöhnliche Frauen auf die





Die Darstellerin Anita Zieher bei ihrer leidenschaftlichen Performance.

Bühne bringt und ihr Werk und Wirken für das Publikum erlebbar macht“, befreite die Geschichte Bertha von Suttners vom Staub der Vergangenheit und aktualisierte sie für unsere Zeit. So postet von Suttner in der Inszenierung nicht nur Neuigkeiten auf ihrem Facebook-Profil, um die maßgeblichen Veränderungen der „Öffentlichkeit“ sichtbar zu machen, sondern weist auch auf die Bedeutung des Friedens und des friedlichen Zusammenlebens im Kontext der Krimkrise hin.

Die Veranstaltung erfreute sich großen Interesses seitens des Publikums, und so ist es geplant, in Zukunft weitere Aufführungen von portraittheater an der AUB zu zeigen.

Orsolya Lénart



Wahl von Prof. Dr. Masát zum Präsidenten der Gesellschaft der ungarischen Germanisten

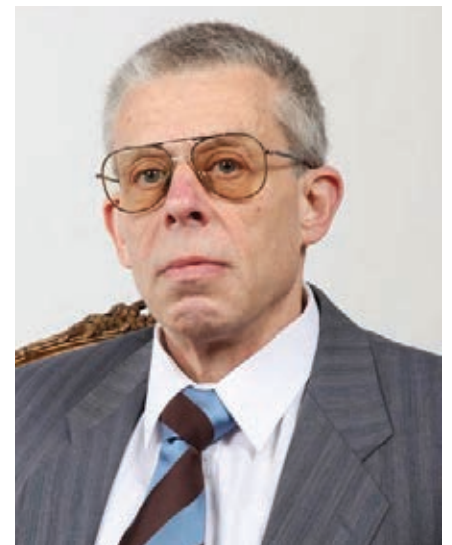
Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB und zugleich Professor an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien, wurde am 30. Mai 2014 zum Vorsitzenden der Gesellschaft der ungarischen Germanisten gewählt.

Wir gratulieren und wünschen viel Erfolg in diesem Amt!

Wahl von Prof. Dr. István Fehér zum ordentlichen Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

Prof. Dr. István M. Fehér, Inhaber der Professur für Ideengeschichte an der Fakultät für Mitteleuropäische Studien der AUB, wurde zum ordentlichen Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Seine Antrittsvorlesung hielt er am 5. Juni 2014 im Gebäude der Akademie.

Wir gratulieren Prof. Dr. Fehér herzlich zur Wahl!



Festvortrag von Prof. Dr. Josef Höchtel über das Europa der Zukunft

Am 19. Mai 2014 luden die Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) an der AUB sowie die Waldviertelakademie (WavAk), die seit drei Jahren mit der AUB partnerschaftlich verbunden ist, zum Festvortrag von Prof. Dr. Josef Höchtel zum Thema „Das Europa der Zukunft – 10 Jahre EU-Osterweiterung“. Die Veranstaltung fand

im Rahmen einer Tagesexkursion der Waldviertelakademie nach Budapest statt. Die Eröffnung der Veranstaltung erfolgte durch den Prorektor der AUB, Prof. Dr. Hendrik Hansen, und den Vorstand der WavAk, Dr. Ernst Wurz.

In seinem Vortrag erläuterte Prof. Dr. Höchtel zunächst seinen persönlichen Bezug zur Thematik der europäischen

Einigung und zur Verständigung der europäischen Staaten. So habe ihn seine Kindheit und Jugend in einer niederösterreichischen Gemeinde unweit des als „Konfliktzone“ wahrgenommenen Eisernen Vorhangs bewegt, in die Politik zu gehen, wobei es sein Ziel gewesen sei, einen Beitrag zur Überwindung der politischen und kulturellen Teilung



V. l. n. r.: Prof. Dr. habil. Georg Kastner, Gesandter Mag. Johannes Leibetseder; Staatssekretär Prof. Dr. Zoltán Maruzsa, Prof. Dr. Josef Höchtl, Prof. Dr. Hendrik Hansen, Dr. Ernst Wurz.

Europas zu leisten. Als Schlüsseljahre in diesem Zusammenhang bezeichnete Höchtl die Jahre 1956 und 1968, da die Ereignisse in Budapest und Prag deutlich gemacht hätten, das auch jenseits der „Systemgrenze“ der Wunsch nach Freiheit und friedlicher Entfaltung der europäischen Völker existierte. Eine wichtige Vorleistung für die Schaffung eines geeinten Europa und die Sicherung des europäischen Friedens sei die Gründung der Montanunion (EGKS) gewesen. Höchtl betonte die Bedeutung der EU insbesondere für die Sicherung des wirtschaftlichen und politischen Fortschritts im Europa der Gegenwart, habe sie doch erst den Ländern West-, Mittel- und Osteuropas langfristigen Frieden und Stabilität gebracht. Als problematisch bezeichnete er die Tatsache, dass das Wissen um die konfliktreiche europäische Vergangenheit langsam verblasst und dieser positive Status quo daher zunehmend als selbstverständlich empfunden werde, sich in weiten Teilen Europas sogar eine zunehmende EU-Skepsis breit mache. Dies sei, so Prof. Höchtl, eigentlich nur schwer nachzuvollziehen, hätten doch sämtliche EU-Staaten – vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht – von ihrer Mitgliedschaft profitiert. Am Deutlichsten wäre dies bei den vor zehn Jahren neu aufgenom-

menen Staaten Ostmitteleuropas, deren Bruttoinlandsprodukt stark angestiegen sei. Von der sogenannten „Osterweiterung“ des Jahres 2004 hätten jedoch auch die bisherigen Mitgliedsstaaten, darunter vor allem Österreich, aufgrund der Impulse für ihre jeweiligen nationalen Wirtschaften maßgeblich profitiert. Gegenwärtig sei die EU mit 500 Millionen Einwohnern und 25% Anteil an der weltweiten Wirtschaftsproduktion sowie 50% der weltweit zur Auszahlung gelangenden Sozialleistungen als einzigartiges Erfolgsmodell des Fortschritts und Wohlstandes zu bezeichnen. Höchtl schloss seine Ausführungen mit der nochmaligen Betonung der Bedeutung der EU für die positive wirtschaftliche und politische Entwicklung Europas in den zurückliegenden Jahrzehnten und äußerte die Hoffnung, dass es gelingen möge, das Erfolgsprojekt der europäischen Einigung gemeinsam fortzusetzen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion griff der Ungarische Staatssekretär Prof. Dr. Zoltán Maruzsa die von Prof. Dr. Höchtl angesprochene Problematik des Verblässens der Erinnerung an die Konfliktgeschichte Europas auf und wies auf die Notwendigkeit hin, insbesondere für jüngere Generationen neue Anknüpfungspunkte und Identifi-

kationsfiguren im gemeinsamen Europa zu schaffen. Gesandter Johannes Leibetseder bestätigte Höchtl's Ausführungen hinsichtlich der in ganz Europa anzutreffenden EU-Verdrossenen. Dafür wären jedoch nicht zuletzt viele der nationalen Regierungen verantwortlich, die positive Entwicklungen als ausschließlich eigene Leistungen verkaufen und die Verantwortung für schmerzhaft Maßnahmen und unangenehme Umstände gewissermaßen nach Brüssel abschieben würden. Bei dieser „Verteilung von Erfolg und Verantwortung“ spielen, wie Höchtl schließlich in seiner Antwort replizierte, auch die Medien eine nicht immer sonderlich rühmliche Rolle. Von Letzteren forderte er für die Zukunft ebenso wie von den Regierungen mehr Rückgrat und Verantwortungsbewusstsein ein. Der Podiumsdiskussion schloss sich noch eine rege Diskussion zwischen dem Vortragenden und dem zahlreich anwesenden Publikum an, die nach dem Ende des offiziellen Teils bei Wein und Pogatschen fortgesetzt wurde.

Dr. Richard Lein



NACHRICHTEN DER DOKTORSCHULE

Öffentliche Disputation von Brigitta Finta

Brigitta Finta begann ihr Ph.D.-Studium 2007 im Fachbereich Geschichtswissenschaft an der AUB. Ihre Promotion wurde von Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder betreut. Am 28. April 2014 fand

im Andrássy-Saal ihre Disputation zum Thema „Mitteluropäische erinnerte, erzählte und imaginäre Topographien. Geschichts- und Identitätskonstruktionen des Grenzgängers Gregor von

Rezzori“ statt. Die Doktorandin schloss ihre Promotion mit summa cum laude ab, die Prüfungskommission entschied sich einstimmig für die Verleihung des Dokortitels an Brigitta Finta.

Änderungen in der Verwaltungsstruktur

2012 wurde eine umfassende Reform der Verwaltungsstruktur durchgeführt. Die Reform zeitigte dabei Neuerungen im Bereich der Organisation, sodass eine Dezernatsstruktur geschaffen wurde, die einzelne Referentinnen und Referenten bzw. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und ihre jeweiligen Aufgabenbereiche sowohl hervorhebt, als auch komplementäre Bereiche zusammenlegt.

Die neue Verwaltungsstruktur hat sich grundsätzlich bewährt und soll

dementsprechend längerfristig beibehalten werden, es gibt lediglich einige Justierungen: Für bestimmte komplexe Aufgaben werden neue Koordinationsstellen gebildet, die organisatorisch zwar innerhalb der Dezernatsstruktur untergebracht sind, ihre Aufträge aber direkt von den Leitungsorganen der AUB erhalten. Die Einbettung dieser Koordinationsstellen in die bestehenden Dezernate ist damit zu begründen, dass hierdurch das Zusammengehörigkeitsgefühl

gestärkt und die Interessen effektiv vertreten werden können, gleichzeitig wird damit auch eine Zersplitterung der Zuständigkeiten vermieden.

Die Bibliothek, die bislang nicht in diese neue Struktur integriert war, wird durch Kooptierung in das Dezernat 3 (Service) eingebettet, einerseits um ihre Außenseiterstellung innerhalb der Verwaltung aufzuheben, andererseits, weil sie sich von der Tätigkeit her gut in das Profil des Dezernats eingliedern lässt.

Personalia

Nach Ende der Amtszeit von Prof. Dr. Stefan Okruch wurde Prof. Dr. Hendrik Hansen zum neuen Prorektor der Universität gewählt.

Nach Ausscheiden von Prof. Dr. Hansen wegen seines neuen Amtes ist seit dem 1. April 2014 Prof. Dr. Michael Anderheiden der neue Dekan der Fakultät VSR.

Dr. Dietrich F. Pohl, Dekan der Fakultät und Inhaber der Professur für Diplomatie, verlässt mit Ende des Semesters die AUB und setzt seine diplomatische Laufbahn als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Burkina Faso fort. Wir bedanken uns für sein Engagement für die Uni-

versität und wünschen viel Erfolg auf dem neuen Posten!

Im April begann die neue Hauptreferentin für Gremien und Rechtsangelegenheiten, Dr. Orsolya König, ihre Arbeit an der AUB. Ebenfalls im April durften wir Margaretha Boockmann als neue Bibliothekarin in der Universitätsbibliothek begrüßen.

Im Mai verließ die Hauptreferentin der Doktorschule Mónika Dózsai die Universität, ihre Nachfolgerin wurde Lelle Gulyás.

Mitte Juni verließ die bisherige Mitarbeiterin der Poststelle und Registratur Eszter Tóth die Universität, ihre Aufgaben übernehmen die neuen Mit-

arbeiterinnen Veronika Deákné Venczák und Katalin Juhász. Im August verließ Peter Schützhold, Hauptreferent für Marketing und Kommunikation sowie Mitarbeiter der Redaktion der Andrássy Nachrichten, die Universität. Als seinen Nachfolger dürfen wir unseren ehemaligen IB-Studenten Patrick Burmeier begrüßen.

Wir danken allen ehemaligen KollegInnen für ihre Arbeit und wünschen ihnen viel Erfolg auf ihrem weiteren Lebensweg. Alle neue MitarbeiterInnen heißen wir herzlich willkommen und wünschen ihnen viel Spaß und Erfolg bei der Arbeit an der AUB!



University
of National
Excellence



EMBERI ERŐFORRÁSOK
MINISZTERISÉGE



Swiss
Contribution

DAAD
German Academic Exchange Service
European Academic Partnership Network